

(Minister Ernst Schwanhold)

- (A) welijn kommen, auch tatsächlich in der Lage zu sein, das aufzunehmen, was kommt.

Die Deutsche Bahn AG plant, bis zum Jahre 2010 auch die Höchstbelastung auf dieser Strecke sicherzustellen. Wir drängen darauf, dass wir beim nächsten Investitionsprogramm, welches vor Fertigstellung des fortgeschriebenen Bundesverkehrswegeplanes sicherlich noch in Berlin entschieden wird, mit erheblichen Anteilen beim Ausbau der Betuwelijn dabei sind. Mehr ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu sagen, weil wir in einem frühen Stadium der Verhandlungen sind.

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Fragen liegen nicht vor. Die Mündliche Anfrage 15 ist damit erledigt.

Ich muss Sie auch darauf hinweisen, dass die Zeit für unsere Fragestunde abgelaufen ist. Mir liegen noch zwei weitere Mündliche Anfragen vor. An die Fragesteller richte ich jetzt meinerseits die Frage, ob die schriftlich beantwortet werden sollen.

- (B) Da ist zunächst die **Mündliche Anfrage 16** der Frau Abgeordneten Brüning von der Fraktion der CDU zu dem Thema "Meldung des Etingmühlensbachs als FFH-Gebiet". Wären Sie mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden?

(Hannelore Brüning [CDU]: Nein, ich lege Wert auf eine mündliche Antwort!)

- Gut, **mündlich**. Dann müssen wir sie in die nächste Fragestunde mit aufnehmen.

Dann habe ich noch die **Mündliche Anfrage 17** des Herrn Abgeordneten Uhlenberg von der Fraktion der CDU zu dem Thema "FFH ein Fiasko in NRW?". Auch Sie darf ich fragen, ob eine schriftliche Beantwortung gewünscht wird oder ob wir die Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen sollen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Herr Präsident, ich hätte auch gern eine mündliche Antwort!)

- Gut, **mündlich**. - Damit ist die **Fragestunde abgeschlossen**.

Ich rufe auf:

- 3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)** (C)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/400

erste Lesung - Beratung

in Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2000 bis 2004**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung  
- zur Beratung -  
Drucksache 13/401

und

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001** (D)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/402

erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren, wir setzen heute die am 29. November 2000 unterbrochene erste Lesung der Haushaltsberatungen 2001 mit den Stellungnahmen der Fraktionen fort.

Ich eröffne die **Beratung**, und zwar zunächst zum Beratungsblock

#### **I. Haushalt**

Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Diegel das Wort.

**Helmut Diegel (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Spät, aber nicht zu spät steigen

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) wir jetzt in die Haushaltsberatungen des Haushalts 2001 ein - zu einem späten Zeitpunkt am Ende des Jahres, das es, bedingt durch die Wahlen in diesem Jahr, erforderlich gemacht hat, dass der Finanzminister erst Ende des Jahres, nämlich letzte Woche, seinen Haushaltsplan hat vorstellen können.

Der Finanzminister hat hier einen Haushalt mit einem Haushaltsvolumen von rund 93,3 Milliarden DM eingebracht. Dies ist ein beachtliches Volumen. Das ist der größte Haushalt aller Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Damit tragen alle eine große Verantwortung nicht nur für viel Geld, sondern insbesondere für das, was damit gemacht wird. Diese Verantwortung tragen nicht nur der Ministerpräsident und seine Kabinettskollegen. Die trägt insbesondere auch der Gesetzgeber. Insbesondere ein neuer Finanzminister muss sich an einem solchen Haushalt messen lassen.

Für uns war es von daher schon spannend zu beobachten, wie sich der Finanzminister beim Einbringen des Haushalts in diese Debatte eingelassen hat. Da war erstaunlich, dass er mutig erklärt hat, er wolle diesen Haushalt umkrepeln, und zwar umkrepeln, um sich von den verheerenden Strukturen dieses Haushalts zu befreien.

(B)

Doch, wer te Kolleginnen und Kollegen, die kritische Frage bleibt - insbesondere nach Einsicht in den Haushalt -: Wo ist das denn geschehen? Dazu haben wir vonseiten der CDU nichts, aber auch gar nichts feststellen können. Alle Haushaltsindikatoren verschlechtern sich. Die Schulden steigen. Die Investitionen schrumpfen und haben die 10%-Marke unterschritten. Die Personalausgaben haben sich auf kaum glaubliche 54 % der Steuereinnahmen hochgeschraubt. Die Zuweisungen an die Kommunen werden weiter radikal gekürzt. Und da, Herr Finanzminister, stellen Sie sich hier hin und erzählen uns, Sie hätten die Weichen für strukturelle Haushaltsverbesserungen gestellt. Das ist doch schon ein starkes Stück, Herr Finanzminister!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bleiben wir beim Stichwort "Umkrepeln". Wir haben uns gefragt: Was hat der Finanzminister damit gemeint? Hat er vielleicht eine veränderte Systematik gemeint, mit der er an diesen Haushalt herangegangen ist? Haben Sie, Herr Stein-

- brück, die Einnahmen an den Ausgaben oder die Ausgaben an den Einnahmen orientiert? (C)

Wir haben es überprüft. Herr Steinbrück, wenn Sie sich an den Einnahmen orientiert hätten, dann dürfte der Haushalt nicht höher sein als 86 Milliarden DM. Denn mehr echte Einnahmen haben Sie im Haushalt nicht.

Doch ganz offensichtlich orientiert sich der Finanzminister zuerst an den Ausgaben und legt dann die Einnahmen fest, indem er die Lücke zu den Ausgaben mit neuen Schulden schließt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, das kann sich offensichtlich auch nur ein Finanzminister dieses Landes leisten. Vergleichen wir das mit denjenigen, die in unserer Gesellschaft eine ähnliche Problematik zu bewerkstelligen haben: Jeder Bürger muss sich fragen, wie er mit seinem Geld umgeht. Seit wann kann und darf es Schule machen, dass man sich an den Ausgaben orientiert? Jeder Bürger orientiert sich daran, nur das Geld auszugeben, das er einnimmt, und meint nicht umgekehrt, das, was er ausgibt, zum Maßstab machen zu müssen. Das ist eine verheerende Tendenz, Herr Finanzminister. Damit muss dringend aufgehört werden.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Herr Finanzminister, ich habe mir daraufhin auch einmal sehr genau die Ausgaben angeschaut. Der Finanzminister hatte erklärt, er hätte das Ausgabevolumen um 1,5 % gesenkt. Er vermittelt den Eindruck, er hätte richtig gespart.

Das ist bei einer vordergründigen Betrachtungsweise richtig, allerdings nur bei einer oberflächlichen Betrachtungsweise. Die Realität ist eine andere. Zieht man nämlich die im Nachtrag vor vier Wochen gebildete Rücklage in Höhe von 2,3 Milliarden DM vom so genannten Ist-Haushalt 2000 ab, dann steigt das Ausgabevolumen um 1 %. Das ist fast 1 Milliarde DM mehr auf der Ausgabenseite. Um es exakt zu sagen, Herr Finanzminister: Es sind genau 949 Millionen DM. Herr Finanzminister, das nennen Sie sparen? - Ich nenne das Augenwischerei. Das ist nichts mehr als Flickschusterei - hier in diesem Parlament.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Herr Finanzminister, damit setzen Sie eine verheerende Entwicklung fort. Sie bauen damit den

(Helmut Diegel [CDU])

(A) Schuldenturm des Landes Nordrhein-Westfalen noch höher. Das haben Sie nun zu verantworten.

168 Milliarden DM Schulden sollen es Ende 2001 sein. Werte Kolleginnen und Kollegen, das sind mehr Schulden, als sie jedes andere Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland hat. Das ist ein trauriger Rekord und auch ein einmaliger Negativrekord in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Wir haben auch die meisten Einwohner!)

Nur zur Erinnerung - auch an die Kollegen der SPD -: Das sind gut 100 Milliarden DM mehr als vor zwanzig Jahren. Dieses Schuldenmachen muss beendet werden!

Deshalb ziehen wir folgendes Fazit: Es gibt Staaten auf der Welt, die einen Schatzkanzler haben. Wir in Nordrhein-Westfalen haben eine Landes-schuldenverwaltung. Also sind Sie, Herr Steinbrück, eigentlich nichts anderes als ein moderner Schuldenverwalter.

(Edgar Moron [SPD]: Der haut aber rein!)

(B) Noch bedenklicher wird der Haushalt bei einer näheren Betrachtung der Nettokreditaufnahme: 6,9 Milliarden DM sollen es im Haushaltsplan 2001 wiederum sein. Der Finanzminister rühmt sich nunmehr, netto nicht mehr an neuen Krediten als im Haushalt 2000 aufgenommen zu haben.

Dazu gibt es vieles zu sagen. Ich möchte nur einiges dabei herausstellen. Zunächst einmal möchte ich daran erinnern, dass diese so genannte Leistung nur deshalb möglich war, weil Sie hier den Rücklagentrick angewandt haben.

(Zuruf des Ministers Peer Steinbrück)

- Ja, das haben wir auch in Bezug auf den Nachtrag schon kritisiert. Im jetzigen Haushalt ist eine so genannte Rücklage geschaffen worden, die keine Rücklage ist. Wenn man Schulden hat, kann man keine Rücklagen schaffen. Das müssen und sollten Sie als neuer Finanzminister endlich auch verstehen.

Den nächsten Punkt halte ich für eine grundsätzliche Problematik. Auch Sie, Herr Finanzminister, verfallen auf eine Vermittlung von positiven Nachrichten, indem Sie als positive Nachricht vermitteln, dass eine Senkung der Nettoneuverschul-

(C) dung schon eine Leistung sei. In der Öffentlichkeit wird der Eindruck suggeriert, es gäbe weniger Schulden.

Sie und wir wissen: Es gibt weiter zusätzliche Schulden, und es ist kein Ruhmesblatt, die Nettokreditaufnahme zu senken, wenn sie nicht auf null gesenkt wird. Die Nettokreditaufnahme muss auch in diesem Lande auf null zurückgeführt werden. Das ist unsere Forderung in diesem Parlament.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD: Da bin ich auf die Anträge gespannt!)

Bedenklich ist auch, dass Herr Steinbrück mit seinen finanzpolitischen Zielen hinter die Ziele seines Vorgängers Schleußer zurückfällt. Herr Schleußer hat 1996 in der mittelfristigen Finanzplanung die Ziele ausgegeben, von rund 6 Milliarden DM Neuschulden auf 1 Milliarde DM zu gelangen. Sie geben vor, vom Jahr 2000 mit rund 7 Milliarden DM bis zum Jahr 2004 bei 5 Milliarden DM zu landen.

Konkret heißt das: Schleußers Ziel war eine Reduzierung der Nettoneuverschuldung um 80 %. Ihr Ziel ist nur eine Reduzierung um 30 %. Herr Finanzminister, ich befürchte - so, wie Sie an dieses Ziel herangehen -, Sie werden nicht einmal dieses Ziel erreichen.

Herr Finanzminister, ich frage Sie: Wie verträgt sich Ihr Haushaltsplan mit dem von Ihnen angesprochenen Gebot der Generationengerechtigkeit? - Nicht wir, sondern Sie haben dieses Gebot hier eingeführt, und wir greifen diesen Ball gerne auf.

Aber ich rate Ihnen: Wenn Sie dazu aktiv nichts beitragen können oder wollen, sollte man ein solches Gebot nicht in die politische Diskussion einbringen. Ansonsten, Herr Finanzminister, muss man sich daran messen lassen.

Es stellt sich also die Frage: Wann entspricht die Finanzpolitik der Generationengerechtigkeit und wann nicht? - Ich möchte hierzu einen unverdächtigen Zeugen hinzuziehen. Ich zitiere Ihren Parteigenossen, den Finanzminister des Bundes, Herrn Eichel, der am 09.11. an der Humboldt-Universität in Berlin Folgendes ausgeführt hat:

"Die Finanzpolitik kann nicht der Generationengerechtigkeit entsprechen, wenn es ihr nicht gelingt, die Schulden zu begrenzen.

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Wachsende Staatsverschuldungen engen den Handlungsspielraum der künftigen Generationen ein. Nachhaltigkeit ist damit ein Schritt auf dem Weg zur Generationengerechtigkeit."

Damit, werte Kolleginnen und Kollegen - das mögen die Koalitionsfraktionen nicht so gerne hören -, rückt ein konservatives Prinzip immer mehr in den Vordergrund: Es ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Der Begriff stammt aus der Land- und Forstwirtschaft. Dort war es gute Tradition, die Grundlagen für eine längerfristige und generationsübergreifende Überlebensstrategie zu schaffen. Das heißt: Es war ein Ehrenkodex. Man lebte nicht von der Substanz auf Kosten der Zukunft. Von der Substanz lebt man nur in Zeiten der Not

(Zuruf der Abgeordneten Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- und das, werte Kollegin Löhrmann, auch nur vorübergehend.

Moderne Finanzpolitik orientiert sich also an der Nachhaltigkeit und schafft damit wieder die Generationengerechtigkeit.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das haben Sie immerhin begriffen!)

- (B) - Mir wäre es lieber, Sie würden es begreifen. Deshalb führen wir das doch so genau aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das heißt: Die moderne Finanzpolitik des 21. Jahrhunderts setzt auf Nachhaltigkeit und auf Entschuldung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hat der Herr Waigel aber nicht hinbekommen!)

Nur Sie, Herr Finanzminister, tun das nicht. Sie betreiben in Nordrhein-Westfalen weiter die Verschuldungspolitik der 80er-Jahre, und das halten wir für einen Skandal.

(Beifall bei der CDU)

Bayern und selbst der Bund hingegen machen Ihnen die moderne Finanzpolitik nun zumindest gedanklich vor.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- (C) - Und andere Bundesländer, Herr Clement, wollen nachziehen. Das werden wir gemeinsam sehr genau beobachten.

Für die CDU in diesem Lande betone ich allerdings Folgendes: Das wollen auch wir. Wir wollen eine nachhaltige Finanzpolitik, und unsere Kinder haben auch ein Recht darauf, Herr Finanzminister. Beenden Sie daher die Generationenungerechtigkeit in diesem Land!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Stattdessen erklären Sie hier, Herr Finanzminister, Ihre eiserne Leitlinie für den Haushalt 2000 sei gewesen, keine Flucht in eine höhere Schuldenaufnahme zu begehen.

(Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

Sie unterstellen damit, dass Ihnen diese Fluchtmöglichkeit offen gestanden hätte. Dies, Herr Finanzminister, ist schlichtweg unwahr. Sie haben im Haushalt 2000 sowie im Planentwurf 2001 so viele Schulden aufgenommen, wie es die Verfassung erlaubt. Das ist die traurige Wahrheit, Herr Möllemann.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das stimmt ja auch!)

(D) Von besonderer Leistung also keine Spur, es sei denn, Sie, Herr Steinbrück, empfinden es als besondere Leistung, sich bei der Verschuldung innerhalb der Verfassung zu bewegen, was ich nicht unterstellen möchte.

Ein anderes wichtiges Problemfeld in diesem Haushalt sind die Zinsen. Mit 8,7 Milliarden DM sind dies die höchsten Zinsausgaben seit Bestehen Nordrhein-Westfalens. Erinnern wir uns: 1980 lag die Zinslast bei 2 Milliarden DM. Das ist exakt die Zahl, die die Bayern heute haben. Die Zinsausgaben in Nordrhein-Westfalen sind damit der zweitgrößte Ausgabenblock. Es macht uns doch alle betroffen, dass dieser Zinsausgabenblock noch größer ist als das Umweltressort bei den Grünen, das Wirtschaftsressort oder das Sozialressort. Das darf nicht so bleiben, und es gilt daher, Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Dafür müssen die Zinsen gesenkt werden, und davon wollen wir im Parlament etwas sehen.

Deshalb fordert die CDU in Nordrhein-Westfalen Folgendes: Zukunftsvorsorge statt Zinsausgaben.

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Das ist unser Motto für die Finanzpolitik der Zukunft. Schulden machen heißt, die Zukunft verspielen. Die Zukunft gestalten können wir nur, wenn wir die Schulden abtragen. Sinkenden Zinsausgaben und weniger Schulden in Nordrhein-Westfalen schaffen wieder die so dringend benötigten Handlungsspielräume insbesondere für zukunftsorientierte Aufgaben. Da müssen wir ran; da müssen Sie dran, Herr Finanzminister. Das ist Ihre Aufgabe, diesem Parlament einen solchen Haushalt vorzustellen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Herr Steinbrück, ich möchte Sie noch einmal persönlich ansprechen: Sie wissen genau, dass der vorliegende Haushaltsentwurf unausgegoren und unvollständig ist. Wie anders sollen wir Ihre Botschaften aufnehmen, dass Sie noch zwei weitere Ergänzungshaushalte in die Beratungen einfließen lassen wollen? Sie kündigen sogar noch einen Nachtrag an. Das lässt darauf schließen, dass wesentliche Elemente noch gar nicht in diesen Haushalt eingebracht sind.

Wichtige politische Vorhaben sind bisher nicht einmal mit einer Zeile, geschweige denn mit einer D-Mark im Haushalt berücksichtigt worden. Nach unseren Recherchen fehlen unter anderem die Mittel für den Landesbetrieb Straßenbau, das Liegenschaftsmanagement, die Forensikpläne von Frau Fischer, den angeblichen Neubau eines Regierungsviertels, die Belastungen durch den Bundesrat, die Herr Clement mitgebracht hat, und die Pläne zur Lehrereinstellung, die von SPD und Grünen hier im Parlament herumgeistern.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Nach meiner Einschätzung wird der Haushalt spätestens im Vollzug ohnehin verfassungswidrig sein. Denn, Herr Steinbrück, Sie wissen genau: Die neuen Schulden liegen nur 111 Millionen DM unter den eigenfinanzierten Investitionen. Ich prophezeie Ihnen, spätestens im Haushaltsvollzug wird der Haushalt 2001 verfassungswidrig. Damit ist der gesamte Haushaltsentwurf schon jetzt Makulatur. Nach meiner Meinung könnten Sie den gesamten Haushaltsentwurf wieder einpacken, über Weihnachten neu ausarbeiten und uns dann endlich im neuen Jahr hier einen beratungswürdigen Haushalt präsentieren. Das fordern wir ein.

(Beifall bei der CDU)

Korrigieren Sie in einem so revidierten Haushalt bitte unbedingt die Investitionen! Die Investitionen sollen nach dem bisherigen Entwurf nur noch 9,1 Milliarden DM betragen. Das sind 300 Millionen DM weniger als im laufenden Jahr. Die Investitionsquote fällt dramatisch auf 9,8 % zurück. Damit fällt die Investitionsquote in diesem Land erstmals unter 10 %. Es war für uns in Nordrhein-Westfalen eigentlich eine magische, eine heilige Grenze, die Sie nun einfach so unterschreiten. Schlimmer noch - sehen wir uns die mittelfristige Finanzplanung an -: Sie unternehmen gar nicht den Versuch, die 10 % wieder zu erreichen oder zu sichern. Es ist keine Besserung in Sicht.

(C)

Schauen wir uns die Entwicklung im Jahr 2003 an! Da stellen wir Folgendes fest: Im Jahre 2003 ist die Investitionsquote mit 9,8 % geringer als die Zinslastquote mit 10 %. Die Folge ist: Dem Finanzminister laufen die wesentlichen Eckdaten für einen geordneten Haushalt völlig aus dem Ruder.

Noch bedenklicher und noch anschaulicher wird das ganze Ausmaß der dramatischen Entwicklung der Investitionen aber an folgendem Beispiel: In den letzten 20 Jahren wurde die Investitionsquote in Nordrhein-Westfalen, ausgehend von 22 %, mehr als halbiert. Das kostet Nordrhein-Westfalen rund 150.000 Arbeitsplätze. Das würde 18 % weniger Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen bedeuten, oder, anders gesagt, die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen würde bei konstant gehaltener Investitionsquote um 2 % absinken von jetzt 9,5 % auf 7,5 %. Das, Herr Clement, ist bayerisches Erfolgsniveau. Das können auch wir in Nordrhein-Westfalen. Dazu muss man nur die Kraft und den politischen Willen aufbringen.

(D)

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement: Das ist an Naivität nicht zu überbieten!)

Politischer Wille und politische Kraft kostet auch der Personalhaushalt. Das geben wir gerne zu. Es muss einen bedenklich stimmen, wenn 38,5 Milliarden DM aufgewendet werden müssen, um in einem Land Beamte, Angestellte und Arbeiter zu bezahlen. Das sind trotz der eingesparten 3.800 Stellen wiederum 600 Millionen DM mehr als im Haushalt zuvor. Am erschreckendsten ist die dramatisch angestiegene Personalsteuerquote, eine Steuerquote, die Sie bei der Einbringung schlichtweg unterschlagen haben. In Ihrem Rede-

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) manuskript war sie zu finden. Aber Sie haben sich in der Zwischenzeit auf eine andere Zahl konzentriert, nämlich auf die Ausgabenquote von über 40 %; die klingt etwas gemäßiger, die klingt freundlicher.

(Zuruf des Ministers Peer Steinbrück)

- Ihre Personalsteuerquote, Herr Steinbrück, beträgt 54 %. Die sollte von keinem Finanzminister überschritten werden. Aber Sie haben auch diese Grenze überschritten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herrn Schleußer und all Ihren Vorgängern war die Grenze von 50 % heilig. Sie gehen aber einfach darüber hinweg, als wenn das eine Selbstverständlichkeit wäre, und Sie erklären hier nicht, was das für verheerende Folgen hat.

(Widerspruch des Finanzministers Steinbrück)

- Herr Steinbrück, Sie wissen doch genau, dass Sie von jeder originär eingenommenen Steuermark 54 Pfennig für das Personal aufwenden müssen. Wie wollen Sie angesichts dessen hier noch Politik machen?

(B)

Und dann rollt die Pensionslawine heran. Wir fragen Sie, Herr Finanzminister: Wo haben Sie in diesem Haushalt dafür Vorsorge getroffen? In 20 Jahren verdoppeln sich die Ausgaben für die Pensionen von rund 8 auf über 16 Milliarden DM. Sie sagen zu Recht: Die Schmerzgrenze ist erreicht. Doch ich sage Ihnen hier ganz deutlich: Die Schmerzgrenze ist längst überschritten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Frage, die Sie stellen und auch jetzt wieder hier einwerfen, ist: Was bleibt zu tun? Was würde die CDU tun? Darauf sagen wir Ihnen - auch schon seit Jahren -: Fahren Sie echte Einsparungen. Echte Einsparungen sind beim Personal nur mit einer echten Aufgabenkritik möglich. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Er kann nicht mehr alles leisten. Er sollte wissen, dass er kein Gartenbaubetrieb, kein Vermessungsingenieur, kein Kfz-Betrieb und eigentlich auch kein Hausverwalter mehr sein sollte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen versucht schon seit Jahren durch eine Vielzahl

von Organisationsgutachten eine Personalreduzierung herbeizuführen. Herausgekommen ist aber, Herr Finanzminister, unter dem Strich bisher nichts. Sie haben mehr neue Stellen geschaffen, als Sie abbauen konnten. Von 1989 bis 2000 sind es fast 9.000 neue Stellen gewesen. Wir sagen schon seit Jahren, dass Sie ohne echte Aufgabenkritik auf dem Gebiet der bitter notwendigen Personalreduzierung Schiffbruch erleiden werden.

Erst jetzt, nach Jahren versäumter Zeit, kündigen Sie an, dass Sie eine Sparkommission aus Regierung und Koalition gebildet haben, um den Aufgabenbestand zu reduzieren. Werte Kolleginnen und Kollegen, das ist wieder eine dieser typischen halbherzigen Entscheidungen, die sich nicht zum Erfolg führen lassen. Wir brauchen in der Tat dringend ein Gremium, das diesem Parlament und der Regierung endlich handfeste Wegweisungen gibt, wie die Aufgaben und damit sukzessive auch das Personal nachhaltig reduziert werden können. Aber es muss ein unabhängiges Kollegium sein. Es ist ein alter Grundsatz, dass man nicht die Frösche fragen darf, wenn man den Sumpf trockenlegen will.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Des Weiteren: Die CDU mahnt zum wiederholten Mal an, alle Subventionen auf den Prüfstand zu stellen. Dazu, Herr Steinbrück, gehört nicht nur, die neuen Subventionen in die Diskussion einzubringen. Die neuen Subventionen gehören sowieso dazu. Sie sind zeitlich zu befristen. Es muss zu einer Umkehr der Beweislast kommen. Jeder, der Subventionen erhält, muss nach einer bestimmten Frist darlegen, wofür er sie noch benötigt. Ansonsten gibt es keine Subventionen mehr.

Herr Finanzminister, wir haben eine Aussage darüber vermisst, wie Sie mit den alten Subventionen umgehen wollen. Zurzeit sind dies rund 15 Milliarden DM in diesem Haushalt, und zwar ohne die Zuweisungen an die Kommunen.

Wir haben drei Arten von Subventionen oder so genannten Zuweisungen: die gesetzlichen, die freiwilligen und die vertraglichen. Wir sind der Meinung, dass sie alle auf den Prüfstand gehören. Dabei darf es keine Augenwischerei geben. Vor allem müssen diese Subventionen kontrolliert werden. Sie dürfen auf keinen Fall dazu missbraucht werden, dass sich diejenigen, die Subventionen erhalten, Wettbewerbsvorteile ver-

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) schaffen und als Konkurrenten gesunde Betriebe in Nordrhein-Westfalen ausschalten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Finanzminister, was Sie sich hier in Nordrhein-Westfalen in puncto Subventionen leisten, geht nun überhaupt nicht. Sie haben letzte Woche angekündigt, in Zukunft ein geeignetes Programm-Controlling zu entwickeln. Diese Ankündigung ist schon für sich ein Skandal; denn sie bedeutet, dass es so etwas wie ein Programm-Controlling in diesem Land bisher noch nicht gegeben hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist eigentlich nicht zu fassen. Das Land Nordrhein-Westfalen vergibt seit Jahrzehnten Jahr für Jahr Fördermittel in zweistelliger Milliardenhöhe, ohne ein Instrument zur wirksamen Kontrolle zu besitzen. Das ist kaum glaublich. Das bedeutet eine ungeheure Verschwendung von Steuergeldern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Clement, auch das ist ein Fall für den Landesrechnungshof. Die Präsidentin sitzt ja hier und hört sich das sehr genau und interessiert an.

- (B) Die CDU setzt sich daher für eine neue Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen ein. Die folgenden fünf Grundsätze müssen dabei erfüllt werden:

1. Die Nachhaltigkeit ist endlich auch in Nordrhein-Westfalen in den Vordergrund zu stellen.
2. Die Haushaltsplanung ist auf eine Beendigung der Neuverschuldung auszurichten.
3. Mit echter Aufgabenkritik muss begonnen werden. Alle Subventionen sind auf den Prüfstand zu stellen.
4. Eine härtere Linie ist gegenüber dem Bund einzuschlagen.
5. Neue Einnahmequellen müssen eröffnet werden.

Wenn wir uns darauf verständigen können, sind wir bei den Haushaltsberatungen Ihr Partner. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Kollege Diegel. - Als Nächster spricht für die Fraktion der SPD Herr Walsken.

(C)

**Ernst-Martin Walsken (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war eine sehr schöne Rede.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

- Wenn ich die Rede bewerte, dürfen Sie noch einmal klatschen.

Darin sind viele Dinge angesprochen worden. Von neuer Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen war die Rede. Das war alles wirklich schön anzuhören. Ich habe mich nur gefragt: Was passiert eigentlich in der Sache? Welche Konsequenz zieht die Opposition dieses Parlaments aus dem, was sie ihren finanzpolitischen Sprecher vortragen lässt? Da ist die Rede davon, wir hätten zu viel Personal. Ich weiß nicht: Lebe ich in einer anderen Welt?

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Oder habe ich nicht vor drei Tagen gelesen, dass die Opposition 8000 neue Stellen im Landeshaushalt will? Habe ich da etwas Falsches gelesen? Oder machen Sie das übliche Doppelspiel: Der Finanzpolitiker darf hier vortragen, das Land habe zu viele Stellen, und die Schulpolitiker kommen nachher und sagen, wir müssten 8000 Stellen drauflegen.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wie ist eigentlich Ihre Linie? Haben Sie überhaupt eine? Sie sprechen von Investitionsquoten, die auf 20 Milliarden DM verdoppelt werden müssten. Sie sprechen von mir unverständlichen 150.000 Arbeitsplätzen. Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen. Ich sage Ihnen eines: Eine Verdoppelung der Investitionen im Landeshaushalt würde bedeutet, dass wir für 10 Milliarden DM Subventionen und Personal abbauen müssten. Das wären 10.000 Beschäftigte weniger in der Landesverwaltung, bei der Polizei, in Gerichten und Schulen. Mehr als 10.000 Arbeitsplätze müssten dann abgebaut werden. Wovon reden Sie eigentlich? Sie legen hier nur theoretische Modelle auf den Tisch.

(Helmut Diegel [CDU]: Aufgabenkritik!)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) Sie reden von Kürzungen, von Zuweisungen an die Kommunen. Die haben nicht stattgefunden, Herr Kollege; Sie wissen das. Sie wissen, dass sich die Zuweisungen des GFG nach dem Steuererwerb richten und keine einzige Schraube bei der Zuweisung an die Gemeinden verändert worden ist. Die Gemeinden können sich auf die Solidität des Zuweisungsgefüges verlassen. Das konnten sie immer und werden es auch weiterhin können; daran werden auch Ihre Reden nichts ändern.

Sie haben davon gesprochen, dass nach Ihren Recherchen im Haushalt der Straßenbau fehle, der Liegenschaftsbetrieb fehle. Mein Gott, wo ist die Quelle Ihrer Recherchen? Ich kann Ihnen sagen, wo die Quelle Ihrer Recherchen ist: Sie haben dem Finanzminister bei seiner Einbringungsrede zugehört. Er hat nämlich selbst gesagt, das fehle noch. Er musste es auch sagen, weil die gesetzlichen Grundlagen dafür erst am 1. Januar 2001 in Kraft treten und er noch gar kein Recht hat, uns schon heute etwas auf den Tisch zu legen.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: So ein Schwachsinn! Unglaublich! - Zurufe von der SPD: Frau Präsidentin, er hat "Schwachsinn" gesagt!)

(B) Welche Vorstellung haben Sie eigentlich von einem korrekten Umgang miteinander?

Ich könnte meine Kritik an Ihrer Rede mit vielen anderen Beispielen fortsetzen. Sie sprechen davon, dass der Landeshaushalt im Vollzug verfassungswidrig sei. Kennen Sie die Landesverfassung überhaupt? Wenn Sie sie kennen würden, wüssten Sie, dass der Landeshaushalt bei der Einbringung verfassungskonform sein muss, dass sich der Vollzug des Haushaltes natürlich nach den Vorgaben des Gesetzgebers richten muss. Wenn es dann aber zu Überschreitungen der Verfassungsgrenzen kommt, ist das nicht verfassungswidrig. Lesen Sie die Urteile nach, die Sie selbst vor dem Verfassungsgericht erstritten haben! Dann sehen Sie, dass von Ihnen hier eine falsche Schlachtordnung aufgemacht worden ist, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Sie bauen - das tun Sie seit Jahren mehr oder weniger erfolgreich - auf das Kurzzeitgedächtnis

(C) der Menschen. Sie reden davon, dass die Landesregierung alleine für die Schulden, die wir im Landeshaushalt haben, verantwortlich sei. Es ist richtig: Für einen Großteil der Schulden haben wir in diesem Land Politik gemacht. Von diesen Schulden sind Straßen, Schulen, Universitäten gebaut worden. Diese Schulden müssen über den Generationenvertrag Jahr für Jahr von den jetzt aktiven Generationen abbezahlt werden. Selbstverständlich!

Zu Ihrem Kurzzeitgedächtnis: Haben Sie vergessen, dass wir in Nordrhein-Westfalen 1995 mit unserem Koalitionspartner vereinbart haben, die Kreditlinie bis zum Jahr 2000 auf 1 Milliarde DM zurückzuführen, basierend und vertrauend auf die mittelfristige Finanzplanung der Regierung Kohl/Waigel? Haben Sie vergessen, dass in diesen fünf Jahren nicht eine einzige Prognose von Kohl und Waigel eingetroffen ist? Haben Sie vergessen, dass wir stattdessen eine Schuldenaufnahme hatten, die auf die Fehlkalkulation der alten Bundesregierung zurückzuführen ist, die sich auf 20 Milliarden DM zusätzlich in diesem Jahr kumuliert? Ich bitte Sie!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Womit wir zu tun haben, ist natürlich die Steuerreform, ist natürlich das, was wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten politisch gemacht haben. Aber wir haben auch mit dem Abbau von Erblasten zu tun, die Ihre alte Bundesregierung auch diesem Land eingebrockt hat - und das ist verflucht viel.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Hätten wir nicht auf Kohl/Waigel vertraut, hätten wir spielend 20 Milliarden DM, 30 Milliarden DM weniger Schulden im Haushalt und könnten spielend 2 Milliarden DM, 3 Milliarden DM nutzen, um die Neuverschuldung nicht in die Höhe zu treiben. Wenn ich die Vorbelastung der Regierung Kohl/Waigel für uns sehe, bin ich außerordentlich dankbar, dass der Wähler im Jahre 1998 einen Wechsel in Berlin ermöglicht hat.

(Beifall bei der SPD)

Die rot-grüne Bundesregierung hat damit begonnen, endlich den Steuerdschungel zu lichten, der in Ihrer Zeit gewachsen ist: Ungerechtfertigte Schlupflöcher wurden geschlossen, Bemessungsgrundlagen wurden endlich zugunsten einer großen Mehrheit der Bevölkerung verbreitert, höhe-

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) res Kindergeld, Senkung der Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer und der Körperschaftsteuer, Senkung der Eingangssteuersätze, Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer auf die Körperschaftsteuer. Das alles sind Eckwerte einer Reform, an der Sie gescheitert sind und die sich jetzt nachhaltig auf eine Gesundung unseres Steuersystems und auf eine Gesundung unserer Volkswirtschaft auswirken werden. Ich bin dankbar, dass das eingetroffen ist und dass wir das geschafft haben.

Ich bin auch froh darüber, dass mit der ökologischen Steuerreform die Abgabenlast der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Rentenversicherung gebremst wird.

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Auch an dieser Politik, an der Senkung der Lohnnebenkosten, sind Sie in der alten Bundesregierung gescheitert. Das ist bitter für Sie. Aber es ist so: Die neue Bundesregierung hält das, was die alte Bundesregierung versprochen hat. Da sie diese Versprechen nicht gehalten hat, ist sie gescheitert. Das ist Fakt in diesem Land.

(B) Wir sind auch bei einer weiteren Erblast der alten Bundesregierung weitergekommen, nämlich bei der Rentenreform. Trotz - das wissen Sie genau - ungünstiger demographischer Entwicklung bleibt der Generationenvertrag mit gerechten, neuen, aber zumutbaren Lastenverschiebungen zwischen den Generationen bestehen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Der eigene persönliche Sicherungsbeitrag wird honoriert. Die betriebsbezogene Sicherung wird gefördert. Über Anteile kann man streiten; aber die Prinzipien sind so. Auch dies, die Lösung der Rentenreform zugunsten dieser Eckwerte, wird uns in den nächsten Jahren als steuerliche Mindereinnahme begegnen. Trotzdem sage ich: Diese Rentenreform wie auch die Steuerreform sind Eckpunkte einer Politik, die die Probleme in diesem Land nachhaltig löst, die keine Flickschusterei betreibt und die vor den Problemen dieses Landes nicht kapituliert.

Es ist bezeichnend, meine Damen und Herren - das ist auch in der Rede des Kollegen deutlich geworden -, dass Sie nach wie vor zwischen dem Fundamentalismus à la Stoiber und der Konsensorientierung à la Süßmuth aufgegeben werden

und in Wahrheit nicht wissen, in welche Richtung Ihre Politik gehen soll. (C)

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen.

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

Die Experten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben für 2001 ein Wachstum von 2,7 % vorausgesagt. Das liegt deutlich über allen Daten seit 1997 - und das, meine Damen und Herren, trotz der Ölpreise, trotz der gestiegenen Zinsen und trotz des starken Dollarkurses.

Das Bündel der einzelnen Maßnahmen trägt bereits erste Früchte: Die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen, und es wurden in erheblichem Umfang insbesondere in Nordrhein-Westfalen neue Arbeitsplätze geschaffen. Erstmals sind in Nordrhein-Westfalen im November die Arbeitslosenzahlen stabil geblieben. Das ist ein Erfolg der Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung und auch der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Wir sind froh darüber, dass wir uns vom Bundestrend haben abkoppeln können.

(Beifall bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, die Steuerreform und die Rentenreform kosten viel Geld - natürlich auch den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt und die Gemeinden. (D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie müssen die Rentner fragen!)

Der Finanzminister hat einmal im Rahmen der Finanzausgleichsdiskussion gesagt: Wenn man oben an der Bettdecke zieht, werden unten die Füße kalt, weil sich die Bettdecke nicht dehnen lässt. - Das ist nicht nur beim Finanzausgleich so, sondern auch bei den Steuerentlastungspaketen. Steuersenkungen für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten gleichzeitig Mindereinnahmen für die öffentlichen Haushalte.

Sie kennen die Zahlen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr 5,5 Milliarden DM an Steuerausfällen zu verkraften. Allerdings sind wir sicher, dass sich der Wachstumsschub, der dadurch ausgelöst wird, langfristig in Steuermehreinnahmen im Landeshaushalt und in zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Wirtschaft niederschlagen wird. Die Bürger dieses Landes Nordrhein-Westfa-

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) len werden ab 1. Januar insgesamt weit über 10 Milliarden DM mehr in ihren Taschen haben, mit denen sie eigenverantwortlich umgehen können und die dem Wirtschaftskreislauf zugeführt werden.

In diesem Zusammenhang danke ich der Landesregierung ausdrücklich, dass sie bei der Frage der Kilometerpauschale unbeschadet der Details und der Inhalte, was die Mehrbelastung des Landeshaushaltes angeht, stabil geblieben ist und im Bundesrat dafür gesorgt hat, dass die Belastung für den Landeshaushalt nicht noch größer wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche der Landesregierung bei der Frage, wer die Kosten der BSE-Tests zu zahlen hat, eine ähnlich glückliche Hand und ein ähnliches Durchsetzungsvermögen, denn auch hier uns drohen erhebliche Belastungen zusätzlicher Art.

Meine Damen und Herren, wir stehen aber nicht nur - und insofern hat der Kollege Diegel Recht, was die Zukunft angeht - im Jahre 2001 vor zusätzlichen Belastungen: Wir werden auch in Zukunft auf Dinge verzichten müssen, die uns lieb geworden sind. Aus diesem Grund haben wir eine Sparkommission zwischen Koalitionsfraktionen und Landesregierung eingesetzt, die versuchen soll, Einsparpotenziale und damit auch strukturelle Probleme im Landeshaushalt anzugehen.

- (B)

Programme, die ihre Berechtigung allein daher ableiten, dass sie seit vielen Jahren existieren, harren der Überprüfung; das ist selbstverständlich. Dies mag im einen oder anderen Fall schmerzvoll sein, aber eine solide Finanzpolitik zwingt uns zur Überprüfung.

(Zuruf des Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Controlling!)

- Das hat nichts mit Controlling zu tun; das ist ein ganz anderes Thema. Der Kollege verwechselt da wohl einige Dinge.

(Zuruf des Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Wir sind doch schon längst dabei. Sie können das nicht wissen, Herr Kollege, denn Sie waren in der letzten Wahlperiode noch nicht im Landtag. Ich gebe Ihnen gerne die Unterlagen, aus denen hervorgeht, was auch die Landesregierung in Bezug auf Controlling beschlossen hat.

(Zuruf des Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (C) - Sie müssen noch ein bißchen lernen. Ich bin aber überzeugt, Herr Rüttgers, dass auch Sie irgendwann im Laufe dieser Wahlperiode den Stand unserer Debatte erreicht haben werden und dann auf gleichem Niveau mit uns reden können. Da kommen Sie bestimmt hin.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Wie kann man nur so arrogant sein!)

- Wer neu dazukommt, sollte ein bißchen bescheiden sein. Der kann nicht für sich reklamieren, dass er schon alles weiß, Herr Kollege. Das ist normal.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Wer die Nase zu hoch trägt, fällt auf die Schnauze!)

Gemeinsam mit der Landesregierung werden wir jedenfalls dafür Sorge tragen, dass wir alle Sparpotenziale, die es noch im Landeshaushalt gibt, aufstöbern werden, um innerhalb dieser Wahlperiode wieder zu anderen Strukturen des Landeshaushaltes zu kommen.

Die Koalitionsfraktionen jedenfalls haben sich vorgenommen, in der laufenden Legislaturperiode die Nettokreditaufnahme von 5 Milliarden DM nicht zu überschreiten. Das ist natürlich eine hohe Zahl - das gebe ich zu -, aber solange sich die Belastungen von Zinsen und Tilgung im Landeshaushalt unterhalb des Zuwachses des Bruttosozialproduktes bewegen, gibt es finanzwirtschaftlich keinen Grund zur Sorge. Da sind wir noch auf der soliden Seite. Trotzdem ist es viel.

- (D)

Ich bin mächtig gespannt, wie die CDU - Herr Kollege Diegel hat es angekündigt - die von ihr signalisierte Senkung auf null praktisch erreichen will. Ich bin wie ein Flitzebogen auf die Anträge gespannt, die die CDU vorlegen will, an welcher Stelle sie denn im Haushalt des nächsten Jahres die 7 Milliarden DM aufbringen will, um die zusätzliche Verschuldung, die wir im nächsten Jahr zu verkraften haben, zu finanzieren.

(Edgar Moron [SPD]: Da ist nichts zu erwarten!)

- Ja, Herr Kollege Moron, das wäre dann die Fortsetzung der Oppositionspolitik der letzten Jahre. Da hier aber eine neue Oppositionspolitik und eine neue Finanzpolitik angekündigt worden sind setze ich darauf, dass tatsächlich Anträge kommen.

(Edgar Moron [SPD]: In der Frage setzt die CDU auf Kontinuität!)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) - Geben Sie dem Herrn Rüttgers da eine Chance.

Auch wenn wir im bevorstehenden Haushaltsjahr wegen der Steuermindereinnahmen von 5 Milliarden DM in der Tat noch nicht weitergekommen sind, so ist es doch ein Verdienst der vorsorgenden Politik, die wir in diesem Jahr betrieben haben, und der Ausgabendisziplin, dass wir uns bei der Neuverschuldung nicht über die Marke des letzten Jahres hinausbewegen. Wir haben trotz Mindereinnahmen von 5,5 Milliarden DM nicht die Verschuldung des letzten Jahres überschritten, als wir noch erheblich mehr Einnahmen zu verzeichnen hatten. Das geschah natürlich auch deshalb, weil wir die Mehreinnahmen dieses Jahres benutzt haben, um die Mindereinnahmen des nächsten Jahres zu finanzieren. Das war klug und vorsorglich, und ich finde es schade, dass Sie es immer noch nicht verstanden haben. Wir sind auf einem vernünftigen Weg.

Ich gehe jedenfalls davon aus, dass wir die Nettokreditaufnahme auch im Rahmen dieser parlamentarischen Beratungen als feste Marke eingeplant haben und wir sie nicht verändern werden. Eine Steigerung der Nettokreditaufnahme wäre, was die Solidität der Finanzwirtschaft anbelangt, ein völlig falsches Signal.

(B) Natürlich ist der Stellenhaushalt ein wesentlicher Faktor zur Erreichung dieser Grenze. Obwohl der Arbeitsstab Aufgabenkritik im Rahmen seiner Tätigkeit festgestellt hat, dass mehr als 22.000 Stellen bei der Landesverwaltung wegfallen können, haben wir es bis zum Ende des Jahres 1998 tatsächlich nicht geschafft, zu einem realen Abbau zu kommen. Wir sind per saldo bis 1998 tatsächlich noch mit Zuwächsen im Landeshaushalt versehen.

Erst im Jahre 1999 sinkt faktisch die Summe der Personalstellen. Im Jahre 2001 wird dieser Trend allerdings mit weiteren 3.600 Stellenabgängen fortgesetzt. Das ist auch ein sehr gutes Zeichen dafür, wie wir in den nächsten Jahren vorangehen werden.

Trotzdem - das ist völlig klar - gibt es insbesondere im Bildungsbereich beim Personal Wünsche, und wir werden uns überlegen müssen, wie wir diesem tatsächlich vorhandenen Bedarf auch gerecht werden können.

Lieber Kollege Diegel, damit sind wir bei der Frage, was die CDU macht, wenn mehr Stellen ge-

fordert werden. Wird sie dann sagen, wir könnten das nicht finanzieren, weil sie hier der Landesregierung vorgeworfen hat, wir hätten zu viele Stellen im Haushalt? Oder wird sie sagen, in dem Falle vielleicht doch noch? Überlegen Sie das gut!

Insoweit betrachte ich den Entwurf des Landeshaushalts in der jetzt eingebrachten Form in der Tat nur als einen ersten Aufschlag.

Wer allerdings Stellen fordert, muss sich entgegenhalten lassen, dass die Zeiten vorbei sind, in denen man aufgrund von bestehenden Berechnungsmodalitäten zu einem rechnerischen Zuwachs kommen kann, der sozusagen automatisch auf dem Tisch liegt. Vielmehr muss sich derjenige, der Stellen fordert, heute fragen lassen, welche Anstrengungen er unternommen hat, um durch Organisationsänderungen möglicherweise zusätzliche Bedarfe zu vermeiden, ob er überprüft hat, ob alle Standards noch à jour sind und man nicht durch Standardveränderungen auf Zusätze verzichten kann, ob es sich um dauerhafte Bedarfe handelt, die neue Stellen rechtfertigen, oder um kurzfristige Bedarfe, die durch Bargeld finanziert werden können, oder ob es andere Möglichkeiten der Effizienzsteigerung gibt, um Stellenausweitungen zu vermeiden. Das alles muss einer Zusage auf mehr Stellen vorgeschaltet werden.

Es ist in der Tat richtig, dass die Personalausgaben mit 41 % der größte Ausgabenblock sind. Ich kann dem Finanzminister ausdrücklich Recht geben, dass damit die absolute Schmerzgrenze erreicht sein dürfte. Dass sich diese Schmerzgrenze noch verändern wird, Herr Kollege Diegel, beispielsweise deshalb, weil der Straßenbau im nächsten Jahr hinzukommen wird, liegt organisationstechnisch auf der Hand. Dann werden wir eine andere Größenordnung nehmen müssen, um uns an die Solidität des Haushalts zu halten.

Nicht nur der jährliche Personalhaushalt, sondern vor allen Dingen die dadurch automatisch dynamisch steigenden Versorgungslasten sind das eigentliche Problem der Finanzierung der Haushalte in den nächsten Jahren. Ich bin froh, dass wir die Rücklagenbildung zu den Versorgungslasten in Gang gesetzt haben. Wir müssen überlegen, ob sie in dem einen oder anderen Fall noch zusätzlich gespeist werden kann, damit wir zumindest ab dem Jahr 2013 - das ist das magische Jahr - zu der Situation kommen, aus der Rücklage die dann noch steigenden Versorgungslasten zahlen zu können. Bis zum Jahre 2013 steigen die Versor-

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) gungslasten noch, die in die Personalquote einberechnet werden müssen. Insofern drückt die große Zahl der Menschen, die pensioniert werden, unsere Fähigkeit, neue Menschen in die Landesverwaltung aufzunehmen und den Personalhaushalt auszuweiten. Das ist eine auch gesellschaftspolitisch sehr schwierige Aufgabe.

Mit den genannten Kriterien soll jedenfalls das Ziel erreicht werden, die Personalausgaben bei 40 % der Gesamtausgaben und bei 50 % der Steuereinnahmen festzuzurren. Kurzfristige Überschreitungen, die sich aus kurzfristigen Mindereinnahmen ergeben und die deshalb aus dem Rahmen fallen, sind dabei immer erlaubt und immer zulässig. Wir werden Ende des Jahres und à la longue feststellen, dass die von uns als Orientierung festgesetzten Marken von 40 % und 50 % trotzdem eingehalten werden, obwohl in dem einen oder anderen Jahr eine Abweichung vorhanden ist.

Wir sind froh, dass die Personalagentur gekommen ist. Dadurch werden 15.000 kw-Vermerke beschleunigt abgebaut. Damit wurde auch ein ressortübergreifender Arbeitsmarkt geschaffen, der uns zum ersten Mal in den Stand versetzt, Möglichkeiten zwischen den Ressorts zu verbessern, die wir bisher nur in sehr begrenztem Umfang hatten.

(B)

Trotz dieser vielen Einsparungsmaßnahmen hält die Landesregierung an ihrem Beschluss fest, im Polizeidienst die zweigeteilte Laufbahn in den vorgegebenen Tranchen zu erreichen. Dies wird nach meiner festen Überzeugung zu einer qualitativen Verbesserung bei der Polizei führen. Wir werden diesen Weg zu gehen versuchen, ohne dass damit neue personalwirtschaftliche Querelen produziert werden - das ist ein ganz wichtiges Thema für die federführende Fachverwaltung - und ohne Kostenexplosion für den Landeshaushalt; denn eine zweigeteilte Laufbahn, die nur noch gehobenen und höheren Dienst kennt, führt automatisch zu Mehrbelastungen des Haushalts. Das ist übrigens eine Forderung, der sich die CDU immer sehr gerne angeschlossen hat.

Meine Damen und Herren, die Kunst dieses Haushaltes ist, trotz dieser schwierigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch Eckwerte zu setzen. Lassen Sie mich einige dieser Eckwerte nennen. Die Polizei habe ich schon genannt.

Die Hochschulen sind von Sparmaßnahmen weitestgehend ausgenommen worden. Der Innovationsfonds im Qualitätspakt ist von 40 Millionen DM auf 60 Millionen DM gesteigert worden. Auch die Bauausgaben im Hochschulbereich steigen um 20 Millionen DM.

(C)

Das wichtige Schulprogramm "Geld statt Stellen" konnte mit 260 Millionen DM überrollt werden. Für die Anschlussbeschäftigung der Lehramtsanwärter wird im nächsten Jahr das Dreifache ausgegeben wie im Jahr 2000. Gleiches gilt für die Betreuung der Kinder in Tageseinrichtungen. Trotz einer zu erwartenden Überversorgung ab 2002 investieren wir auch im nächsten Jahr 31 Millionen DM für die Nachzügler, die bisher zu spät gekommen sind. Hinzu kommt die Ausweitung des Programms "Schülertreffs in Tageseinrichtungen" um 50 %.

(Zuruf der Regina van Dinther [CDU])

Wir werden unseren Schwerpunkt von den eigentlichen Kindergartenplätzen auf Ganztagesangebote verlagern. Dazu gehören neben SiT auch die verlässliche Halbtagschule und das Hortangebot. Der Schwerpunkt der Politik der nächsten Jahre wird darin bestehen, den Ganztagsbereich auszubauen.

(D)

(Regina van Dinther [CDU]: Hoffentlich können Sie den Kindern auch diese Billigangebote zumuten! - Zuruf des Antonius Rösenberg [CDU])

- Schülertreffs in Tageseinrichtungen, Herr Kollege, das habe ich erläutert. Einen Haushälter erwischen Sie mit einer solchen Frage nicht, Herr Kollege Rösenberg.

Auch wie in den Vorjahren nehmen im Jahre 2001 die Arbeitsmarktprogramme einen der wichtigsten Plätze ein. Gerade Nordrhein-Westfalen verfügt im europäischen Reigen über viele Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung sehr betroffen sind. Im Zusammenwirken mit der Europäischen Union verzehnfacht Nordrhein-Westfalen hier allerdings seine Anstrengungen. Gleiches gilt für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir haben uns die Arbeitsmarktzahlen im November angeguckt. Wir sind besonders stolz darauf, dass sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) im November noch einmal verbessert hat. Das will ich in diesem Zusammenhang erwähnen, um die Frage der Erfolgskontrolle gerade bei diesem Programm einmal zu unterstreichen. Wir wissen genau, wie viele Jugendliche, die arbeitslos waren, jetzt eine Arbeitsstelle gefunden haben. Wir sind stolz darauf, dass uns das in dem Umfang gelungen ist.

(Beifall bei der SPD und bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat sich eine Leitlinie gegeben. Minister Steinbrück hat sie vorgestellt. Sie lautet: Einnahmeverluste aus der Steuerreform werden ohne Erschütterungen verkraftet. Diese Leitlinie ist eingehalten worden. Es gibt keine Erschütterungen im Landeshaushalt.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Leitlinie mit d!)

- Nein, Herr Kollege, das "d" bezieht sich auf die "Leidkultur".

Haushaltsdisziplin bleibt gewahrt. Es findet keine Flucht in höhere Schulden statt. Den Problemen der kommenden Jahre ist nicht nur fiskalisch, sondern strukturell zu begegnen. Diese Leitlinie findet sich an vielen Stellen in diesem Haushalt wieder. Ich habe einige von ihnen genannt.

- (B)

Die SPD-Fraktion wird sich sehr konstruktiv diesen schwierigen Herausforderungen stellen. Wir wollen die Finanzwirtschaft, die in den letzten Jahren außerordentlich erfolgreich war - auch wenn sie hin und wieder Rückschläge aus Bonn hatte -, weiterhin fortsetzen.

Wir wünschen der Landesregierung eine glückliche Hand. Sie kann sich auf die Solidität der SPD-Fraktion bei den Haushaltsberatungen verlassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Walsken. - Für die Fraktion der F.D.P. spricht jetzt Herr Kollege Möllemann. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Jürgen W. Möllemann (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorige Woche hat der Deutsche Bundestag vier Tage lang seine Haushaltsdebatte geführt. 36 Stunden wurden die Leitlinien der Politik und die gegensätzlichen Konzepte von Regierung und Oppositionsparteien intensiv diskutiert. Wenn es nach Ihnen, Herr Kollege Moron, und Ihnen, Frau Löhrmann, geht, soll dieses Parlament den Haushalt und damit das Grundbuch der Politik dieses Landes gerade mal fünf Stunden lang diskutieren.

(C)

(Johannes Remmel [GRÜNE]: So ein Quatsch!)

Die beiden Oppositionsparteien sollen gerade mal jeweils anderthalb Stunden die Möglichkeit bekommen, sich mit Ihrer Politik kritisch auseinander zu setzen.

(Zahlreiche Zurufe von SPD und GRÜNEN - Johannes Remmel [GRÜNE]: Wir sind hier in der ersten Lesung!)

- Herr Kollege Remmel, fangen Sie nicht an zu schreien, sonst geht es ab zur Haarprobe!

(Beifall bei der F.D.P.)

Mir fällt es auf, wie sich dieses Parlament von der Regierung einen Bequemlichkeitsstatus verordnen lässt. Als ich kürzlich mit dem Ministerpräsidenten darüber sprach, dass es doch vielleicht angezeigt wäre, eine intensivere Diskussion zu führen, hat er mir lakonisch erwidert: Ja, uns als Regierung stört das natürlich nicht, wenn sich das Parlament nur relativ verhalten mit unserer Politik beschäftigt.

(D)

Meinem Parlamentarismusverständnis jedenfalls entspricht das nicht! Denn wann eigentlich wollen wir die Grundlinien der Politik kritisch diskutieren, wenn nicht bei der Vorlage des Haushalts, mit dem die Politik gemacht wird?!

(Beifall bei der F.D.P.)

Es wäre vielleicht, anstatt eine solche Broschüre herauszubringen,

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

besser gewesen, sich der Diskussion zu stellen. Das Parlament berät den Haushalt doch erst

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) noch. Wäre es nicht besser gewesen, diese Beratung abzuwarten, bevor Sie publizieren und Geld rausschmeißen? Hat das Parlament denn keine Rechte mehr?

(Beifall bei der F.D.P.)

Es wäre besser gewesen, sich zunächst der Diskussion über diesen Haushalt zu stellen. Wenn das Parlament den Haushalt dann verabschiedet hat, können Sie ihn natürlich im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bevölkerung vorstellen. Aber was soll das jetzt? Das kann ich nicht erkennen.

Nun könnte man sagen: Der vorgelegte Haushalt lohnt keine längere Debatte. Er ist ein Dokument der Halbherzigkeit, der Perspektivlosigkeit und der Unfähigkeit, Prioritäten zu setzen.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Kollege Möllemann, an mich ist die Bitte nach Zwischenfragen herangetragen worden. Sind Sie bereit, eine Frage der Kollegin Herrmann zu beantworten?

- (B) **Jürgen W. Möllemann (F.D.P.):** Wenn ich ein paar Überlegungen im Zusammenhang vorgetragen habe, kann sie sich noch einmal melden. Dann überlege ich es mir.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wie großzügig! Sehr parlamentarisch!)

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir diesen Haushalt intensiv beraten, denn er muss grundlegend verändert werden. Ich stimme dem Kollegen Diegel zu, der bei seiner Bewertung der Rahmendaten, der Grunddaten, zu Recht kritisierte, dass das Volumen der Schulden und der jährlichen Zinszahlungen auch in diesem Haushalt in unvertretbarer Weise weiter den Handlungsspielraum von Regierung und Parlament einschränkt. Ich empfinde es als beunruhigend, wenn die Zinsquote auf 9,3 % des Haushaltsvolumens steigt. Und es ist eine beunruhigende Tatsache, wenn die Personalquote auf 54 % wächst und gleichzeitig die Investitionsquote auf 9,8 % sinkt. Das sind falsche Akzente, die sich übrigens auch daraus ergeben, dass sich in diesem Haushalt eine Menge an Ausgaben zur Förderung rot-grüner Spielwiesen findet, die man leicht entbehren könnte.

Ich möchte zweitens die Kritik unterstützen, dass es ganz ungewöhnlich ist, einen Haushalt in erster Lesung zu beraten und gleichzeitig mindestens zwei Nachtragshaushalte bereits anzukündigen. Zu vermuten steht, dass es drei sein werden.

(Zuruf des Edgar Moron [SPD] - Johannes Remmel [GRÜNE]: Nicht Nachtragshaushalt, sondern Ergänzungsvorlage!)

- Ja, Ergänzungshaushalt. Herr Kollege Remmel, ich mache mir Sorgen um Sie, wenn Sie sich immer so erregen. Es ist uns geläufig, was Sie hier vortragen.

Nun hat mein Vorredner, Herr Kollege Walsken, darauf hingewiesen, dass es so genannte Leitlinien - mit "d" oder "t" sei dahingestellt - des Haushalts gäbe. Ich habe mir die drei, von denen hier die Rede ist, angesehen.

Die erste lautet: Wir wollen die Einnahmeverluste aus der Steuerreform ohne Erschütterungen verkraften.

Donnerwetter, kann ich nur sagen! Da verkünden alle Parteien ihre Ziele zur Steuersenkung - mit "Steuerreform" war von allen Seiten doch wohl "Senkung der Steuerbelastung" gemeint -, aber erst heute stellen Sie sich hier hin und verkünden: Jetzt muss ich erst einmal mit den Konsequenzen fertig werden! Wie haben Sie denn die Steuersenkungspolitik vorgedacht? Haben Sie in Ihrem Hause nicht einmal überlegt, welche Erschütterungen Sie eventuell verkraften müssen? Sie haben keine Vorsorge getroffen und geben auch noch als Handlungsmaxime aus, diese Vorsorgelosigkeit kompensieren zu wollen.

Sie sagen zweitens, Sie wollten Haushaltsdisziplin wahren und keine Flucht in eine höhere Schuldenaufnahme als bisher antreten.

Insofern sehe ich bei Ihrem Kollegen Eichel ein anderes Verständnis. Auch wenn der Mann manches, was er vorgegeben hat, so vorgibt, dass ich es nicht teile, glaube ich, Herr Steinbrück, dass der Bundesfinanzminister mit größerer Konsequenz an die Konsolidierung des Haushalts herangeht, als Sie es sich trauen.

(Minister Peer Steinbrück: Kennen Sie die unterschiedliche Struktur der Haushaltslage von Bund und Ländern?)

(C)

(D)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Und drittens, Herr Kollege Steinbrück, sprechen Sie von der Konkretisierung der Weichenstellung.

Wenn ich mir anschau, was das bedeuten soll, nämlich die Begrenzung der Personalausgaben: Sie sind ja noch nicht einmal in der Lage - bis jetzt jedenfalls nicht -, die ausgebrachten 22.000 kw-Vermerke zu realisieren. Wie soll das denn laufen? Dafür hätten Sie bisher schon die Zeit und den Spielraum gehabt. Aber es funktioniert nicht!

Sie sprechen von der Kontrolle, der Effizienz und Prüfung von Förderprogrammen. Das würde ich verstehen, wenn eine Regierung neu ins Amt kommt. Aber es geht doch um eine Regierung, die ihre Amtszeit fortsetzt. Haben Sie denn bisher diese Effizienzprüfung nicht vorgenommen? Das ist doch eine berechnete kritische Frage.

Und Sie sprechen von der Reduzierung der Förderpolitik. - Wir sind gespannt, was kommt.

Nein, dieser Haushalt hat eine Politik der Halbheiten, der Perspektivlosigkeit, der Unfähigkeit, die notwendigen Prioritäten zu setzen, fortgeschrieben. Ich finde, Herr Ministerpräsident, die politische Verantwortung dafür trägt nicht der Fachminister, sondern die tragen Sie als der Regierungschef. Sie haben schon eine schwere Verantwortung auf sich genommen, als Sie nach den Landtagswahlen dieses Jahres den Willen der Bevölkerung missachtet und gegen den Willen der Bevölkerung diese Koalition, die vom Volk nicht mehr gewollt war, fortgesetzt haben. Das geht aus den Ergebnissen der Wahl eindeutig hervor. Ich kann sie Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn man als größere Regierungspartei von 46 % auf 42,8 %, dem zweit schlechtesten Ergebnis in der Geschichte der SPD, abstürzt, wenn man von 10 % auf 7 % abstürzt, wird man das doch nicht als Vertrauensbeweis der Bevölkerung missdeuten dürfen.

(Beifall bei der F.D.P. - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was ist denn mit Hessen, da regieren Sie mit 5,1 %!?)

Wenn man bei den abgegebenen Stimmen schon nicht mehr auf 50 % kommt und bei den Stimm-

berechtigten auf ganze 28 %, dann wird man das doch wohl nicht als Vertrauensbeweis für eine abgelaufene Legislaturperiode missinterpretieren können.

Was hier fehlt, ist der Mut zur Prioritätensetzung. Ich möchte das an einigen Beispielen darstellen.

Beispiel Bildung! Die Missstände an unseren Schulen und Hochschulen, die mangelnde Personal-, Sach- und Finanzausstattung unserer Bildungseinrichtungen waren in der Auseinandersetzung zum 14. Mai eines der beiden zentralen Themen. Das Versagen der bisherigen Regierung auf diesem Gebiet war einer der Gründe für ihre schwere Niederlage und für unseren Erfolg. Vor allem aber sind diese Missstände - und das wiegt schwerer - Ursache für die Qualitätsverluste in der Ausbildung der jungen Generation, Ursache für verlorene Chancen beim Kampf um Arbeitsplätze und für schlechtere Wettbewerbspositionen unserer Betriebe.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die TIMS-Studie, die in der vorletzten Woche abschließend vorgelegt wurde, die Studien des Max-Planck-Instituts, die Studien der OECD werfen ein bemerkenswertes Licht auf die Qualität der Abschlüsse an unseren Bildungseinrichtungen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber bundesweit!)

- Ja, Frau Löhrmann, natürlich auch bundesweit, und das ist nicht weniger bedrückend. Aber wir machen hier in diesem Landtag Politik für dieses Land,

(Beifall bei der F.D.P.)

und Nordrhein-Westfalen schneidet nun wirklich nicht besser ab, sondern in Teilen schlechter. Das ist ein Ergebnis einer unzureichenden Ausstattung mit Personal, mit Sachmitteln und das Ergebnis falscher Konzepte. Wir brauchen eine grundlegende Trendwende. Bildung muss erste Priorität erhalten.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt:

"Mit der notwendigen finanziellen Ausstattung wollen wir die erfolgreichen Schwerpunkte in unserer Bildungspolitik fortsetzen und ausbauen."

(C)

(D)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) Und Herr Steinbrück hat dem in seiner Erklärung hinzugefügt:

"Auch im Bildungsbereich setzt die Landesregierung Schwerpunkte."

Wer aber in einer Regierungserklärung und im Haushaltseinbringungstext davon spricht, neue Schwerpunkte für die Bildungspolitik zu setzen, der wird sich doch fragen lassen müssen, wie man mit einer Zuwachsrate von 1,02 % im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Forschung bei absolut unzureichenden Zuständen, bei Missständen, die landauf, landab kritisiert werden - das wissen Sie doch alles -, Abhilfe schaffen will.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist keine neue Prioritätensetzung. Das ist die Fortschreibung der bisherigen, unzureichenden Politik.

Wir haben deswegen gesagt: Es bedarf, um die Missstände zu beseitigen, eines Aufwandes von einer Milliarde DM zusätzlich für die Ausstattung der Hochschulen und einer weiteren Milliarde für die Personalausstattung und Ausstattung der Schulen. 8.000 reguläre Stellen - das ist vorhin angesprochen worden - sind zusätzlich notwendig. Sagen Sie bitte bei einem Haushalt dieses Volumens nicht, das sei nicht zu finanzieren. Wir reden doch nachher und am Freitag erneut über die Privatisierung von Landesbeteiligungen, auch, aber nicht nur bei der WestLB. Wir sprechen doch von Umschichtungen, die möglich sind. Sie selber schieben doch auch um. Wir reden über den Abbau von Subventionen. Ich komme gleich zu dem Beispiel, bei dem hier merkwürdige Gedankenspiele gepflegt werden. Und natürlich reden wir vom Abbau der Landesverwaltung. Sie selbst prognostizieren 22.000 kw-Stellen, aber machen es nicht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir wollen keine betriebsbedingten Kündigungen!)

Für die Menge, von der wir hier reden, ist die Substanz von 2 Milliarden DM zu bewegen. Wenn das bei einem Haushalt dieser Größenordnung nicht mehr möglich wäre, dann kann die Politik abdanken.

(Beifall bei der F.D.P.)

(C) Nun ist in der Bildung Geld nicht alles, aber ohne das nötige Geld geht es eben mit der Flickschusterei weiter. Auch hier, Herr Ministerpräsident, beobachte ich Ihren eigentümlichen Hang zu Halbherzigkeiten und die Diskrepanz zwischen Worten und Taten. Es gibt Bündnisse für und gegen alles in diesem Land. Aber diese dürfen nicht zu rituellen Ersatzhandlungen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Natürlich ist das Bündnis für Toleranz, Zivilcourage, gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit gut gemeint. Deswegen tragen wir es mit. Besser und wirkungsvoller aber wäre es, genügend gut ausgebildete, gut bezahlte und gut motivierte Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, damit unsere Kinder in den Schulen fachlich erstklassig ausgebildet werden, sodass wir dann bei TIMS-Studien, bei Studien des Max-Planck-Instituts und der OECD wieder einen vorderen Platz einnehmen, und sich durch diese bessere Ausstattung in den Schulen, Herr Kollege Walsken, die Lehrerinnen und Lehrer bei kleineren Klassen und weniger Unterrichtsausfall dem einzelnen Kind stärker zuwenden könnten, um es persönlich gegen die Pest der Fremdenfeindlichkeit, des Extremismus und der Intoleranz immun zu machen. Das ist unsere Aufgabe, dafür müssen wir sorgen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D) Das geht nur, wenn dafür die Kraft und die Zeit vorhanden sind. Es hat doch gar keinen Zweck, in diesem Landtag den Eindruck zu erwecken, die Situation, die personelle Ausstattung an den Schulen sei so, dass das möglich ist. Gehen Sie doch - das tun Sie doch auch, denke ich - in die Schulen. Dort werden Sie hören, dass es wegen der unzureichenden Ausstattung eine Überforderung gibt. Wenn wir unseren Kindern - so haben wir es im Wahlkampf gesagt - nicht genug Lehrer geben, dann suchen sie sich selber welche: Sekten, Neonazis, Gewaltapostel.

Nun hat die zuständige Ministerin - vermutlich im Blick auf die heutige Haushaltsdebatte - gestern erneut ein kleines Päckchen von Maßnahmen vorgeschlagen. Das klingt gut, wenn man es noch nicht machen muss, aber schon einmal ankündigt. Dazu bringt die Ihrer Regierung wohl nicht feindselig gesonnene "Neue Westfälische" die Überschrift: "Behler macht sich den Rücken frei." Ob das in diesem Zusammenhang hilft, sei dahin-

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) gestellt. Aber interessanter ist, dass die "WAZ" das Handlungspaket, das Frau Behler gestern vorgelegt hat, mit der Kommentarüberschrift "Notlösung" versieht. Die "Ruhr-Nachrichten" schreiben: "Notbehelfe statt Vorrang", die "Aachener Nachrichten": "Schulpolitischer Offenbarungseid".

Das ist das Echo auf diese Flickschusterei. Nein, Sie setzen keine Priorität. Sie lassen es so weiter läppern wie bisher und werden sich dann nicht wundern dürfen, wenn sich der Abstieg im Blick auf die Qualität an unseren Bildungsreinrichtungen fortsetzt.

Halbherzigkeit, Herr Ministerpräsident, auch beim Thema Schulzeit und Studiendauer: In ganz Europa machen die jungen Leute das Abitur nach 12 Jahren Schulzeit, in Sachsen, in Thüringen und im Saarland übrigens auch.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Und zwar schlechter als hier!)

- Dass es einen gewissen latenten Hang zur Überheblichkeit bei der Regierungskoalition gibt, konnte man vorhin schon studieren. So etwas kommt übrigens immer vor dem Fall.

- (B) Aber die Behauptung, dass man überall in Europa, wo man nach 12 Jahren das Abitur macht - das haben Sie gerade gesagt -, schlechteres Abitur macht, steht doch in diametralem Gegensatz zu den Erkenntnissen der TIMS-Studie, der OECD und des Max-Planck-Instituts, dass wir die schlechteren Abschlüsse haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Längere Zeit und schlechter? Ich wäre da vorsichtig, Herr Clement. Sie sind ein bisschen weit weg von diesen Themen, scheint mir, oder wollen die Sache schönreden.

In Nordrhein-Westfalen ging es bislang nicht in 12 Jahren, jetzt soll es an einigen Schulen möglich sein.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: An allen, Herr Kollege!)

- Nein, wenn es an allen gemacht werden sollte ---

(Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- Ich weiß gar nicht, was Sie so aufgeregt sind. (C)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie müssen die Fakten zur Kenntnis nehmen!)

- Herr Ministerpräsident, Sie können doch näher ans Pult gehen und das sagen.

(Zurufe von der SPD)

Aber ich halte es für ungewöhnlich, dass der Ministerpräsident bei einer Parlamentsdebatte von der Regierungsbank unablässig dazwischenruft.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich finde, Sie könnten sich das ruhig einmal anhören, wirklich.

(Edgar Moron [SPD]: Hören Sie mit den Weinerlichkeiten auf!)

- Herr Moron, ich bin da gar nicht weinerlich. Ich weiß nur, was sich gehört - und das gehört sich nicht. So einfach ist das.

(Unruhe bei der SPD)

Wir wollen, dass man in Nordrhein-Westfalen im Regelfall nicht wie bisher nach 13 Jahren, sondern nach 12 Jahren das Abitur macht. (D)

Herr Riester, der sozialdemokratische Bundesarbeitsminister, hat in den vergangenen Tagen angeregt, über die Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters zu diskutieren, es in Erwägung zu ziehen. Die Leute sollen länger arbeiten.

Sollten wir nicht vielleicht dafür sorgen, dass zumindest unser akademischer Nachwuchs früher ins Erwerbsleben kommen kann? Er kommt bei uns bis zu fünf Jahre später in Verantwortung, zu eigenem Geld und zu Beiträgen zu den Steuern, zu den Sozialversicherungen. Das ist doch der Grund, warum Herr Riester diese Debatte führt.

Woran liegt das? Wir schulen eben ein Jahr später ein als die meisten anderen Länder. Nichts dagegen, wenn Eltern sagen: Mein Kind ist noch nicht so weit. Aber drehen wir doch Regel und Ausnahme um! Wir brauchen ein Jahr länger bis zum Abitur. Das ist das zweite Jahr. Wir haben ein Jahr Wehrdienst und Zivildienst. Auch das brauchen wir nicht mehr. Lassen Sie uns doch gemeinsam dafür eintreten, dass dieses unnötige Jahr, das künftig durch Berufs- und Zeitsoldaten

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) ersetzt werden kann, wegfällt. Das wäre das dritte Jahr.

Ein Staat, ein liberaler zumal, darf seinen Bürgern einen Zwangsdienst nur abverlangen, wenn er dessen Zweck nicht mit der Grundlage der Freiwilligkeit erreichen kann.

Und dann zwei Jahre länger Studium als in den anderen europäischen Ländern. 14,4 Semester als Regelstudienzeit bis zu berufsqualifizierenden Abschlüssen: Das ist vertane Zeit, vertanes Geld. Deswegen sollten wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Bildungseinrichtungen so eingerichtet, ausgestattet werden, dass man ohne Qualitätsverluste mit Qualitätssteigerungen in kürzerer Zeit zu guten Abschlüssen kommen kann. Mut zu klaren Entscheidungen ist da gefragt, Herr Ministerpräsident!

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Kollege Möllemann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sagel zu?

**Jürgen W. Möllemann (F.D.P.):** Nein.

(B) (Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben doch auch erst mit 20 Abitur gemacht! Ist das die Entdeckung der Langsamkeit?)

Wo bleibt Ihr Mut, verehrte rot-grüne Koalitionäre, zu einer durchgreifenden Dienstrechts- und Besoldungsreform für Lehrer und Hochschullehrer?

(Beifall bei der F.D.P.)

Mehr Leistungen bei Schülern fordern und fördern, ist nötig. Dieselben bei Lehrern und Professoren zu fordern und zu honorieren, beim Vorliegen des Gegenteils sie aber auch zu sanktionieren, ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg des Projekts Qualitäts- und Leistungssteigerung.

Nicht nur die proklamierte Eigenprofilbildung von Schulen und Hochschulen verlangt ein solches neues leistungsorientiertes Dienst- und Besoldungsrecht, sondern auch der Auftrag der Schul- und Hochschulleitungen, Leistungen einzufordern und Standards zu garantieren, hängt davon ab.

(C) Geben Sie doch den Schulen und Hochschulen mehr Freiheit im Wettbewerb! Beseitigen wir den Dirigismus von Schuleinzugsbezirken und ZVS-Studenten-Landverschickungen. Schüler und Studenten sollen sich ihre Schule und Hochschule nach deren Profil selbst aussuchen und Schulen und Hochschulen ihre Schüler und Studenten da, wo sich mehr bewerben, als Plätze vorhanden sind.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Dabei sind wir schon, Herr Kollege!)

Ich glaube, dass es im Übrigen zu dieser Eigenständigkeit, zu diesem eigenständigen Profil nicht passt, wenn Sie durch das vorgesehene Landesliegenschaftsamt den Hochschulen die Zuständigkeit für ihre Immobilien

(Beifall bei der F.D.P.)

und damit Gestaltungsmöglichkeiten auch und gerade bei der Vertragsgestaltung in ihrer zukünftigen Orientierung nehmen.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Eigentum kann auch eine Last sein!)

(D) Das zweite große Thema, das die Wahl im Mai für Sie von der rot-grünen Koalition zum Debakel und für uns zum Erfolg hat werden lassen, ist Ihre missratene Verkehrspolitik:

(Beifall bei der F.D.P.)

ein veritables Desaster, Folge Ihrer Halbherzigkeiten.

Der Dauerstau auf den Straßen --- Herr Schwanhold hat mir vorhin gesagt, ich möge doch nicht schon wieder das Thema erwähnen, er gebe sich doch größte Mühe. Davon merkt man nichts.

(Minister Ernst Schwanhold: Er lügt!)

- Lieber Herr Minister, Sie könnten vielleicht sagen, dass mein Erinnerungsvermögen mich trügt, aber mehr sollten Sie wirklich nicht behaupten.

(Zuruf des Ministers Ernst Schwanhold)

Sie haben vorhin angesprochen, vielleicht mit einem ironischen Soupçon, ob denn gleich wieder die Ansprache des Dauerstaus komme: Ja, natürlich kommt sie.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) Der Westdeutsche Rundfunk hat jetzt zwei Sonderkanäle.

(Zuruf des Ministers Ernst Schwanhold)

- Sie regen sich ungefähr so auf wie die meisten Leute jeden Tag im Stau. Nur, Sie sitzen im Dienstwagen, und die müssen im Stau stehen.

(Minister Ernst Schwanhold: Nein, was viel schlimmer ist: Sie lügen!)

Der WDR hat zwei Mittelwellenkanäle als Sonderkanäle eingerichtet, die nichts anderes machen, als Staus zu melden. Und jeden Tag wird es schlimmer! Das haben Sie verursacht. Noch nie haben die Verkehrsteilnehmer so hohe Steuern bezahlt, und noch nie wurde davon so wenig für den Ausbau der Verkehrswege ausgegeben.

(Peter Budschun [SPD]: Herr Möllemann, das haben Sie in 16 Jahren Bundesregierung mit verursacht!)

Verursacht werden durch diesen Misstand Schäden in dreistelliger Milliardenhöhe durch Arbeitszeitausfall und auch ökologische Schäden.

(B) Ich habe hier eine von der Pressestelle des Landtags verteilte Presseerklärung: "Handwerk beklagt Milliardenverluste." Vorwurf: "Schwindsuchtartiger Straßenverfall". "Das Land", so promobil, "versagt beim Straßenbau." Wollen Sie sagen, dass damit das gesamte nordrhein-westfälische Handwerk, das diese Kritik an Ihnen geäußert hat, sozusagen Majestätsbeleidigung begeht? - Es handelt sich dabei doch um ein Phänomen, das jeder jeden Tag feststellen kann. Es ist egal, auf welcher Autobahn Sie fahren, auf welcher Bundesstraße Sie sich befinden. Die Zustände sind miserabel. Es herrscht Dauerstau. Es geht Geld verloren, es ist verlorene Zeit, und Sie schaffen keine Abhilfe. Diese Kritik werden Sie sich schon anziehen müssen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn der drohende Infarkt vermieden werden soll, brauchen wir einen couragierten Kraftakt, ein Fünf-Jahres-Sonderprogramm für Mobilität, finanziert aus den Geldern, die die Autofahrer - ab dem 1. Januar noch einmal mehr - in die Staatskassen zahlen. Wir brauchen aber auch privates Kapital für privat finanzierbare und nutzbar betriebene

Verkehrswege wie beispielsweise den von uns vorgeschlagenen Ruhr-Tunnel. (C)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Wir brauchen den Ausbau der Flughäfen. An der Stelle spreche ich ganz besonders Sie an, Herr Ministerpräsident. Sie erklären bei Festveranstaltungen stolz und voller Überzeugung, die Ausbauprogramme für alle Flughäfen - beispielsweise Münster/Osnabrück - würden, weil sie dringend notwendig sind, ohne Einschränkung verwirklicht. Ihr Koalitionspartner hingegen sagt im Hinblick auf die verabschiedete FFH-Richtlinie das Gegenteil. Was stimmt denn jetzt?

(Widerspruch des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- Natürlich unternimmt Ihr Koalitionspartner den Versuch, den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück zu behindern, unmöglich zu machen.

Aber so verhält es sich nicht nur bei diesem Thema. Jeden Tag können Sie nachlesen, dass Sie und Ihre Minister verkünden: Wir verwirklichen das Projekt "Metrorapid". - Und jeden Tag hören Sie dazu von Frau Löhrmann, Herrn Eichenseher und anderen, dass daraus nichts wird. (D)

Man wird angesichts dessen doch wohl noch fragen dürfen. Es handelt sich um Halbherzigkeiten, Unklarheiten, missdeutbare Erklärungen, die von einer klaren Prioritätensetzung in der Verkehrspolitik zu wenig erkennen lassen.

(Beifall bei der F.D.P. - Widerspruch der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir brauchen den Cargolifter! Wir brauchen den Transrapid! - Meine Damen und Herren, es ist eine Affenschande, dass jetzt - mutmaßlich mit Steuermitteln - diese modernste Technologie zwar in Amerika und in China eingesetzt wird, bei uns aber in der Anwendung, die Sinn machen würde, nämlich als große Schleife zur Verbindung der nationalen Airports - es geht nicht alleine um die internationalen Airports -, nicht gebaut werden kann, sondern an Rot-Grün scheitert. Und nun kommen Sie mit dem Metrorapid als einer Hilflösung. Was hat das mit einer klaren Politik zu tun?

(Beifall bei der F.D.P.)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Wie Sie damit dem Verkehrsdesaster wirkungsvoll begegnen wollen, kann ich nicht erkennen.

Herr Clement, Sie haben vorige Tage im Übrigen beim Thema "Ökosteuern und Kompensation durch Entfernungspauschale" kraftvoll gesagt: 60, 70, 80! - War wohl nichts?

(Heiterkeit bei der F.D.P. - Widerspruch des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

Ich meine damit, dass die Regelung, die gestern verabredet worden ist, nicht die ist, die Sie angekündigt haben, abgesehen davon, dass sie keinerlei wirkliche innere Plausibilität hat,

(Beifall bei der F.D.P.)

abgesehen davon, dass Sie den Leuten mit der Ökosteuern das Geld aus der einen Tasche nehmen, um es ihnen zu einem Anteil wieder in eine andere Tasche hineinzustecken. Das werden Sie doch wohl nicht als der Weisheit letzten Schluss bezeichnen wollen!

Ein Beispiel: Nehmen wir einen Arbeitnehmer, der täglich mit seinem Auto 40 Kilometer zur Arbeit fahren muss. Das Auto verbraucht, so nehmen wir einmal an, achteinhalb Liter. Nur durch die Ökosteuern und die damit verbundene Mehrwertsteuer kommt er auf eine Mehrbelastung von 156 DM/Monat. Aufgrund der Entlastung über die Entfernungspauschale bekommt er 88 DM.

- (B)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das ist falsch!)

Sie nehmen ihm 156 DM und geben ihm 88 DM zurück. Das sind Tricks, die die Leute erkennen und die sie nicht mögen.

(Beifall bei der F.D.P. - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie haben den Rentenbeitrag vergessen!)

- Das können Sie auch nicht mit Ihren Hinweisen auf die Rente wegreden. Welcher Schüler, welcher Student, welcher Rentner, welcher Bürger im Bereich mittlerer und kleinerer Einkommen hat denn den Vorteil in der gleichen Art und der Dimension, von der Sie hier sprechen?

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie haben doch von einem Arbeitnehmer gesprochen!)

Schaffen Sie die Ökosteuern ab! Diese Steuer ist ein Abzockermodell und weder "öko" noch "lo-

gisch" und hilft uns in diesem Zusammenhang nicht. (C)

(Beifall bei der F.D.P. und bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, dass angesichts des heutigen Zustands der Verkehrswege und der Prognosen über das zukünftige Verkehrsaufkommen nur eine entschlossene, umfassende Strategie hilft.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier vor einigen Wochen darüber gesprochen, dass neben dem Ausbau der Straßen, dem Ausbau der Flughäfen, neben der Nutzung des Cargolifters, neben der Nutzung interessanter und moderner Rohrpostsysteme, für deren Entwicklung gerade ein Innovationspreis verliehen worden ist, auch die Verbesserung bei der Bahn notwendig ist. - Daraufhin hat hier Herr Schwanhold gesagt, dass das zwischen allen Konsens sei. Selbstverständlich brauchen wir - so hieß es im Konsens - die eine private Gesellschaft, die zukünftig das Schienennetz und die Bahnhöfe verwalte, sowie einen fairen Wettbewerb von Dienstleistungsanbietern beim Transport von Menschen und Gütern auf der Bahn.

Nichts davon passiert im Moment auf der Bundesebene! Aber die Blockierer sitzen nicht bei F.D.P. und Union, sondern sie sitzen in Ihren Reihen und bei den Ihnen verbundenen Gewerkschaftsfunktionären, die das nicht zulassen wollen. (D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich sage Ihnen: So, wie wir den Wettbewerb bei der Kommunikation als Jobmaschine, zur Verbesserung der Leistungsstandards und zur Senkung der Preise gebraucht haben, ist es auch bei der Bahn. Nur wenn wir hier zu wirklichem Wettbewerb kommen, werden die Preise sinken, wird der Service besser werden und wird die Pünktlichkeit steigen.

Herr Ministerpräsident, Sie sind stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD. Sie haben gelegentlich gesagt, Sie hätten Einfluss auf Ihre Partei. Machen Sie ihn geltend, damit sich da etwas bewegt!

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun klagen Sie immer, meine Damen und Herren, eigentlich wollten Sie das offenkundig Notwendige auch tun, es fehle nur an Geld. Vorhin ist auch

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) wieder gesagt worden, wie wir 8.000 zusätzliche Lehrerstellen vorschlagen und gleichzeitig Kritik üben könnten an dem Personalkostenanteil von 54 %. Das ist ja eine legitime Frage. Wir müssen also dartun, wo neue Akzente gesetzt werden sollen. Das will ich erneut tun.

Herr Ministerpräsident, auch hier liegt eine der Halbheiten der Politik dieser Regierung. Ich meine, die Unfähigkeit, die Staatsausgaben und die Staatstätigkeit zugunsten von mehr privatem Engagement neu zu ordnen, kann von Ihnen nicht zum Vorwand herangezogen werden, uns die neue Prioritätensetzung ausreden zu wollen.

Ein Beispiel, wo wir sparen können: Subventionen im Bergbau. Es werden 9,8 Milliarden DM und 155.000 DM pro Arbeitsplatz ausgegeben, aber wir haben kein Geld für eine bessere Ausbildung unserer Kinder.

(Beifall bei der F.D.P. - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Kein neuer Vorschlag!)

(B) - Ja, natürlich. Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass etwas, was ein Missstand ist, von uns auch als Missstand bezeichnet werden wird. Sie sind längst auf einem Schleichweg schrittchenweise davon weg. Sie produzieren doch bei jeder Debatte hier neue Zahlen. Bei Ihnen weiß doch kein Bergmann mehr, woran er ist, weil Sie die Fördermenge, die Zuschüsse und die Subventionen nach Belieben variieren. Sie werden ja von der EU-Kommission zum Jagen getragen. Was soll denn das für eine überzeugende Position sein?

Wir sagen dazu: Steinkohle ist in hinreichender Menge auf dem Weltmarkt zu einem Viertel unseres Preises zu haben. Es macht keinen Sinn, Steinkohle so hoch zu subventionieren, wenn wir angeblich keinen Pfennig Geld mehr haben, um Lehrer und Hochschullehrer einzustellen oder um Geld für den Straßenbau auszugeben oder um mehr für die innere Sicherheit zu tun.

Sie verlangen von uns, dass wir Vorschläge machen sollen. Das tun wir. Wenn wir Vorschläge machen, dann polemisieren Sie dagegen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wo sind denn Sie von den Grünen? Sie haben früher so etwas selber einmal gesagt. Wo sind Sie denn bei dem Thema? - In Deckung, husch,

husch! Es könnte ja gefährlich werden, wenn man einen Standpunkt aufrechterhält. (C)

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel: Privatisierung von Landesbeteiligungen, auch der WestLB. Auch hier müssen Sie zum Jagen getragen werden.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Ach!)

Sie hatten das nicht vor. Jetzt versuchen Sie, eine Konzeption in Gremien zu verwirklichen, die sich von ihrer Willensbildung nicht immer so richtig öffentlich darstellen wollen, von der wir den Eindruck haben, dass der Begriff "Privatisierung" möglicherweise eine relativ euphemistische Bezeichnung sein könnte. Da können Sie den Beweis ja noch antreten. Aber wir werden das brauchen, wenn wir die Prioritätensetzung so vornehmen wollen, wie wir es hier diskutieren.

Ich fände es wichtig, dass Sie uns, Herr Ministerpräsident, hier im Parlament sagten, wann Sie in den vor uns liegenden zwölf Monaten die Veräußerung und Privatisierung welcher Landesbeteiligungen vorschlagen wollen, damit wir sie hier diskutieren können. (D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das machen wir, wenn es Zeit ist!)

wann Sie damit dazu beitragen wollen, dass zusätzliche Gestaltungsspielräume bei der Finanzierung der für notwendig erachteten Aufgaben geschaffen werden.

Ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident - das haben wir bei der Debatte darüber, die auch ihre Eigenheiten hatte, erörtert -

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Stimmt!)

war langatmig. Vor allem aber ließ das Sammelurium von Ressortvorhaben den Eindruck aufkommen, alles sei irgendwie gleich wichtig oder gleich unwichtig.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Wir sind jetzt beim Haushalt! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Der von Herrn Steinbrück lust-, saft- und kraftlos vorgetragene Haushalt

(Zuruf von der SPD: Keine Polemik!)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) hat diesen Eindruck nachhaltig verstärkt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist ja auch kein Wunder, wenn es die Umsetzung einer solchen Regierungserklärung ist.

Ich zitiere jetzt Herrn Steinbrück aus seiner eigenen Rede.

(Zuruf von der SPD: Wie wäre es einmal mit einer eigenen Meinung, Herr Möllemann?)

- Die habe ich doch gerade vorgetragen.

(Zuruf von der SPD: Wir warten noch auf Substanz!)

- Ich glaube, Ihnen fehlt das intellektuelle Vermögen, das nachzuvollziehen.

(Beifall und Heiterkeit bei der F.D.P.)

Herr Steinbrück hat am Ende seiner Ausführungen bei der Einbringung des Haushaltes Folgendes wörtlich gesagt:

"Dieser Haushalt kann nur der Auftakt sein, um mittelfristig politische Gestaltungsräume zu erhalten und zurückzugewinnen."

(B)

Was heißt denn "zurückzugewinnen", wenn Sie seit 30 Jahren in diesem Lande regieren? Dann kann das doch nur heißen, dass Sie verspielt haben, was jetzt Herr Steinbrück angeblich zurückgewinnen will.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine kraftlose, vom Wähler abgestrafte und eigentlich nicht gewollte Regierung will also weiterwursteln. Gehen Sie in sich, Herr Ministerpräsident! Tun Sie, was Sie eigentlich tun müssten, jedenfalls dem Lande zuliebe: Ziehen Sie den Haushalt zurück!

(Lachen bei den GRÜNEN)

- Ja, der Haushalt ist die Beratungszeit kaum wert.

Ziehen Sie den Haushalt zurück, machen Sie mit einem besseren Konzept einen besseren Haushaltsentwurf auf der Grundlage unserer Vorschläge, machen Sie einen Neuanfang! Dann bekommen Sie unsere Unterstützung. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Möllemann. - Meine Damen und Herren, da ich zum ersten Mal das Vergnügen habe, dieses Hohe Haus von hier aus zu leiten, begrüße ich Sie alle. Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

(C)

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat jetzt Frau Müller für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Bitte schön, Frau Müller.

**Edith Müller (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Möllemann, ich habe den Eindruck, dass Sie in Ihrer Rede etwas an Radikalität haben vermissen lassen, sodass ich in gewisser Weise fast radikaler reden werde als Sie. Deswegen bitte ich um Aufmerksamkeit für das, was ich Ihnen zu sagen habe.

Wenn ich meine Entscheidungsmöglichkeiten als Abgeordnete des Europäischen Parlamentes mit denen jetzt im Landtag vergleiche, dann kann ich nur sagen: In Brüssel konnte ich um Längen mehr im Haushalt und mit dem Haushalt entscheiden. Das macht mich ganz unruhig, und ich finde es eigentlich unglaublich.

(D)

Ich habe keine Lust, darüber ein Klagelied anzustimmen. Eine Ode an die Freude wird das natürlich auch nicht angesichts der Situation, eher schon ein Oratorium, passend zur Adventszeit. Ja, meine Damen und Herren, wir müssen uns einstimmen, einstimmen auf ein Stück mit vielen Stationen, an dessen Ende so etwas wie ein ausgeglichener Haushalt stehen mag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte jedenfalls vermeiden, dass wir als Abgeordnete zu bloßen Notaren der Landesregierung mutieren. Lebendige Demokratie lebt von einem engagierten und entscheidungsfreudigen Parlament,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

das nicht an der Peripherie des politischen Prozesses agiert, sondern in dessen Zentrum. Machen wir uns nichts vor: Wir haben fast keinen Spielraum mehr. Und das ist keine Aussage von Regie-

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) rung oder Koalition, sondern das ist einfach die Tatsache, die alle zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber wo und wie können wir ansetzen? Wo und wie sollen wir die Richtung vorgeben? Wo und wie können wir die Weichen anders stellen? Und da möchte ich gerne dem Kollegen Diegel sagen: Herr Diegel, solange Sie nur auf die Strukturen in Nordrhein-Westfalen schauen, werden Sie keine Antworten erhalten; denn die Frage ist doch: Worauf haben wir als Bundesland entscheidenden Einfluss? Werden nicht zum Großteil die Weichen inzwischen in Brüssel und Berlin gestellt, zum Guten wie zum Belastenden für unser Land? In Brüssel zum Beispiel, was die Vollendung des Binnenmarktes anbelangt mit all den Konsequenzen für die Liberalisierung der Märkte - was inzwischen die Kommunen sehr stark plagt -, was nicht nur das Euroglättungsgesetz, sondern auch die Erfüllung des nationalen Stabilitätspaktes zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien anbelangt - unsere Schulden zählen nämlich da mit -, und erst recht, was die Vorbereitungen auf die Erweiterung der Europäischen Union nach Mitteleuropa anbelangt.

- (B) Mitteleuropa ist übrigens ein enormer Wachstumsmarkt, der, wenn wir es gut und richtig anstellen, auch für Nordrhein-Westfalen nicht nur jetzt, sondern auch in absehbarer Zukunft Arbeitsplätze sichern hilft, nicht zu reden vom politischen Zugewinn an Frieden und Stabilität. Meine Damen und Herren, der Handel Nordrhein-Westfalens mit den mitteleuropäischen Ländern ist von 1990 bis heute sowohl im Import als auch im Export von rund 2,5 Milliarden auf fast 17 Milliarden DM angestiegen.

Aus Berlin werden die Weichen gestellt, wobei inzwischen spürbar wird, dass die neue Koalition in Berlin eine echte Reformkoalition ist, die den Reformstau der Kohl-Regierung beseitigt hat

(Beifall bei den GRÜNEN)

und Weichen für die ökologische Modernisierung stellt, ein Markenzeichen, für das wir Grünen gern für die nächsten Jahre verantwortlich zeichnen.

Und wir erleben es genauso, wie wir es mit belastenden Entscheidungen der vorhergehenden Bundesregierung erleben müssen: Systemwechsel in Berlin bedeutet auch Systemwechsel bei uns.

- (C) Wer A im Bund sagt, muss auch B im Land sagen, solange unser Föderalismus so konstruiert ist, wie wir ihn im Augenblick haben.

Wie und mit welchen Kompetenzen können wir uns als Land, und zwar als Land mit Gestaltungsauftrag und Gestaltungskompetenz, hier wiederfinden? Wenn wir uns nicht treiben lassen wollen, brauchen wir in der Tat eine klare Vision und klare Prinzipien für unser Handeln.

Im Prinzip gehe ich davon aus, dass der beste Beitrag zur langfristigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht das Sparen ist, sondern das In-Gang-Setzen der Wirtschaft. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das schnelle und strategische Einstellen auf neue Märkte und Zukunftstechnologien, die Qualifizierung der Menschen für diese Herausforderungen und steuerliche Erleichterungen vor allen Dingen für mittelständische Unternehmen, die in Nordrhein-Westfalen immerhin 70 % aller Arbeitsplätze anbieten - das ist aus meiner Sicht das Allerwichtigste.

Deshalb, meine Damen und Herren, hat Rot-Grün die Steuerreform im Bund gemacht. In den nächsten Jahren wird sie uns im Land drücken, langfristig aber werden wir ihre Früchte ernten können.

(D)

Die neuesten Zahlen des Landesarbeitsamtes - sie sind heute schon zitiert worden - bestätigen diesen Kurs: 7,6 % weniger Arbeitslose in diesem Monat im Vergleich zum Monat des Vorjahres. Auch - und das ist ganz besonders wichtig - bei den Langzeitarbeitslosen wird ein beachtlicher Rückgang festgestellt. Das ist eine strukturelle neue Situation, meine Damen und Herren, die nicht zuletzt etwas mit dem Kurswechsel in Berlin zu tun hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Helmut Linssen:** Frau Kollegin, darf ich Sie mal eben unterbrechen? - Der Abgeordnete Witzel hat um eine Zwischenfrage gebeten.

**Edith Müller (GRÜNE):** Nein, jetzt zocke ich durch.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Danke.

- (A) **Edith Müller (GRÜNE):** Da wir auch in diesem Jahr aufgrund der vom Finanzminister eindringlich dargestellten Gesamtschau die Nettokreditaufnahme nicht reduzieren, stellt sich, meine Damen und Herren, gar nicht in erster Linie die Frage, ob wir sparen, sondern, wie wir die Neuverschuldung begründen, vor allem aber, ob wir die richtigen Prioritäten setzen.

Ich möchte Sie jetzt nicht in eine Bibelstunde entführen, wenn ich über Gerechtigkeit rede. Ich tue dies, um Ihnen die haushaltspolitischen Leitgedanken meiner Fraktion vorzustellen. Das ist ein Konzept durchaus der kleinen Schritte, aber - und darauf lege ich Wert - mit Orientierung. Daran möchten wir gemessen werden. Ich möchte über fünf Gerechtigkeiten sprechen: die schon viel zitierte Generationengerechtigkeit, die Ressourcengerechtigkeit, die Chancengerechtigkeit, die Gerechtigkeit zwischen Mann und Frau und - das Allerwichtigste aus meiner Sicht für die heutige Debatte - die föderale Gerechtigkeit.

Wir wollen Generationengerechtigkeit. Man muss es ja immer und immer wieder und noch einmal sagen: Wir leben auf Kosten der zukünftigen Generationen. Die Zahlen sind hinlänglich bekannt: jede neunte Mark unseres Haushaltes allein für Zinsen, Gesamtverschuldung über 160 Milliarden DM!

- (B)

Sprechen wir es doch deutlich aus: Welche Eltern würden ihren Kindern gerne Schulden hinterlassen? Ist nicht jeder darum bemüht, das Haus, die Eigentumswohnung, den Schmuck oder was auch immer schuldenfrei als Erbe zu hinterlassen, aus Liebe zu den Kindern und als Starthilfe für deren Leben? Wie kommt es bloß, dass wir, wenn es um öffentliche Kassen geht, das Gegenteil bereit sind zu tun? Es müsste doch gerade umgekehrt sein: Man legt etwas auf die hohe Kante, und wenn man dort genügend hat, dann investiert man.

Nochmals ein Rückgriff auf die Europäische Union: Dort ist es nämlich per Vertrag untersagt, Schulden zu machen. Das gefällt mir. Und ich war nicht wenig erstaunt zu lesen, dass selbst das von uns immer spöttisch als "Angehöriger des ClubMed" bezeichnete Spanien gerade ein Gesetz im Parlament berät, das die Verschuldung prinzipiell ausschließen soll.

Meine Damen und Herren, die Einhaltung des Bekennnisses zur Generationengerechtigkeit, das

- (C) uns inzwischen ja leicht über die Lippen geht, muss sich auch in diesem Haus bei den Beratungen in den Ausschüssen beweisen. Dies gilt für jeden einzelnen Punkt.

Deshalb appelliere ich von dieser Stelle aus an Sie alle: Denken Sie daran, dass wir mit einem Berg von Schulden leben. Jede Mark, die Sie in den Beratungen neu auflegen, wird zu einem gehörigen Teil schon von den Zinsen geschluckt.

Der Haushalt 2001 ist - dass haben alle bestätigt, und die Gründe sind klar dargelegt worden - noch nicht die Umkehr. Unser Ziel ist es, am Ende der Legislaturperiode zu einer Nettokreditaufnahme von unter 5 Milliarden DM zu kommen. Angesichts der Risikofaktoren, über die wir noch gar nicht gesprochen haben, die in der mittelfristigen Finanzplanung liegen, wird dies schwierig genug werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das reicht aber beileibe nicht. Wir alle wissen, dass die Personalausgaben die größte Belastung - sowohl was den jetzigen Zeitpunkt anbelangt, aber auch bezogen auf die Zukunft - darstellen, wenn wir auch an die Pensionsbelastungen denken: Wir geben mehr als 40 % des Haushalts für Personal und davon wiederum knapp 20 % für die Pensionen aus. Im Jahr 2020 wird jede dritte Mark der Personalausgaben in die Pensionen gezahlt werden müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann gönne ich, ehrlich gesagt - bei Beibehaltung der jetzigen Vorzeichen -, niemandem, Mitglied des Haushaltsausschusses dieses Hauses zu sein.

Insofern müssen alle Beschleunigungsinstrumente zum schnellen Abbau der verbliebenen kw-Stellen mehr als zügig genutzt werden. Aber - auch das muss gesagt werden -: Auch das reicht nicht. Wir brauchen dringender als die Bundesebene - das hat was mit unserer Struktur zu tun - die Reform des Beamtenrechts. Vor allem brauchen wir unter Wahrung des erforderlichen Vertrauensschutzes die Abschaffung der dreizehnten Monatspension, die Berechnung der Pensionshöhe auf der Grundlage der gesamten Lebensarbeitszeit und letztlich ein einheitliches Altersversorgungssystem für alle Beschäftigten, wie es meine Partei immer fordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Ich möchte damit nicht die bisherigen Konsolidierungsleistungen der Beamten in Abrede stellen.

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) Das läge mir fern. Aber mit dem vielzitierten Tropfen auf den heißen Stein allein kommen wir nicht weiter.

Zur Haushaltskonsolidierung gehört neben dem Sparen auf der Ausgabenseite natürlich auch das Nutzen der vorhandenen Einnahmemöglichkeiten. Da können wir noch zulegen. Ich denke an die verstärkte Kontrolle der Einkommensmillionäre, auf die freundlicherweise und korrekterweise der Rechnungshof hingewiesen hat, ich denke an Gebühren und Entgelte, und ich denke auch an die Kontrollmitteilungen der Banken hinsichtlich der Kapitalerträge ihrer Kunden. Auf europäischer Ebene gibt es hier Fortschritte. Ich hoffe, dass die Vereinbarung der EU-Finanzminister auch unseren nationalen Diskussionen wieder neue Dynamik verleiht.

Meine Damen und Herren, wir wollen Ressourcengerechtigkeit. Das Ergebnis der Haushaltsberatungen im März wird meines Erachtens von der Öffentlichkeit vor allem unter einem Blickwinkel bewertet werden, nämlich dem, ob wir es geschafft haben werden, freierwerdende Lehrerstellen wiederzubesetzen und Lehrerstellen für besondere Zwecke neu einzurichten, ob wir es geschafft haben werden, den Unterricht zu garantieren, ob wir es geschafft haben werden, Bildung als Ziel mit absoluter Priorität zu verfolgen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Bildung, Ausbildung und Qualifizierung sind keine abstrakten Merkmale für den Koalitionsvertrag, sondern das Angebot an die wichtigste Ressource, die unser Land hat: die Jugend.

Je mehr ich durch das Land reise, umso mehr sehe ich, wie es allen auf den Nägeln brennt.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ja!)

Nun ist ja, Herr Möllemann, nichts leichter, als in den Wettlauf um die höchste Zahl der einzustellenden Lehrer - und natürlich auch sofort - einzusteigen. Wer bietet mehr: 500, 600, 1.000, 5.000, 8.000?

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Was ist nötig?)

Ich halte das nicht für seriös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seriös ist es, eine verlässliche Planung für die nächsten Schuljahre aufzustellen, statistische Entwicklungen präzise zu berücksichtigen, flexible und befristete Lösungen bei Einstellungen anzupfeilen und unkonventionelle Zwischenlösungen, wie zum Beispiel die Mobilisierung von Quereinsteigern oder pensionierten Lehrerinnen und Lehrern, anzugehen.

(C)

Herr Möllemann, auf jeden Fall muss derjenige, der zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer in Höhe von 8.000 Stellen einstellen will, auch sagen, wie er dies zu finanzieren hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu dem, was Sie gesagt haben: 2 Milliarden DM. Wenn Sie glauben, die Gleichung gehe folgendermaßen auf: Bergleute entlassen, Lehrer einstellen, dann kann ich Ihnen, mit Verlaub, nur sagen, dass ich diese Alternative meiner Fraktion nicht anbieten möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier sind bessere Ideen und Vorschläge gefragt, zum Beispiel eine stufenbezogene Besoldung mit leistungsbezogenen Elementen statt des traditionellen Musters "je älter, desto mehr".

(D)

Meine Damen und Herren, Lernen verändert sich. "Lernen lehren für ein lebenslanges Lernen" ist das passende Stichwort. Dazu gehören auch Vorschläge wie die Einrichtung von Bildungskonten und die Schaffung eines Lehrerarbeitsmarktes, wie es bei uns diskutiert wird. Bildung muss oberste Priorität haben. Dafür wird meine Fraktion in den Haushaltsberatungen eintreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur modernen Gesellschaft gehört die Mobilität. Sie ist eine wesentliche Ressource für die Zukunft. Aber es muss eben auch eine moderne Mobilität sein, intelligent und ökologisch. Auch wenn unser Fraktionsvorsitzender in Berlin gern sportliche Autos fährt, glaube ich nicht, dass er dies gerne im dunklen Tunnel unter dem Ruhrgebiet täte.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Also, wo soll der Schlauch jetzt fahren? Mit der Bahn?)

Staubeseitigung: ja, Ausbau eines leistungsfähigen Schienennetzes: ja, mehr Wettbewerb bei der

(Edith Müller [GRÜNE])

(A) Bahn: ja, mehr Güter von der Straße auf die Schiene: ja, schnellere Taktzeiten: ja - und vor allen Dingen auch hier Gerechtigkeit, Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern, wenn es um die steuerliche Entlastung geht.

Ich frage Sie, was hat eigentlich ein Autofahrer, was der ÖPNV-Fahrer nicht hat - und umgekehrt?

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Wo soll er mit seinem Porsche fahren?)

Ein Weg, ein Verkehrsmittel, eine Pauschale - das macht doch Sinn, oder?

NRW mobil - übrigens mit oder ohne Metrorapid -, das ist für uns Grüne das Markenzeichen, das wir im Wettstreit der Regionen in die Waagschale werfen wollen.

Meine Damen und Herren, nichts geht ohne Strom. Wer die Ressource Energie richtig einsetzt, hat am Ende mehr vom Leben. Die Nutzung der Energieeinsparpotenziale und die Förderung erneuerbarer Energien, aber auch der modernsten Kohlekraftwerkstechnologie stehen auf dem Programm für uns.

(B) Nun werden Sie fragen: Was hat das mit Gerechtigkeit zu tun? Ich werde es Ihnen sagen. Im allerersten Bericht an den Club of Rome 1972 stand zu lesen, dass das Entwicklungsmodell der Industrienationen übertragen auf die Entwicklungsländer zum Supergau in Sachen CO<sub>2</sub> führen müsste. Und heute - fast 30 Jahre später - scheitert in Den Haag der Klimagipfel an kläglichen nationalen Sturheiten. Gerecht ist, wenn wir einen anderen Kurs einschlagen, der nicht zulasten der berechtigten Interessen der Entwicklungsländer geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist der tiefere Sinn des Agenda-Prozesses. Deshalb sind Programme wie das REN-Programm von so strategischer Bedeutung. NRW Solar - das ist für uns Grüne der Exportschlager, den wir zum Ausgleich mit dem Süden in die Waagschale werfen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen Chancengerechtigkeit. Wir befinden uns mitten in einem Prozess der Neujustierung unseres Sozialstaatsmodells. Die massivste Be-

drohung entspringt aus der Alterspyramide. Und die massivste Entspannung entspringt aus der Migration. Wer diesen Zusammenhang nicht sehen und nicht positiv gestalten will, hat meines Erachtens schon jetzt politisch verloren. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Land ist weltoffen und gastfreundlich. Das soll nicht nur so bleiben, sondern muss verstärkt als Attraktivität für Einwanderer herausgestellt werden. Wenn Sie, Herr Möllemann, das Engagement im Bündnis für Toleranz zwar nicht so ganz deutlich, aber doch als Ersatzhandlung bezeichnen und sagen, die Schulen müssten mehr tun, stimme ich Ihnen zu. Aber ich möchte doch betonen, dass man das Engagement der Zivilgesellschaft gegen Rechts und für Integration nicht ausschließlich auf die Schulen abladen kann. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es muss noch einmal gesagt werden: In diesem Zusammenhang von einer Leitkultur zu sprechen, ist nicht zuletzt deshalb so verfehlt, weil damit suggeriert wird, dass sich nur diejenigen verändern und verändern müssen, Herr Rüttgers, die hier herkommen, während sich diejenigen, die hier sind, nicht verändern und auch nicht verändern müssen. Das ist ein großer Irrtum. Ein Einwanderungsland ist stets auch ein Veränderungsland. Darauf vorzubereiten ist mindestens genauso wichtig wie all die Angebote zur Integration, die wir für die Migranten bereitstellen. (D)

In diesem Sinne ist das Geld, das wir für den vorschulischen Sprachunterricht und vergleichbare Angebote ausgeben, eine Investition in die richtige Richtung. Sprache ist das Bindeglied dabei und kulturelle Neugier die Triebfeder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte es da ganz mit Michel Friedmann: Streitkultur ist besser als Leitkultur. - Hören wir endlich auf, die Migranten als Bedrohung zu empfinden! Vielfalt im Rahmen einer multikulturellen Gesellschaft ist unsere Chance. NRW weltoffen - dafür treten wir Grüne ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen Gerechtigkeit zwischen Mann und Frau. Hinter dem etwas holprig fließenden Begriff des "gender mainstrea-

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) ming" verbirgt sich eines der entscheidendsten Modernisierungsprojekte aus Sicht der Grünen. Wir wollen erreichen, dass die Frauen in der Gesellschaft faktisch und praktisch gleichgestellt sind. Vieles ist dafür schon auf den Weg gebracht, aber wir sind noch meilenweit von dem entfernt, was ich den optimalen Zustand nennen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn trotz wachsender Präsenz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten, in Bezug auf Entlohnung und in Bezug auf Arbeitsbedingungen nach wie vor gravierend. Und trotz hervorragender Ausbildungsabschlüsse eröffnen sich Frauen immer noch zu geringe Chancen beim Zugang zu Führungspositionen.

Und ein ganz gravierender Punkt: In der jüngsten Armutsstatistik wird festgestellt, dass die größte Gruppe der Sozialhilfeempfänger allein erziehende Mütter sind. Das bedeutet, dass nicht nur die Mütter Sozialhilfeempfängerinnen sind, sondern auch ihre Kinder. Das bedeutet für uns akuten Handlungsbedarf. Deswegen werden wir alles daransetzen, den Frauen Rahmenbedingungen zu gewähren, die sie aus der Falle der Arbeitslosigkeit herausholen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf begünstigen.

(B)

Insbesondere müssen die Betreuungsangebote deutlich verbessert werden, damit mehr Frauen vielleicht nicht in Ruhe, aber mit einem erhöhten Gefühl der Sicherheit einer beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Schülertreffs in Tageseinrichtungen - SIT -, 8 bis 1 und 13 Plus sind die Abkürzungen auf dem langen Weg, den die Frauen oft nehmen müssen und deren Situation wir dadurch verbessern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Dr. Axel Horstmann [SPD])

Meine Damen und Herren, wir wollen auch föderale Gerechtigkeit. Ich hatte eingangs davon gesprochen, dass Brüssel und Berlin unsere Handlungsmöglichkeiten massiv beeinflussen. Wenn wir uns in Brüssel zu Recht lauthals dafür stark machen, dass die Kompetenzen geklärt werden müssen - also die berühmte Frage: wer macht was auf welcher Ebene? -, dann sollten wir auch

wissen: Dieser Ruf verhallt bis zu einem gewissen Grad im Leeren angesichts der Schwächen, die unser eigenes föderales System aufweist. Und hier, meine Damen und Herren, liegt aus meiner Sicht der dringendste Reformbedarf überhaupt.

(C)

Grundgesetz und Realität klaffen weit auseinander. Das föderale Gleichgewicht ist durch die schleichende Entmachtung der Länder in eine Schieflage geraten. Wir brauchen eine Neudefinition der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern und müssen die Finanzarchitektur darin sinnvoll, harmonisch und organisch einbetten. Das Bundesverfassungsgericht verlangt uns mit seinem Urteil zum Länderfinanzausgleich erste Schritte dazu ab, aber dabei wird es nicht bleiben können. Ob es die Entfernungspauschale ist, das Unterhaltsvorschussgesetz oder die Gefangene-entlohnung: Die Gesetze werden in Berlin gemacht, aber die Länder - und das beklagen wir ja zu Recht - zahlen den größten Anteil der Zeche.

Wir brauchen mehr Klarheit bei der Verteilung des Steueraufkommens. Das bestehende Verbundsystem ist viel zu undurchsichtig und mitverantwortlich für die finanzielle Unterversorgung der Länder. Und da liegt eine Wurzel des Problems, auch was den jetzigen Haushalt angeht.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN und des Dr. Axel Horstmann [SPD])

Darüber hinaus leistet es den hanebüchensten Politideals Vorschub. Die Länder brauchen eine eigene Steuereinnahmequelle. Warum denken wir nicht darüber nach, inwieweit die Länder einen spezifischen Aufschlag auf die Einkommensteuer erheben dürfen? Das wird z. B. in Belgien gemacht. Ich will ausdrücklich betonen: Ich möchte keinem zügellosen Wettbewerbsföderalismus das Wort reden. Aber wir brauchen eine eigenständige Fiskalpolitik der Länder. Und wir brauchen Anreizmechanismen zum guten Umgang mit unseren finanziellen Ressourcen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Dr. Axel Horstmann [SPD])

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf ist eine gute Grundlage für die anstehenden Beratungen, aber mehr als das ist er eine Aufforderung, über die strategischen Weichenstellungen nachzudenken. Ich freue mich auf jede seriöse Debatte im Grundsatz und wünsche uns im März

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) ein tragfähiges Ergebnis mit klarer Prioritätensetzung. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. - Für die Regierung hat jetzt Minister Steinbrück das Wort.

**Peer Steinbrück, Finanzminister:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es passt zur Jahreszeit, wenn man sagt und in einer Replik auf die bisherigen Ausführungen der Opposition wie folgt einsteigt: Alle Jahre wieder - dasselbe Ritual, dieselben Reflexe. Kein einziges Reizwort und kein einziges Zauberwort darf fehlen, die wir alle schon in den vergangenen Jahren gehört haben. Kein Argument ist zu platt. Kein Bild ist zu verzeichnet, um der Landesregierung vorzuwerfen, dass ihre Haushaltspolitik und ihre Finanzpolitik aus dem Ruder läuft bzw. dass sie mit schlechten Zensuren auszustatten ist.

Es ist immer wieder dasselbe. Es darf dann auch einfließen, wie lieblos und wie lustlos angeblich der Finanzminister seine Einbringungsrede vorgetragen hat. Ich habe das ganz anders wahrgenommen.

(B)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Wir auch!)

- Es gibt auch viele Menschen in diesem Land, Herr Möllemann, die meine Lieblosigkeit und Lustlosigkeit definitiv dementieren würden.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ehrlich? Alle?)

- Nicht alle. Ich kenne nicht alle. Aber ich hatte nicht den Eindruck, dass ich meinerseits - auch mit Blick auf das, was es an Weichenstellungen und strukturellen Veränderungen gibt - in meiner Haushaltsrede völlig losgelöst von den obwaltenden Rahmenbedingungen vorgetragen habe, sondern inhaltlich dargestellt habe, mit welchem Umfeld wir es zu tun haben.

Bei Ihnen spielten diese veränderten Rahmenbedingungen überhaupt keine Rolle.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe Herrn Diegel sehr genau - wie könnte ich es auch anders tun? - schon aus Respekt zugehört. Bei Herrn Diegel kamen das Wort "Steuerreform" und die Auswirkungen der Steuerreform auf einen solchen Haushalt nicht ein einziges Mal vor. Das kam nicht ein einziges Mal vor.

(C)

(Helmut Diegel [CDU]: Das ist falsch! Dann haben Sie nicht hingehört!)

- Bei Ihnen war die Tatsache völlig ausgeblendet, dass wir es im nächsten Jahr netto mit minus 4,8 Milliarden DM an Steuereinnahmen zu tun haben, dass wir einen Einbruch bei den Steuereinnahmen von 3,3 % haben. Dies alles spielte für Sie in einer völligen Unbekümmertheit keine Rolle. In einem erstaunlichen Attest, in einer nicht nur partiellen, sondern totalen Gedankenlosigkeit und Amnesie haben Sie vorgetragen.

(Beifall bei der SPD)

Bei Herrn Möllemann kam das Thema "Steuerreform" zwar durchaus vor, aber ohne die Bereitschaft, irgendeine Konsequenz mit Blick auf die leuchtenden Begriffe Nettokreditaufnahme, Verschuldungsgrad, Zinssteuerquote oder Personalsteuerquote zu erwähnen.

Dabei ist es dann auch wirklich noch platt geworden, sodass ich den Eindruck habe, dass manche Grundrechenarten wegen eines seinerzeitigen Ausfalls an Unterrichtsstunden von Herrn Diegel in der Tat nicht beherrscht werden.

(D)

Wenn Sie dem staunenden Publikum vortragen, dass sich die Personalsteuerquote verändert, dann ist das die Konsequenz einer einfachen Grundrechenart. Bedingt durch die Steuerreform werden nämlich weniger Steuereinnahmen erzielt. Da verändert sich dann automatisch die Personalsteuerquote. Gleiches gilt für die Zinssteuerquote.

(Helmut Diegel [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Das verkaufen Sie dem staunenden Publikum als eine dramatische Entwicklung, obwohl das originär etwas damit zu tun hat, dass sich der Berechnungsfaktor verändert hat. Es ist ein Unterschied, ob man sechs Biere auf 100 Kilogramm Lebendgewicht trinkt oder sechs Biere auf 80 Kilogramm Lebendgewicht. So einfach ist das. Das ist ganz simpel.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Das hat erkennbar unterschiedliche Auswirkungen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Wie viel Lebendgewicht haben Sie?)

Des Weiteren ist ein anderes Doppelspiel erkennbar, das immer betrieben wird. Staatstragend und in der wirklich bemerkenswerten Attitüde derjenigen, die sich um die Zukunft kümmern, wird darauf hingewiesen, dass es so mit der Struktur des Haushalts und auch mit der Verschuldung nicht weitergehen kann.

Das Doppelspiel setzt dort ein, wo in einer gewissen Arbeitsteilung auf den Bänken der Opposition - teilweise auch in einem schizophrenen Auftritt hier vor Ort wie bei Herrn Möllemann - gleichzeitig alle Mehrforderungen draufgepackt werden, und zwar nach dem Motto: Wir wollen eine Absenkung der Nettokreditaufnahme nach Möglichkeit auf null - so argumentierte Herr Möllemann -, aber gleichzeitig beklagen wir, dass die Landesregierung "nur" 500 Millionen DM zusätzlich im Bildungsbereich draufgezahlt hat. Immerhin: 500 Millionen DM! Das sind nämlich die 1,0 %, die Sie dabei apostrophiert haben.

(B) (Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das ist aber zu wenig!)

Das soll erst einmal ein anderer Landeshaushalt unter den obwaltenden Bedingungen - konstante Nettokreditaufnahme und das Wegstecken von Steuermindereinnahmen in Höhe von 4,8 Milliarden DM - zu betreiben versuchen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen für die Beratungen in den Ausschüssen voraus: Es wird genauso weitergehen. Die Haushaltspolitiker der Oppositionsfraktionen werden die Landesregierung attackieren, und zwar nach dem Motto: Die Zuwachsrate von 1 % ist zu hoch. Ihr müsst mehr sparen. In den anderen Ausschüssen werden dann reihenweise Mehrforderungen gestellt, die mit dieser Forderung nicht kompatibel sind. Hier lautet das Motto: Haben wir keine Eier mehr, dann braten wir das Nest.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C) Das werden wir wieder erleben. Das haben wir auch schon in den letzten Jahren erlebt.

Herr Diegel operiert mit einer Zuwachszahl, die er für zu hoch hält. Ja, bereinigt um die Rücklage haben wir es mit einer Zuwachsrate von ca. 1 % zu tun. Herr Diegel, Sie hätten aber doch dem Publikum und den Journalisten sagen müssen, dass das die geringste Zuwachsrate eines westdeutschen Flächenlandes ist. Dieses Lob hätte Sie doch nichts gekostet.

Gleichzeitig wissen Sie - aufgrund meiner Bemühungen, Ihnen Argumente und vielleicht auch Verstand im Haushalts- und Finanzausschuss zu geben -, dass wir es zudem mit erheblichen zwangsläufigen Mehrausgaben zu tun haben, die wir wegstecken müssen. Das gilt z. B. bei den Personalausgaben - auch bei den Zinsausgaben; das konzediere ich, damit da kein falscher Zungenschlag hineinkommt -, bei den Ersatzschulen, bei den Kindertagesstätten und beim Wohngeld. Zusammen haben wir zwangsläufige Mehrausgaben von fast 1,3 Milliarden DM zu verkraften. Die stecken wir weg.

(D) Wenn ich diese zwangsläufigen Mehrausgaben berücksichtige, landen wir bereinigt eher bei einer Zuwachsrate, die tendenziell gegen null deutlich unter dem liegt, was der Finanzplanungsrat den öffentlichen Gebietskörperschaften als Zuwachsrate vorgegeben hat.

Es geht um eine weitere Abnahme der Nettokreditaufnahme. In diesem Zusammenhang spielt die Tatsache der abnehmenden Steuereinnahmen eine Rolle. Das ist für alle, die uns zuhören, eine positive Nachricht. Sie alle zahlen weniger Steuern. Das wollen auch wir. Nur: Für die Kommunen und das Land bedeutet das, dass unsere Einnahmeseite schlechter ist als in den vergangenen Jahren.

Gleichzeitig nehmen aber Ihre Erwartungen in Bezug auf Schulen, innere Sicherheit, Gesundheit, Hochschulen und Verkehrsinfrastruktur nicht ab. Nein, wir haben Glück, wenn diese Erwartungen einigermaßen konstant bleiben. Wenn man hier im Parlament zuhört, gewinnt man den Eindruck, dass die meisten in diesen Bereichen sehr viel mehr wollen. Dann kommt man in Schwierigkeiten wie Herr Möllemann. Er will genauso wie die CDU mehr Lehrer einstellen. Die CDU verspricht

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) dem staunenden Publikum in Nordrhein-Westfalen bis Ende dieser Legislaturperiode 8.000 neue Lehrerstellen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Plus 4.000!)

Das sind 800 Millionen DM pro Jahr. Ganz am Ende, wenn diese Lehrer in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen, haben wir aber auch die entsprechenden Versorgungsbezüge zu bezahlen. Das heißt: Wir reden bei einem solchen Vorschlag nach meiner Wahrnehmung über Mehrkosten von mehreren Milliarden DM.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Finden Sie das sachlich richtig?)

Gleichzeitig haben wir es in der Haushaltssystematik damit zu tun, dass diese Investitionen - ich nenne das Investitionen - tatsächlich als konsumtive Ausgaben gelten. Das sind in der Definition der Haushaltssystematik konsumtive Ausgaben. In Wirklichkeit sind sie in meinen Augen eine Investition in die Zukunft; dem stimmen wir zu. Nur, Herr Möllemann, wenn Sie dort Geld drauflegen wollen, muss die klassische Investitionsquote zwangsläufig sinken; sie kann nicht mehr steigen. Wie denn? Das geht nicht, wenn Sie zusätzlich die Nettokreditaufnahme und die Zuwachsraten senken wollen.

(B)

Das heißt, allein aus einer solch systematischen Betrachtung ist es dummes Zeug, was Sie hier erzählen, auch mit Blick auf die Entwicklung der Investitionsquote.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Schlimme ist: Sie wissen das - glaube ich -, aber Sie sind nicht in der Lage, das in einer Haushaltsdebatte zu konzedieren.

Gehen wir weiter auf das ein, was Herr Diegel gesagt hat nach dem Motto: Die Nettokreditaufnahme muss sinken. - Ich möchte konkret von Ihnen wissen, Herr Diegel, wo und wie, über welche Einsparungen, über welche Haushaltstitel Sie bereit sind, gemeinsam mit den anderen Fraktionen und mit der Landesregierung Abstriche in diesem Haushalt zu machen.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Was nicht läuft, ist diese unsägliche Arbeitsteilung, die Nettokreditaufnahme müsse sinken, aber anschließend wird die Landesregierung durch

jedes Dorf gejagt, in dem Sie die Leute mobilisieren: Für euch gibt es weniger Geld. Im Sozialhilfereich, beim Blindengeld, im Verkehrsinfrastrukturbereich reden Sie die Leute auf die Barrikaden, indem Sie sagen: Da wird die Balance verletzt, und da nimmt euch die Landesregierung etwas weg.

(Laurenz Meyer [CDU]: Aber das muss doch ein Finanzminister aushalten!)

Das ist gemeinhin ein berühmtes Spiel der Opposition.

Wie ein Hammer getroffen hat mich dann das Zitat zur mittelfristigen Finanzplanung aus dem Jahre 1996, das Sie von Heinz Schleußer, meinem Vorgänger, gebracht haben: Als ob sich seitdem nichts verändert hätte. Dabei denke ich insbesondere an die Entwicklung des Jahres 2000. Wenn Sie Sozialdemokraten zitieren, sind es entweder verstorbene Sozialdemokraten oder solche, die fern von Düsseldorf leben.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Ja, da muss man ein bisschen aufpassen. - Aber in diesem Zusammenhang so zu tun, als ob ein Zitat meines Vorgängers zur mittelfristigen Finanzplanung von 1996 noch gilt, ist mir unverständlich. Bestimmte Veränderungen, die auch an Ihrem Bildschirm nicht vorbeigegangen sein dürften, hätten eigentlich dazu führen müssen, dass Sie diesen Passus aus Ihrer Rede streichen. Stattdessen haben Sie uns damit aufgehalten, wie ich finde.

Ja, es wird Ergänzungsvorlagen geben müssen. Aber doch nicht, um jemanden zu quälen oder irgendetwas jetzt zu verschweigen, sondern weil die Umsetzung der Maßnahmen aus der Verwaltungsmodernisierung nach Lage der Dinge 1.000 Haushaltspositionen betreffen wird. Dies handwerklich zu bewerkstelligen ist ein ziemlicher Anhang, der Zeit kosten wird. Wie in den vergangenen Jahren wird es nicht nur eine Ergänzungsvorlage sein, sondern es werden zwei sein. Von mir wurde entschieden, mit der einen relativ frühzeitig zu kommen, damit gerade der Haushalts- und Finanzausschuss schon im Januar die Möglichkeit hat, wenigstens über einen Teil zu beraten.

Ich wäre sehr dankbar, wenn die CDU aktive Hilfe leisten würde, zu erläutern, worin denn über die

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) fünf sehr abstrakten Punkte ihrer Haushaltspolitik hinaus Ihr konkreter Gegenentwurf besteht. Ich habe über diesen Gegenentwurf von der CDU heute überhaupt nichts erfahren. Auf Herrn Möllemann komme ich gleich zurück. Ich wäre auch dankbar für Hinweise, wo Sie denn beim Subventionsabbau bereit wären, im Haushalts- und Finanzausschuss konkrete Vorschläge zu erörtern,

(Beifall bei der SPD)

auch auf die damit verbundenen Verteilungskonflikte einzugehen und sie gemeinsam mit uns gegenüber den Gruppen durchzustehen, denen wir sagen: Es geht nicht so weiter wie in den vergangenen Jahren.

(Helmut Diegel [CDU]: Machen Sie das mit uns zusammen!)

Aber die anderen vorzuschicken und zu sagen: "Übernimm du das mal!", und dann guckt man hinter sich, und keiner ist mehr da, Herr Diegel, weil Sie die Leute alle auf die Bäume reden, ihnen aber nicht die Leiter liefern, damit sie auch wieder herunterkommen können, wie das nach Lage der Dinge in den haushaltspolitischen Debatten läuft, geht mit mir nicht!

- (B) Im Übrigen hat der AStA zu Personalreduzierungen, die wir erzielen müssen, glänzende Arbeit geleistet. Ja, wir werden die ausgewiesenen kw-Stellen als Netto-Stellen zu erwirtschaften haben. Ihre Annahme übrigens, dass in der Rückbetrachtung der letzten neun oder zehn Jahre die Zahl der Personalstellen in Nordrhein-Westfalen gestiegen ist, ist falsch - um auch diese Legende aus der Welt zu schaffen. Die Stellenzahl in Nordrhein-Westfalen ist vielmehr um 1,1 % gesunken. Insbesondere in der allgemeinen Verwaltung ist sie um 16,7 % gesunken.

Sie ist in den Bereichen gestiegen, bei denen es kaum eine Woche gibt, in der Sie nicht öffentlich oder parlamentarisch entsprechende Mehrforderungen begründen. Sie ist bei der Hochschule gestiegen. Bei der Polizei ist sie übrigens gesunken, aber über bestimmte Strukturveränderungen; bei der Justiz und in der Steuerverwaltung ist sie auch gesunken. Aber insbesondere in den anderen genannten Bereichen sind Sie ja eher für Personalaufstockungen, ohne mir dann zu sagen, wo der Personalabbau über die erheblichen Vorleistungen der allgemeinen Verwaltung hinaus stattfinden soll.

Herr Möllemann, ich hatte mir vorgestellt, dass Sie heute die große Abrechnung bringen wollten. (C)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Warum denn?)

- Doch, das ist so an meinem Apparat angekommen, und am Ende Ihrer Rede habe ich mir gesagt: Das war der Einsatz der Fallschirmjägerwaffe.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Das war schon schwer beeindruckend. Denn jede Verkürzung war Ihnen recht, um Zahlen und Wirkungen zu präsentieren, die Sie etwa hinsichtlich der Nettokreditaufnahme, der Zinssteuerquote beschrieben haben. Auch bei Ihnen spielte überhaupt keine Rolle, dass wir es über die Verabschiedung der Steuerreform mit Veränderungen zu tun haben, die sich im Gefüge des Haushalts abspielen müssen. Das bringen Sie nicht auf einen Nenner. Denn wenn Sie in manchen Bereichen, insbesondere im Bildungsbereich, mehr Forderungen aufwerfen, können Sie nicht gleichzeitig dem Publikum erklären, wie Sie bei anderen Haushaltskennziffern, insbesondere bei der Nettokreditaufnahme oder auch der Investitionsquote, Verbesserungen erzielen wollen, weil Bildungsausgaben per definitionem konsumtiv sind. Das macht alles keinen Sinn und ist, wie ich finde, aus der Hüfte geschossen. (D)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Sie sollen nicht Ihren Apparat hören lassen, sondern selbst zuhören! - Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

- Welchen Apparat? Ich habe gar kein Hörgerät. Welchen Apparat meinen Sie denn?

(Heiterkeit)

- Ich habe nur ein Mikrofon; sonst habe ich einen guten Apparat zu Hause im Finanzministerium.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Vor einer Minute haben Sie noch "Apparat" gesagt!)

- Nein, ich selber bin kein Apparat, und ich habe auch keinen Apparat gehabt; ich habe Ihnen genau zugehört. Bei einigen Ihrer Einlassungen komme ich nur auf den Trichter: Es kann nicht populistisch genug sein, um mit Blick auf die Verkehrs-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) politik, die Bildungspolitik etwas zu wiederholen, was von Ihnen gebetsmühlenartig immer wieder gesagt wird. Dieser Dauerstau ist nach Ihrer Wahrnehmung offenbar etwas für Nordrhein-Westfalen Spezifisches. Man hat den Eindruck, Sie kommen deshalb aus diesem Lande gar nicht mehr heraus.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben die Vorstellung, dass es das in Berlin, in Stuttgart, in London und im Großraum Paris - wenn Sie trotz des Dauerstaus in Nordrhein-Westfalen einmal dort hinkommen - nicht gäbe. Dann sagen Sie auch, wir hätten die Autofahrer abgezockt, und wiederholen alle diese populistischen - entschuldigen Sie bitte! - Wiederholungen, die da stattfinden.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass die realen Belastungen der Autofahrer in den letzten 20 Jahren nicht zugenommen, sondern abgenommen haben. Das wissen wir alle. Aber Sie gebrauchen das Bild der Abzockerei, um auf diesem Klavier zu spielen. Dabei wissen Sie, dass, bezogen auf die Entwicklung des realen Einkommens, die relativen Anteile der Kosten, die die Autofahrer haben, definitiv abgenommen haben. Übrigens könnte man in einer intellektuell etwas größeren Anspruchshaltung trefflich darüber debattieren, ob das eine richtige oder eine falsche Entwicklung ist.

- (B) (Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Warum fordern Sie das nicht?)

- Warum lassen Sie sich auf eine solche Debatte nicht ein, sondern bringen dieses populistische Bild?

Dabei darf ja auch die FFH-Richtlinie nicht fehlen. Machen Sie sich mit den rechtlichen Konsequenzen der FFH-Richtlinie vertraut. Dann werden Sie feststellen, dass nicht alles so handstreichartig verläuft, wie man es gern möchte. Ich sage Ihnen als Vertreter der Landesregierung: Die in Rede stehenden wichtigen Infrastrukturprojekte, die teilweise auch Sie beschäftigt haben, werden alle realisiert, und zwar im Rahmen der FFH-Richtlinie und mit den Möglichkeiten, die es in den jeweiligen Artikeln der FFH-Richtlinie gibt, um Ausnahmemöglichkeiten zuzulassen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Schauen wir mal!)

- (C) Was die Entfernungspauschale betrifft, kann ich nur erkennen, dass sich der Ministerpräsident deutlich durchgesetzt hat, insbesondere mit den Interessenlagen von Nordrhein-Westfalen.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

- Oh ja, oh ja! In der Debatte vor ungefähr drei oder vier Monaten - ich gebe zu: unterstützt von der CDU - stand die Abwehr von Mehrbelastungen für den Landeshaushalt in Höhe von ungefähr 420 bis 430 Millionen DM in Rede, und zwar aus der Heizkostenpauschale und der Entfernungskostenpauschale. Was sich wahrscheinlich in diesen Stunden, heute Nachmittag, unter Beteiligung Nordrhein-Westfalens in Berlin ergeben wird, ist ein Kompromiss, der nach meinen Wahrnehmungen für Nordrhein-Westfalen zu Belastungen von 120 bis 130 Millionen DM führt. Das liegt deutlich unter dem, was wir vor einiger Zeit zu befürchten hatten. Ich glaube, was sich als Kompromiss zwischen den Regierungsfractionen in Berlin ergeben wird, ist argumentativ gut begründbar.

Wir sind in die Debatte vor dem Hintergrund der erhöhten Mineralölpreise eingestiegen mit dem Gedanken, dass die Autofahrer eine Kompensation für die erhöhten Mineralölpreise bekommen sollten, also für die Preise, die sie an den Tankstellen zusätzlich zu zahlen haben. Das wird durch eine entsprechende Erhöhung von 70 auf 80 Pfennig ab einer bestimmten Nahverkehrs-entfernung durchaus gewährleistet. Das Land Nordrhein-Westfalen legt sich dabei fest und sagt: 16 Kilometer ist die durchschnittliche Pendlerentfernung in der Bundesrepublik Deutschland; da könnte man den Schnitt ansetzen.

Zweitens waren wir dafür, dass es nicht zu Überkompensationen kommt, d. h. dass das Finanzamt nicht mehr Geld ausschüttet, als den Bürgerinnen und Bürgern an Wegekosten tatsächlich entsteht. Auch diesem Argument wird Rechnung getragen.

Drittens geht es darum, dass die Länderhaushalte nicht aus den Fugen geraten dürfen. Der Bund muss sich vergegenwärtigen, dass ihm die Konsolidierung leichter fällt als den Länderhaushalten.

Übrigens gibt es da eine ständige Verkennung, eine vorsätzliche Selbsttäuschung. Die betreiben auch Sie, Herr Möllemann, immer wieder. Wenn Sie auf Herrn Eichel abheben und von den Möglichkeiten sprechen, den Bundeshaushalt zu kon-

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) solidieren, sind Sie nicht bereit, auch nur mit einem Halbsatz oder einer Silbe denjenigen, die in den Haushalten der Länder nicht so erfahren sind, darzulegen, dass die Haushaltsstrukturen der Länder ganz anders aussehen als die des Bundes. Was brechen Sie sich denn ab, wenn Sie darauf hinweisen, statt hier auf dem Turnierplatz immer diesen Lanzenritt vorzuführen: Das fällt dem Bund sehr viel leichter.

Der Bund hat eine Personalkostenquote von 15 %. Wir haben eine solche von 41 %. Sind Sie denn alle bereit, diese Mitarbeiter in den Keller zu führen und zu erdrosseln, damit wir sie loswerden, oder was wollen Sie? Wenn Sie der Meinung sind, dass wir betriebsbedingte Kündigungen aussprechen sollten, dann stellen Sie sich hier hin und sprechen es offen aus. Aber ich sage Ihnen: Dann kämpft die F.D.P. um die 0,5-%-Klausel.

Dann kamen die beiden Zauberwörter, auf die ich gewartet hatte, die sich schon anbahnten: Steinkohlebergbau und Beihilfe. Und welche Überraschung: Tatsächlich kam das Stichwort WestLB.

(B) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Papke?

**Peer Steinbrück,** Finanzminister: Nein, ich bin gerade so schön drin.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nun zum Zauberwort Bergbau. Ich will es kurz machen, weil ich in diversen Debatten schon erlebt habe, wie die Argumente ausgetauscht worden sind. Der Ministerpräsident hat Ihnen, ich glaube, im Rahmen der Debatte zur Regierungserklärung schon geantwortet. Ich will mich auf wenige Bemerkungen beschränken.

Erstens. Die Energiepolitik ist weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in den anderen europäischen Ländern noch in außereuropäischen Ländern, Herr Möllemann, rein marktwirtschaftlich organisiert; sie kann es auch nicht sein. Wenn wir darin einmal übereinstimmen könnten, hätten wir eine richtige Grundlage. Die Energiepolitik ist nie marktwirtschaftlich organisiert worden und wird auch in Zukunft nicht marktwirtschaftlich zu organisieren sein, weil sich keine

nationale Volkswirtschaft von Energiepreisentwicklungen und weltweiten Kartellabsprachen abhängig machen will, die in der Energieversorgung auf die jeweiligen nationalen Volkswirtschaften ihre unmittelbaren Auswirkungen haben können. (C)

Dies bedeutet, dass die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor gut beraten ist, den einzigen Energieträger, den sie hat, nicht ins Bergfreie wegbrechen zu lassen, sondern zu erhalten. Das kostet Geld. Wenn man es so betrachtet, ist es in meinen Augen nichts anderes als eine Versicherungspolice auf die Unwägbarkeiten, auf die Risiken, mit denen wir auch am langen Ende - nicht nur am kurzen Ende - konfrontiert sind. Das kurze Ende haben wir gerade bei der Mineralpreisentwicklung erlebt. Das lange Ende droht eines Tages, wenn wir es mit einem weltweiten Erdgaskartell zu tun haben sollten.

Vor diesem Hintergrund halte ich die Beihilfen, die übrigens bis zum Jahr 2005 sukzessive auf 5,5 Milliarden DM heruntergehen, alle für richtig, und zwar energiewirtschaftlich, energiepolitisch und auch beschäftigungspolitisch mit Blick auf die Tatsache, dass gerade in Nordrhein-Westfalen eine Reihe von Regionen in ihrer gesamten ökonomischen Entwicklung daran hängen. (D)

Zweite Bemerkung! Es gibt ein lesenswertes Prognos-Gutachten, das die volkswirtschaftlichen Kosten für einen Crash-Kurs zu ermitteln versucht, wie Sie ihn offenbar für richtig halten. Es könnte auch gesagt werden: Die volkswirtschaftlichen Kosten stellen sich anders dar, wenn man ein "soft landing", ein langsames Gleiten auf einen notwendigen Sockel der Steinkohleförderung organisiert. Das Prognos-Gutachten kommt zu dem vernünftigen Ergebnis - auch unter Einrechnung von Sekundäreffekten -, dass der Kurs der Bundesregierung und der Landesregierung völlig richtig und volkswirtschaftlich begründet ist und eine sehr viel bessere Kosten-Nutzen-Relation aufweist als eine abrupte Beendigung.

Die dritte Bemerkung! Ich lebe in der Vorstellung, dass es in Nordrhein-Westfalen kaum einen Technologiebereich gibt, der ein so hohes Exportpotenzial wie die Bergbautechnik hat.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

- Aber selbstverständlich ist das so. Denn in dem Augenblick, wo Sie glauben, sie könnten die

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) deutsche Bergbautechnik im Labormaßstab statt im Maßstab 1 : 1 vorführen, bricht Ihnen die Bergbautechnik in Nordrhein-Westfalen weg. Sie müssen das unter 1 : 1-Bedingungen anwenden.

Dann stört mich ein Zungenschlag von Ihnen, Herr Möllemann, anlässlich der jüngsten Einlassung des Ministerpräsidenten: Die Landesregierung schleicht sich gegenüber den Bergleuten davon. - Das deuteten Sie an. Das Wort "schleichen" war Bestandteil Ihrer Rede. - Die Landesregierung schleicht sich nie davon. Wir gehen immer durch den Vordereingang hinein

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Und aus dem Hintereingang raus!)

und kommen auch aus dem Vordereingang heraus. Da schleicht sich niemand weg!

Wir haben uns mit Blick auf eine enge Verbindung und auf einen großen politischen Schulterschluss mit den Bergleuten, den Unternehmen und der IG BCE überhaupt nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

- (B) Aber, in dem Augenblick, in dem Sie hier selber einen Vorschlag machen, der darauf hinausläuft, dass die Bergleute erdrosselt werden ---

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Erdrosselt? Die nehmen andere Jobs! Das machen andere auch!)

- Entschuldigen Sie! Sie wollen doch die 1 Milliarde DM aus dem Beihilferegime herausholen und anders verwenden!

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Sind die Textilarbeiter erdrosselt worden, die neue Jobs angenommen haben? Erzählen Sie hier doch nicht solchen Stuss!)

- Wir wollen keine betriebsbedingten Kündigungen.

(Dr. Gerhard Papke [F.D.P.]: Sie lassen die Mittelständler hängen!)

- Herr Papke, das alles ist eine Milchmädchenrechnung.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Nein! Anderen Branchen geben Sie doch auch keine Subventionen! Was soll das denn?)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie so aufgeregt sind, Herr Möllemann. (C)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ich will Sie doch nur ein bisschen anregen!)

- Um Sie zu zitieren: Ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen! - Diesen Spruch höre ich immer, wenn wir Zwischenrufe machen. Das geht auf die alte Empörung zurück: Randalierer angepöbelt!

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich halte es für eine Milchmädchenrechnung, wenn Sie so tun, die Arbeitsplätze würden zum selben Zeitpunkt 1 : 1 irgendwo anders entstehen. Das Problem des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen besteht darin, dass Arbeitsplätze an einem Ort zu einem Zeitpunkt mit einem Qualifikationsprofil wegfallen, die nicht per se identisch sind mit den Arbeitsplätzen, die an einem anderen Ort, zu einem anderen Zeitpunkt und mit anderen Qualifikationsprofilen entstehen.

(Dr. Gerhard Papke [F.D.P.]: Wir brauchen Wachstumsdynamik!)

Deshalb ist Qualifikation von erheblicher Bedeutung. Deshalb ist Qualifikation ein solch entscheidendes Thema bei der Bewältigung des Strukturwandels. (D)

Vorletzte Bemerkung, Herr Möllemann, zur WestLB-Privatisierung: Es ist jetzt nicht meine Absicht, eine lange Debatte über WestLB zu führen. Ich hielte es auch für richtig, wenn wir uns übermorgen nicht in einer Aktuellen Stunde mit diesem Thema beschäftigen. Ich biete nach wie vor allen Fraktionen an, ihnen die notwendigen Informationen auch über den Fortgang der Ereignisse in Brüssel zu geben. Ich bestätige allerdings, Herr Möllemann: Die Gremien der WestLB werden auch zukünftig nicht öffentlich tagen, sondern unter den bisherigen Auflagen.

In der Tat unterscheiden sich unsere konzeptionellen Vorstellungen. Sie haben die Vorstellung, dass über ein mögliches Mutter-Tochter-Modell nicht nur eine formale Privatisierung stattfindet, d. h. formal-rechtlich eine private Rechtsform gewählt wird, sondern eine materielle Privatisierung, d. h. Sie wollen an die Börse gehen und Anteile veräußern. Dies entspricht nicht der Inte-

(Minister Peer Steinbrück)

(A) ressenlage der Gewährträger, ich glaube sagen zu können: aller fünf Gewährträger.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Inwieweit die WestLB über eine solche Aktiengesellschaft allerdings strategiefähiger werden könnte, auch im Rahmen einer europapolitisch konzentrierteren Strategie, lasse ich gern im Raume stehen. Das ist zu überlegen.

Aber wir unterscheiden uns deutlich in der Ansicht, die WestLB sei plötzlich börsengängig zu machen und die Landesregierung würde ihre Anteile dabei aufgeben. Ich weiß, dass angeblich Geld für die Veräußerung dieser Anteile wie Manna vom Himmel rieseln soll, mit dem all die Mehrforderungen abgedeckt werden sollen, mit denen Sie wie Kai aus der Kiste kommen. Dann kommt das Ritual: Das kann aus den Veräußerungen der WestLB finanziert werden. - Dieses Argument jedenfalls kenne ich von der Oppositionsbank aus allen vergangenen haushaltspolitischen Debatten. Dies ist aber nicht die Zielsetzung des Landes. Ich deute vorsichtig an, dass die größere Herausforderung in den nächsten ein, zwei Jahren eher darin bestehen wird, der WestLB vor dem Hintergrund der wettbewerbsfähigen Aufstellung, die sie braucht, zusätzlich Eigenkapital zuzuführen, und nicht darin, ihr Kapital zu entziehen.

(B)

Wenn Sie von der Landesregierung verlangen, Herr Möllemann, wir sollten nach Möglichkeit einen Plan - ich hätte fast verstanden: Vier-Jahres-Plan; Sie meinten aber einen Zwölf-Monats-Plan - über die Beteiligungsveräußerungen oder die Veräußerungen von Landesvermögen darstellen, kann ich nur sagen: Ich wäre beknaecht, wenn ich das täte. Ich wäre bescheuert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wenn ich jetzt bereit wäre, die Anteile des Flughafens Köln/Bonn - 33 % hält das Land - im Rahmen eines solchen Plans, einer solchen Offerte zu veräußern: Was glauben Sie, käme bei den Preisverhandlungen heraus?

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Die können Sie direkt verschenken!)

- Dann kann ich die ja gleich verschenken! Wissen Sie, wer dann mein größter Kritiker wäre? Sie! Nach dem Motto: Verschleuderung von Landesvermögen. Das ist doch klar.

(C)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der Grünen - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Der Finanzminister macht genau das!)

Ich werde einen Teufel tun, so etwas auf dem offenen Markt auszubreiten. Ich werde mich mit Profis zusammentun, die zunächst eine interne Bewertung vornehmen. Ich werde niemandem verraten, wie diese Bewertung aussieht, weil sie nämlich nach Lichtgeschwindigkeit diffundiert.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dann werde ich vernünftig verhandeln. Im Rahmen dieser Verhandlungen werde ich dem Haushalts- und Finanzausschuss Rede und Antwort stehen. Das ist es. Aber was soll die Vorstellung, wir sollten hier einen Plan über den weiteren Umgang mit Landesvermögen oder Landesbeteiligungen vorlegen?

Richtig ist, dass die Landesregierung im Rahmen der Regierungserklärung und vorher die Koalitionsfraktionen festgelegt haben, dass die Renditen aus solchen Veräußerungen klar und deutlich der Priorität Bildung zufließen, sowohl Schulen wie Hochschulen wie Forschung generaliter, soweit das über Hochschuleinrichtungen oder Hochschulinstitute hinausgeht. Ich werde der Landesregierung nach Möglichkeit kurzfristig einen Vorschlag machen, wie z. B. die häufig apostrophierten Exzellenz-Center vielleicht schon nächstes Jahr das erste Mal an Geld kommen können. Da lassen sich durchaus innovative Finanzierungsmodelle vorstellen.

(D)

Fazit nach meiner Wahrnehmung, meine Damen und Herren: Es war im ersten Abklatsch eher eine Wiederholung der Rituale, wie wir sie kennen. Nichts Neues. Manche Argumente erschienen mir sehr beliebig,

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das gilt für Ihre Rede!)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) nach dem Motto: Ich lasse mir mein gutes Argument doch nicht durch den Hinweis auf Fakten kaputt machen. - Auch das spielte eine gewisse Rolle. Manches war ein bisschen zettelkastenartig.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das gilt für Ihre Rede!)

In jedem Fall hatte ich den Eindruck: Sie befinden sich im Rahmen einer haushaltspolitischen Debatte eher in akutem Notstand als die Landesregierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Finanzminister Steinbrück. - Das Wort hat Herr Dr. Rüttgers für die CDU-Fraktion.

**Dr. Jürgen Rüttgers (CDU):** Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Steinbrück, ich muss sagen, dass ich, als ich Ihrer Rede zugehört habe, teilweise ein wenig sprachlos war,

(B) (Brigitte Speth [SPD]: Die war einfach zu gut, die Rede!)

sprachlos über die große Arroganz, die in dieser Rede deutlich wurde.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will zu zwei Punkten etwas sagen.

Ich finde es völlig unangemessen und - um es genau zu sagen - unanständig, dass Sie in dieser Rede dem Kollegen Diegel die Beherrschung der Grundrechenarten absprechen und dass Sie dem Kollegen Möllemann einen schizophrenen Auftritt unterstellen.

Lieber Herr Steinbrück, vielleicht wissen Sie es nicht: Schizophrenie ist eine Krankheit, und einem Kollegen ein krankhaftes Verhalten zu unterstellen, ist schlichtweg unanständig. Das sollten Sie hier zurücknehmen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wenn Sie meinen, es sei angemessen ---

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Mein Gott, Herr Rüttgers!)

- Seien Sie jetzt einmal ruhig, Herr Clement! (C)

Wenn Sie meinen, es sei angemessen, sich hier hinzustellen und zu sagen "Wollen Sie die Mitarbeiter in den Keller tun und erdrosseln?", dann sage ich Ihnen: Auch das ist unanständig, Herr Steinbrück!

(Beifall bei der CDU - Frank Baranowski [SPD]: Sie sind aber heute empfindlich!)

Nun zum sachlichen Gehalt: Es ist natürlich Ihr gutes Recht, sich hier hinzustellen und das zu kritisieren, was Kolleginnen und Kollegen gesagt haben. Aber dann sollten Sie wenigstens bei der Wahrheit bleiben.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Locker bleiben!)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, wir hätten ein großes Problem mit der Steuerreform, das nicht zu lösen sei, dann frage ich Sie: Wie sind denn konkret die Zahlen? - Im Jahre 2000 haben wir 73,7 Milliarden DM Steuereinnahmen, im Jahre 2001 71,3 Milliarden DM. Das sind nicht etwas über 4, sondern das sind 2,4 Milliarden, und die hatten Sie in der Rücklage. Der Rest reduziert sich auf die Frage der Mehrausgaben. Das ist die Wahrheit! Das sind eigene Probleme, die Sie hier zu lösen haben! (D)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Dafür stehen Sie in der Nachfolge Ihrer Vorgänger hier gerade. Es ist eben das Problem, dass Sie eine über Jahre liederliche Finanzpolitik dieser Regierung übernommen haben!

(Brigitte Speth [SPD]: Schreien Sie uns nicht so an!)

Deshalb leiden Sie jetzt unter den Schulden und sind politisch handlungsunfähig geworden!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie ausdrücklich sagen, es sei falsch, was hier gesagt worden ist, dass nämlich die Anzahl der Stellen zwischen 1989 und 2000 gestiegen sei, dann will ich Ihnen auch dazu die Zahlen nennen: 335.424 im Jahre 1989 und 343.573 im Jahre 2000. Das sind 9.000 Stellen mehr.

Dann finde ich es auch unanständig, sich hier hinzustellen und irgend einen der Lüge zu bezeich-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) tigen, obwohl die Zahlen eine ganz andere Sprache sprechen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich dann hier hinstellen und sagen, es sei immer dasselbe Ritual und es seien immer dieselben Reflexe, dann sage ich Ihnen Folgendes: Gerade das wollten wir in dieser Debatte ändern. Darum haben wir ja in den letzten Wochen geworben. Diese Haushaltsdebatte - und da geht es ja immerhin um das "Schicksalsbuch des Landes", wie man so schön sagt - wollten wir einmal anders gestalten.

Dazu gehört natürlich die Debatte, die die Finanzkollegen, die sich damit beschäftigen, führen. Die Debatte ist ja auch wichtig. Kollege Möllemann wollte hier sogar unbedingt als Finanzler auftreten. Das kann ich auch verstehen, Herr Möllemann. Sie sind froh, dass Sie hier reden dürfen - anders als in Stuttgart.

(Heiterkeit bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]: Das war unanständig! - Frank Baranowski [SPD]: Das ist auch nicht anständig!)

- (B) Das ist eine Geschichte, und ich hoffe sehr, dass gleich Herr Moron, Frau Löhrmann und auch Sie, Herr Ministerpräsident, das Wort ergreifen. Ich finde, es wäre ein guter Stil, wenn Sie das Wort hier ergreifen würden.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Unanständig!)

Sollten Sie das nicht tun, fände ich das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht in Ordnung, so zu tun, als ob Sie mit diesem Haushalt nichts zu tun hätten. In diesem Haushalt zeigt sich zum ersten Mal, ob das eigentlich wahr und ernst gemeint war, was Sie im Wahlkampf und in der Regierungserklärung gesagt haben. Hier ist der Beweis anzutreten. In der Regierungserklärung haben Sie gesagt - Zitat -:

"Die Ziele sind benannt. Die Prüfkriterien sind klar. Wir werden uns messen lassen nicht erst in fünf Jahren, sondern jeden Tag auf dem Weg dahin."

- (C) Lassen wir uns das einmal tun. Wie heißt es denn so schön bei Matthäus 7, Vers 16: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. - Dieser Haushalt sind die ersten Früchte.

Wenn ich dann lese, dass Sie versprochen haben, Sie wollten mehr tun für die Schulen und den Unterrichtsausfall wollten Sie bekämpfen, aber in diesem Haushaltsplan steht keine einzige neue Lehrerstelle, dann ist das eine Lehrer-Lüge, Herr Clement, und zwar Ihre Lehrer-Lüge!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie versprochen, dass Sie mehr innere Sicherheit gewährleisten wollten. In diesem Haushaltsplan steht keine einzige neue Stelle für Polizisten. Im Gegenteil: Bei der Polizei werden im kommenden Jahr 1.857 Stellen gestrichen; das sind 3,8 %.

Jetzt frage ich Sie: Was soll eigentlich der Polizeibeamte vor Ort davon halten? - Ich sage Ihnen: So geht man nicht mit Polizisten um, Herr Clement. Das ist nicht die richtige Antwort für die Menschen, die draußen für unsere Sicherheit den Kopf hinhalten.

(Beifall bei der CDU)

(D) Über das Thema Verkehr ist schon geredet worden. "Neue Wege" - ein Zitat aus der Regierungserklärung - wollten Sie gehen. Während Sie neue Wege gehen, steht Nordrhein-Westfalen im Stau. Aber das Größte ist dann, dass Ihr Finanzminister - also Ihre Regierung - in diesem Haushaltsplan 43 Millionen DM für den Landesstraßenbau kürzt. Wie passt das denn zusammen, hier im Wahlkampf und in der Regierungserklärung so zu reden, im Haushalt aber das Gegenteil zu tun? - Das ist es, was wir kritisieren und was ich heute anmahne.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich haben Ihnen in meiner Antwort auf die Regierungserklärung vorgeworfen, dass diese Regierungserklärung postmoderne Kälte ausstrahle. Das ist eine Kälte, die Hoffnungen zerstört, und damals haben Sie gelacht.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das tue ich auch heute noch!)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) - Das tun Sie auch heute. Das finde ich traurig.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Ja!)

Wer in diesen Haushalt sieht, der stellt fest, dass Sie den Landesanteil der Arbeitsmarktprogramme um 69 Millionen DM - also um 12,6 % - kürzen. Wenn man in diesem Haushaltsplanentwurf sieht, dass Sie die Altenhilfe um mehr als 16 Millionen DM - das sind 20 % - kürzen, dass Sie die Hilfen für Behinderte und Pflegebedürftige um mehr 28 Millionen DM - gleich 12,4 % - kürzen, dann sage ich Ihnen: Genau das habe ich mit postmoderner Kälte gemeint. Mir würde an Ihrer Stelle das Lachen im Halse stecken bleiben, wenn ich mit kleinen Leuten so umginge.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Für Arbeitslose, für Alte und für Behinderte gibt es weniger Geld, aber Ihr Bauminister will 200 Millionen DM für zwei neue Ministerien ausgeben,

(Minister Peer Steinbrück: Stimmt doch nicht! Lüge!)

damit - wie er im "WDR" gesagt hat - Frau Höhn auf dem Weg zum Landtag nicht so lange im Stau steht. Das ist unfair und ungerecht, und das ist Ihre Politik mit Ihrem Kabinett!

(B)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen, Herr Clement: Auch dieser Haushalt beruht auf dem gleichen Fehler wie Ihre Regierungserklärung: Die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts heißen eben nicht Globalisierung, Digitalisierung und Liberalisierung, sondern sie heißen Maß und Mitte, Überschaubarkeit und Menschlichkeit. Daran gemessen, versagt Ihre Regierung, weil sie unseren Kindern Chancen nimmt und diejenigen, die Hilfe brauchen, ausgrenzt. Das ist der Fehler Ihrer Politik!

(Beifall bei der CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist ja inzwischen allseits bekannt, dass noch nie eine Regierung einen so schlechten Start erwischte wie die Regierung Clement.

(Edgar Moron [SPD]: Ha, ha!)

Der Innenminister ist leider nicht da, wie übrigens die meisten im Kabinett. (C)

(Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Wenn Sie reden, meinen Sie wohl, dass wir Gewehr bei Fuß stehen müssten!)

Das zeigt übrigens nicht nur die Hochachtung gegenüber dem Parlament, sondern macht auch eine Aussage zur Ernsthaftigkeit solcher Beratungen vonseiten der Regierung.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Der Innenminister kriegt seinen Laden nicht in den Griff. Den Düsseldorfer Polizeipräsidenten musste er schon entlassen. Verzweifelt verteidigt er den Bielefelder Polizeipräsidenten, obwohl gegen ihn ein Ermittlungsverfahren läuft und die Beamten in Bielefeld um Hilfe rufen. Wenn er denn da wäre, hätte ich ihm gesagt: Herr Behrens, Sie haben nicht nur eine Fürsorgepflicht gegenüber Polizeipräsidenten sondern auch für kleine Polizisten! Nehmen Sie diese Fürsorgepflicht endlich wahr, und zwar gerade im Fall Bielefeld!

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Der Justizminister fehlt auch. Er musste den Generalstaatsanwalt Selter herauswerfen, musste sich bei Ronald Pofalla wegen rechtswidriger Verfolgung durch die nordrhein-westfälischen Justizbehörden entschuldigen. In Sachen VEBA wird ein Ermittlungsverfahren wegen Rechtsbeugung gegen den ermittelnden Staatsanwalt eingeleitet. Im Februar 1999, im Juni 1999, im Juli 1999 und im Oktober 2000 stellte das Verfassungsgericht fest, dass Rot-Grün gegen die Verfassung verstoßen hat.

Meine Damen und Herren, das alles ist zu viel. Der Rechtsstaat in Nordrhein-Westfalen hat Schaden gelitten, weil die Interessen der Regierenden oft wichtiger waren als Recht und Ordnung in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Man könnte das weitermachen. Frau Behler fehlt auch, die sich meistens dadurch hervortut, dass (D)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) sie kurz vor solchen Debatten irgendwelche Vorstellungen übernimmt, die von der Opposition schon vorgetragen worden sind. Was dann herauskommt, sind allenfalls Modellversuche. Frau Behler ist gleichsam Königin der Modellversuche.

(Brigitte Speth [SPD]: Warum bekämpfen Sie sie dann?)

Man könnte auch weitermachen mit Frau Höhn, der heiligen Johanna der Schlachthöfe, oder mit dem Europaminister, der laut Zeitungsartikel beklagt, dass er es sich nach Eintritt ins Kabinett Clement nicht mehr leisten kann - Zitat -, auch einen Jaguar zu fahren. All das sind Schlaglichter aus dem Kabinett Clement. Es gibt keine neue Idee. Es gibt keine neue Vision. Es gibt keine Vorstellung davon, wie wir im Westen in zehn Jahren leben werden. Das ist das Kennzeichen dieser Regierung und des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2001!

(Beifall bei der CDU)

Sie sind unfähig, den Reformstau in NRW aufzulösen und die Menschen mitzunehmen. Das ist auch der Grund, warum die Mehrheit der Bevölkerung mit der Arbeit von Rot-Grün unzufrieden ist.

(B) Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wer wissen will, warum die rot-grüne Landesregierung die Enden nicht zusammenbringt, muss eigentlich nur dem Ministerpräsidenten zuhören, wenn er über seine eigenen Leute spricht. Originalton Clement:

"Manche halten an einer Tradition fest, ohne zu merken, dass sie damit nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind."

Oder Clement zur SPD NRW:

"Wir sind in Wahrheit eine geschlossene Gesellschaft."

Oder:

"Wir sind nicht auf der Höhe der Zeit."

Recht haben Sie, Herr Clement. Wer die Bodenhaftung verloren hat, wer nicht mehr weiß, was die Menschen im Land wollen, wer nur noch an die eigene Macht denkt, ist unfähig, Zukunft zu gestalten. Das merkt man Ihrer Regierung an.

(Beifall bei der CDU)

Das merkt man in der Regierung, aber das merkt man auch im Parlament. Seit Beginn dieser Legislaturperiode laufen Sie unseren Initiativen hinterher, z. B. beim Tierschutz in der Landesverfassung,

(Lachen des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

beim Thema Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie, beim Thema WestLB, beim Thema Flugverkehrskonzept, beim Thema Integration, beim Thema Schule. Überall war die Opposition, die CDU, schneller als Sie. Das ist eigentlich erstaunlich, weil Sie über die riesigen Apparate verfügen.

(Edgar Moron [SPD]: Schreien Sie nicht so!)

Von Ihnen kommt eben nicht viel, weil diese Regierung die Zukunft verschläft. Sie pennt vor sich hin. Es wird Zeit, dass sie endlich aufwacht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Ein Schreihals sind Sie! Sind wir im Sportpalast?)

- Herr Moron, das nützt nichts. 36 Anträge ---

(Edgar Moron [SPD]: Sie haben ein Mikrofon! Reden Sie normal!)

- Herr Moron, vor dem Mund aufmachen Gehirn einschalten! Das hilft zu klugen Erkenntnissen!

(Beifall bei der CDU)

Es gab 36 Anträge und Gesetzentwürfe der CDU. Dagegen stehen 13 der Landesregierung. Wenn man die Staatsverträge abzieht, bleiben von diesen 13 Aktivitäten 2 mit Substanz übrig.

Das eine ist der Gesetzesantrag zur Einführung des Kirchgeldes. Ein hoch spannendes Thema! Das haben Sie vor der Wahl versprochen, aber nicht eingebracht. Nach der Wahl haben Sie gesagt: Jawohl, das machen wir. Dann hat Ihre Staatskanzlei den Kirchen empfohlen, man möge sich wegen Schwierigkeiten bei der Mehrheitsbeschaffung in der Koalition um einen interfraktionellen Antrag bemühen. Das zeigt, dass Sie sich nicht sicher waren, hier überhaupt eine Mehrheit im Landtag zu haben.

Der zweite Punkt, den Sie vorgelegt haben, war der Gesetzentwurf zum Liegenschaftsmana-

(C)

(D)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) gement. Jeder weiß, dass die CDU seit Jahren für diese Idee geworben hat und Anträge eingebracht hat, die Sie abgelehnt haben. Sie haben sich jahrelang gewehrt. Jetzt müssen Sie zugeben, dass wir Recht gehabt haben.

Anstatt jetzt eine schlanke Organisation zu schaffen, wollen Sie ein Sondervermögen von 28 Milliarden DM mit einem Wasserkopf von rund 9.000 Bediensteten errichten. Herr Clement, das ist kein modernes Management, sondern ein neuer volkseigener Betrieb, eine "VEB Gebäudewirtschaft" mit Posten und Pöstchen für Rot-Grün. Dabei werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Ihnen mehrfach gesagt: Wir werden als CDU keine Blockadepolitik machen. Aber wir werden auch nichts tun, was den Menschen und dem Land schadet. Das gilt z. B. für die Kohlepolitik.

Lieber Herr Möllemann, Sie stellen sich hierhin und sagen, Sie wollten mehr Lehrer haben. Da haben Sie Recht. Das sagen wir auch. Aber zu sagen, das finanziere man aus Kohlesubventionen, ist nicht seriös.

- (B) (Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Doch, doch!)

Es ist deshalb nicht seriös, weil jeder weiß, dass wir Verträge haben, die bis zum Jahre 2005 gelten. Die Subventionen sind vertraglich festgelegt. Ich frage Sie: Wollen Sie den Menschen sagen, dass wir bis zum Jahre 2005 in den Schulen keine neuen Lehrer einstellen wollen? So lange will zumindest die CDU nicht warten. Deshalb - so finde ich - sollten Sie sich auch etwas anderes einfallen lassen als diese populistische Forderung nach Kohlesubventionen.

(Beifall bei der CDU)

Aber die Frage der Kohlepolitik ist natürlich eine spannende Frage. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als im Jahre 1997 die alte Bundesregierung von 30 Millionen Tonnen Steinkohleförderung ausging. Damals war es die SPD in diesem Land, die die Bergleute aufgehetzt hat, die vom Museumsbergbau gesprochen und uns als Totengräber des Bergbaus beschimpft hat. Und jetzt reden Sie selber von 20 Millionen Tonnen. Das aber bedeutet die Schließung von zwei bis drei weiteren Zechen. Sie wissen, dass, wenn Sie hier schon von 20 Millionen Tonnen reden, die Euro-

- päische Kommission wie immer noch darunter bleiben wird. Und nun habe ich auch noch in der Zeitung gelesen, dass Sie sogar den Bund aus der Verantwortung entlassen wollen. Der "General-Anzeiger" schreibt dazu - Zitat -:

"Das können wir notfalls auch alleine, blaffte Clement in die Runde beim Bundeskanzler. Dann verzichteten wir eben auf die 8 Milliarden, die wir jedes Jahr in den Osten Deutschlands überweisen."

Lassen Sie sich nur loben als einsamer Kämpfer gegen die Bundesregierung nach dem Motto: Clement gegen den Rest der Welt! Ich aber sage Ihnen - und das ist die Wahrheit -: Sie zerstören den Kohlekonsens und damit die Basis für einen lebensfähigen Bergbau, wenn Sie den nationalen Konsens im Hinblick auf die neuen Bundesländer aufkündigen! So geht das nicht, so schadet man der Kohle und den Bergleuten!

(Beifall bei der CDU)

Es wird harten Widerstand der CDU bei der Frage der kommunalen Finanzen geben. Die Kommunen werden nicht hinnehmen, dass sie vom Land ausgeplündert werden. Und die CDU wird den Kommunen bei diesem Kampf helfen. Werte Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht sein, dass die Leistungen an die Kommunen im Gemeindefinanzierungsgesetz um mehr als 740 Millionen DM gekürzt werden.

(Heinz Wirtz [SPD]: Den Grund kennen Sie doch wohl!?)

In den nächsten fünf Jahren sollen nach Ihrem Willen die Städte und Gemeinden 18 % der Steuermindereinnahmen tragen, obwohl ihr Anteil an dem Steueraufkommen nur bei 12,5 % liegt. Das, was hier passiert, bedeutet im Klartext: Bund und Land sanieren sich auf Kosten der Gemeinden!

(Heinz Wirtz [SPD]: Quatsch!)

Wir werden dies den Bürgern deutlich sagen. Wir werden es vor allen Dingen dann sagen, wenn in den kommenden Jahren kommunale Leistungen gekürzt werden. Und wir werden in jeder Stadt und in jeder Gemeinde und in jedem Kreis die Verantwortlichen beim Namen nennen. Verantwortlich sind nicht die Bürgermeister und die Landräte, sondern verantwortlich dafür sind Clement und Schröder, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Herr Clement, die Koalitionsverhandlungen sind Ihnen nicht gelungen; die Regierungserklärung ist Ihnen misslungen; der erste Haushalt ist Ihnen offensichtlich auch misslungen.

In einer Zeit blendender Konjunktur steht der SPD-Finanzminister kurz vor dem Offenbarungseid. Und das ist kein Ritual. Denn da können Sie hier auftreten, wie Sie wollen, Herr Steinbrück: Die Frage der Personalkosten und die Obergrenze von 50 % bei der Personalsteuerquote, die schon um 4 % überschritten ist, sind eben ein untrüglicher Beweis. Zahlen und Fakten kann man nicht wegdiskutieren. Sie sind das Ergebnis der Politik, für die Sie Verantwortung tragen. In einem normalen Betrieb nennt man so etwas Pleite und nicht anders!

(Beifall bei der CDU)

Die Nettokreditaufnahme steigt, die Investitionsquote sinkt unter 10 %. Darüber ist geredet worden, und darüber werden wir weiter reden müssen.

Aber ich finde, es gibt noch einen anderen Punkt. Und der führt mich auch zu der Beurteilung, dass dieser Haushalt nicht beratungsreif ist. Sie haben in diesem Haushalt keine Vorsorge getroffen für die Neuordnung der Forensik - Veranschlagung: null -,

(B)

(Minister Peer Steinbrück: Stimmt doch gar nicht!)

keine für die Schnelltests auf BSE, keine für die Tiermehlbeseitigung, keine für die Entfernungspauschale. Ich habe noch keinen Haushaltsplanentwurf gesehen, der schon eine Woche nach Einbringung Makulatur war. Und Sie wissen genau, dass Ihr Haushalt nur mit Ach und Krach verfassungsgemäß ist.

Wenn all die von mir gerade genannten Maßnahmen dazukommen oder wenn die Zinsen in den nächsten Monaten nur um 1 % steigen, dann, Herr Steinbrück, ist Ihr Haushalt verfassungswidrig. Und die Frage der Zinssteigerung ist keine Frage, die irgendwo theoretisch im Raum stünde, sondern die Wahrheit ist, dass sich in Deutschland die Inflation von 0,8 % im Oktober 1999 auf 2,4 % im Oktober 2000 erhöht hat.

Schuld daran ist neben den hohen Öl- und Benzinpreisen auch die staatliche Preistreiberei. Zu dieser staatlichen Preistreiberei gehört die Ökosteuer.

er. Erst war der Ministerpräsident dagegen, jetzt ist er dafür. Diese Ökosteuer, Herr Ministerpräsident, ist unfair und unsozial. Sie muss weg! Stoppen Sie deshalb die nächste Erhöhung der Ökosteuer zum 1. Januar! Noch einmal 6 Pfennig sind zuviel!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Weil Sie sich davor drücken, das Grundübel der Ökosteuer zu beseitigen, nur deshalb haben Sie jetzt dieses heillose Durcheinander bei der Entfernungspauschale. Zuerst haben Sie gesagt, das Land werde sich nicht an den Kosten beteiligen. Dann kommen Sie aus Berlin mit einem Sack fauler Kompromisse zurück. Daraufhin sagen die Grünen nein, und jetzt wird schon wieder an Kompromissen gebastelt.

Wir haben eben von Herrn Steinbrück gehört, dass das Ganze das Land 120 Millionen DM kosten würde. Nach unseren Berechnungen kann das durchaus das Doppelte sein. Sie wissen ganz genau, dass die Zahlen, die ich vortrage, nicht Ihre sein mögen, aber aus anderen Länderministerien so bestätigt werden. Es ist natürlich klar, dass Sie wegen der Verfassungsgrenze die Mehrbelastungen runterrechnen, während andere realistische Zahlen nennen. Das macht eben den Unterschied zwischen seriöser und unseriöser Politik in Finanzfragen aus!

(D)

(Beifall bei der CDU - Minister Peer Steinbrück: Nennen Sie die Länder!)

- Bayern! Wir haben von Bayern eine Zahl bekommen. Vielleicht liegt das daran, dass wir mit unseren Parteifreunden reden, während mit Ihnen, Herr Steinbrück, anscheinend keiner redet. Wenn Sie mit den anderen reden, kommen Sie vielleicht zu besseren Ergebnissen!

(Beifall bei der CDU)

Wir werden ja sehen, wie sich die Konjunktur entwickelt. Es bleibt dabei: Zuerst sagen Sie nein, das dürfe nicht gemacht werden! Das war nicht nur bei der Ökosteuer so. Bei wie vielen Fällen hat sich Herr Clement hier hingestellt und erklärt: Mit uns nicht! Dann ist er nach Berlin gefahren, kommt wieder - und wer bezahlt? Die Menschen hier im Lande Nordrhein-Westfalen müssen das bezahlen, was Sie in Berlin wieder einmal nicht durchgesetzt haben, Herr Clement!

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Jeder weiß, dass die konjunkturelle Lage sehr instabil ist. Jeder weiß, dass es - vor allen Dingen nach den Entwicklungen in den Vereinigten Staaten - durchaus sein kann, dass auch bei uns die Konjunktur zusammenbricht. Dann wird die Situation schwierig werden.

(Lachen des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- Sie sollten nicht so lachen. Wenn Sie lachen, haben Sie offenbar keine Ahnung von Wirtschaftspolitik. Dann weiß ich allerdings nicht, wieso Sie einmal Wirtschaftsminister waren, Herr Clement. Erinnern Sie sich, wer gerade sämtliche Prognosen nach unten korrigiert hat? - Alle: Die "FAZ", das Ifo-Institut, der Sachverständigenrat, die Wirtschaftsweisen! Alle haben die Konjunkturprognosen für das nächste Jahr nach unten korrigiert. Das heißt im Klartext: Wenn wir schon, verehrter Herr Clement ---

(Zurufe von der SPD: Reden Sie leiser!)

- Ich rede so, wie ich möchte. Tun Sie nicht so, als wenn Sie das Recht hätten, mir irgendwelche Ratschläge zu geben. Benehmen Sie sich lieber erst einmal selber, bevor Sie anderen Ratschläge geben!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht liegt das daran, dass ich noch ein Stück weit mit Herzblut bei der Sache bin und hier nicht so tue, als ob das nur eine lästige Pflichtübung in diesem Landtag sei. Ich habe noch Achtung vor der Debatte hier im Landtag, Herr Clement.

(Beifall bei der CDU)

Das hat etwas damit zu tun, weil es mir um die Menschen in diesem Land geht und weil ich will, dass wir zwar Modernisierung machen, dass sie aber menschlich sein muss, dass wir den Mut haben, Neues zu wagen, dass wir aber keinen ausgrenzen und Ausgrenzung verhindern, werte Kolleginnen und Kollegen. Ausgrenzung verhindern, das ist doch die große soziale Aufgabe unserer Zeit. Wenn ich dann sehe, was in diesem Haushalt passiert, dann komme ich zu dem Schluss: An dieser Aufgabe scheitert die Regierung Clement.

Ausgrenzung verhindern heißt zum Beispiel, für junge Menschen Bildungschancen eröffnen. Im nächsten Jahr steigt die Zahl der Schüler um

- 25.000. Bis zum Jahre 2005 steigt sie um 80.000. Und noch einmal: Dieser Haushaltsplanentwurf enthält keine einzige neue Lehrerstelle. Wenn das so bleibt, dann müssen entweder die Lehrer mehr Stunden geben, die Klassen werden größer, oder es fällt noch mehr Unterricht aus. So werden eben Zukunftschancen für junge Menschen ausgegrenzt. (C)

Ich finde es dann auch nicht ausreichend, wenn Frau Behler sagt: Dann stellen wir eben irgendwelche Pensionäre oder irgendwelche Leute ohne pädagogische Ausbildung ein. So löst man nicht das Problem der Zukunft für Tausende und Abertausende junger Menschen. Diese haben nicht nur Anrecht darauf, dass es keinen Unterrichtsausfall gibt, sondern sie haben auch Anrecht auf die beste Schule, die es irgendwo in Deutschland gibt, und nicht auf irgendwelche Klimmzüge von Frau Behler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb fordert die CDU die Einstellung neuer Lehrer, eine dreiprozentige Stellenreserve, was 4.152 Lehrer ausmacht, und die Verbesserung der Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. So schafft man Zukunft. (D)

Jeder weiß - zweite Bemerkung zum Stichwort Ausgrenzung -, dass neue Arbeitsplätze in der Wissensgesellschaft durch Forschung und Entwicklung entstehen. Und jeder weiß, dass Nordrhein-Westfalen leider da noch nie Spitze war. Nun hat es ja in den letzten Monaten in der Landesregierung einen heftigen Streit über die Kompetenzen gegeben. Das Ergebnis ist: Jetzt sind drei Minister für Forschung und Entwicklung im Kabinett Clement zuständig, Herr Schwanhold, Herr Schartau und Frau Behler. Herr Schwanhold musste bis auf Chemie, Biotechnologie, Umwelttechnologie und neue Werkstoffe seine Kompetenzen abgeben. Der Arbeitsminister ist jetzt für Old Economy zuständig, nämlich für alte Werkstoffe, für Elektrotechnik, für Maschinenbau, für Fahrzeugbau, für Führungstechnik und Textilwirtschaft. Frau Behler ist für die Hochschulforschung zuständig.

Jetzt frage ich Sie: Wo leben diese Minister eigentlich? Glaubt denn etwa irgendjemand, im Fahrzeugbau käme man heute ohne Computer und moderne Werkstoffe aus? Oder glaubt wirklich irgendjemand, im Maschinenbau würde keine

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Umwelttechnik benötigt? Und wer dann noch sieht - das wirklich als Krönung -, dass die Landeszentrale für politische Bildung vom Schulministerium ins Arbeitsministerium wechseln musste, der kann dieser Regierung nur empfehlen, bei der Landeszentrale schnell einen Kurs "Politik für Anfänger" zu belegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für die Hochschulpolitik. Die Zustände in den Informatikstudiengängen sind skandalös: 500 Bewerber um 70 Studienplätze in Gelsenkirchen, 1.012 Bewerber um 335 Studienplätze an der Universität Dortmund. Die Folge: Numerus clausus. Die wissenschaftlich-technische Intelligenz wird weglaufen, wie es jetzt schon teilweise die Lehrer tun. Deshalb kann man dieser Regierung nur sagen: Tut endlich etwas, wenn euch die Zukunft dieses Landes ein wirkliches Anliegen ist, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Jeder weiß, dass wir eine alternde Gesellschaft sind. Heute sind 40 % der Bevölkerung über 60 Jahre. Im Jahre 2040 werden es 70 % sein. Die Zahl der Achtzigjährigen steigt von heute 3 Millionen auf 10 Millionen in den nächsten 50 Jahren.

(B)

Wer nun den Menschen sagt, das Problem sei durch Zuwanderung zu lösen, der belügt sie, und wer sagt, die Politik könne für mehr Kinder sorgen, der lügt ebenfalls. Die Menschen entscheiden ja Gott sei Dank selbst, ob und wie viele Kinder sie bekommen. Dafür mache ich Sie auch nicht verantwortlich, Herr Clement, wirklich nicht. Sie haben genau wie ich ja auch Ihren Beitrag geleistet.

Aber die Konsequenz aus dieser Erkenntnis ist, dass wir eine Politik entwickeln müssen, die eine menschliche Gesellschaft mit einer kleineren und gleichzeitig älteren Bevölkerung möglich macht. Dazu werden wir keine Alternative haben.

Vor diesem Hintergrund ist mir völlig unverständlich, dass die Landesregierung der Rentenreform in Berlin zustimmen will. Wenn sich Riester durchsetzt, dann wird die gesetzliche Rente zu einer Grundsicherung, die jungen Menschen werden besonders belastet, und Millionen Frauen rücken

unter das Sozialhilfeniveau. Das ist die Konsequenz dieser jetzt geplanten Rentenreform.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich: Das ist dann Altersarmut statt Sicherheit im Alter. Basta! Angesichts dieser alternden Bevölkerung werden wir Themen diskutieren müssen - da hat es hier im Landtag ja schon einmal eine Enquete-Kommission gegeben -, für die ich im Haushalt keinerlei Veranschlagung und keinerlei Vorsorge finde. Nordrhein-Westfalen liegt bei der Frauenerwerbsquote - so hat die Enquete-Kommission festgestellt - bei rund 37 % und damit weit hinter den anderen Bundesländern. Wer aber Erwerbs- und Familienarbeit verbinden will, der muss ein vernünftiges Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen machen. Und was tut diese Landesregierung? Für die Schaffung neuer Hort- und Krippenplätze sieht sie für das Jahr 2001 170.000 DM nach 2,7 Millionen DM im laufenden Jahr vor. Das ist ein Rückgang von sage und schreibe 94 %. Meine Damen und Herren, wer den Familien und insbesondere den berufstätigen Frauen in diesem Land so etwas zumutet, der betreibt eine frauen- und familienfeindliche Politik.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

(D)

In seiner Regierungserklärung hat der Ministerpräsident - wir haben das gehört - den verräterischen Satz gesagt: Für den politischen Dax sind wir verantwortlich.

Und er hat weiter gesagt: "Wir werden uns daran messen lassen, ob unsere Aktien noch hoch im Kurs stehen oder nicht."

Wenn man diesen Haushalt liest, hat man den Eindruck: Der Neuen Mitte geht es genau so wie dem Neuen Markt: Seit der Landtagswahl sind die Aktien gefallen, Tag für Tag. Der Grund für diesen schlechten Kurs ist auch klar: Diese Regierung hat keine neue Vision. Sie hat kein neues Projekt, kein neues Ziel. Deshalb entwickelt der politische Markt auch keine Fantasie.

Was das Land braucht, ist Menschlichkeit statt Arroganz, Zukunft, statt Ratlosigkeit. Deshalb braucht das Land eine andere Politik.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rüttgers. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Moron.

**Edgar Moron (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das politische Schaulaufen der beiden Oppositionsführer ist entschieden: Herr Rüttgers hat, was die Lautstärke angeht, eindeutig gewonnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind der lautere gewesen, bei den Argumenten hat es ein bisschen gehapert. Aber Sie haben es jedenfalls so in den Saal hineingebrüllt, dass auch der Letzte in Ihrer Fraktion die Parolen hat verstehen müssen. Nur, Herr Rüttgers, mit der Wirklichkeit unseres Landes hat das, was Sie hier vorgetragen haben, recht wenig zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben Sie auch die Lautstärke benutzt, haben sich hier hingestellt, in einer großen Rede versucht, Ihre Opposition immer noch davon zu überzeugen, dass Sie der richtige Fraktionsvorsitzende sind. Das ist Ihnen offenbar gelungen. Aber, Herr Rüttgers, über das Land selbst haben Sie uns ein Zerrbild geliefert. Ich will Ihnen jetzt auch beweisen, woran es liegt.

(B)

Zu Herrn Möllemann, verehrter Herr Kollege: Sie hatten vorgehabt, in Baden-Württemberg zu reden bzw. in Stuttgart eine schöne Rede zu halten. Man hat Sie dort eingeladen. Dann haben Sie versucht, sich hier ein großes Forum zu besorgen. Sie wollten hier eine Rehabilitationsrede halten, denn Ihre Rede zur Regierungserklärung ist ja gründlich danebengegangen. Die Presse hat ja sehr negativ über Sie berichtet.

Aber das, was Sie heute vorgetragen haben, begründet schon die Tatsache, dass Ihre Parteifreunde Sie in Baden-Württemberg abgelehnt haben

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und gesagt haben: Nein, der soll lieber in Düsseldorf bleiben. Da richtet er vermutlich weniger Schaden an, als wenn er bei uns in Stuttgart reden würde.

(Dr. Gerhard Papke [F.D.P.]: Schwächer geht es nicht!)

(C) Meine Damen und Herren, ich muss schon sagen: Ihre Kollegen gehen ja mit Ihnen ziemlich brutal um. Wir sind dagegen ja recht freundlich zu Ihnen. Wenn ich zum Beispiel lese, dass Ihr Parteifreund, der baden-württembergische F.D.P.-Chef, Walter Döring, in Zusammenhang mit der Frage, ob er sich denn mit Ihnen vergleichen lassen wollte, gesagt hat:

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Toll!)

Ein Vergleich mit Möllemann, das wäre eine grobe Beleidigung.

(Zurufe von der F.D.P.)

Mein Gott, Herr Möllemann, so schlecht werden Sie von uns nun wirklich nicht behandelt. Das haben Sie auch nicht verdient. Sie haben sich redlich bemüht. Aber Ihre Rede ging in vielen Bereichen weit daneben.

Nun beginnt auch in Ihrer Fraktion allmählich die Kritik an Ihnen. Ich lese in einem Artikel der "Rheinischen Post" vor wenigen Tagen, dass in Ihren Reihen mittlerweile auch von Ihnen als "King" gesprochen wird - "King Möllemann", ein toller Titel, den man da für Sie gefunden hat -, aber man sagt auch gleichzeitig: Bei Möllemann funktionieren die Sicherungssysteme nicht. Er darf nicht überziehen.

(D)

Ich sage Ihnen: Ihre Leute haben Recht! Sie sollten öfter auf Ihre eigenen Fraktionskollegen hören!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rüttgers hat eines offenbar schon total verdrängt, dass nämlich die von ihm geführte CDU bei der Landtagswahl eine herbe Niederlage eingesteckt hat.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Müssen Sie gerade sagen!)

Er hat sich schon von Herrn Reul überall als der neue Ministerpräsident feiern lassen. Überall, wo er auftrat, kam als er Ministerpräsident, er ging aber anschließend als Oppositionsführer - einer von zweien.

(Beifall bei der SPD)

Herr Rüttgers, Sie haben immer versucht, den Leuten zu erzählen, dass sei alles eigentlich ein

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Betriebsunfall, es habe mit diesen Spenden zu tun. Ansonsten sei man ganz toll gewesen.

Ich glaube, dass Sie eigentlich besser wissen, dass die Ursache für Ihre eigene Niederlage bei der Landtagswahl bei Ihnen selbst und bei der von Ihnen geführten Partei hier in Düsseldorf und natürlich auch an Ihrem Wahlkampf gelegen hat.

Sie haben ja Recht, wenn Sie sagen - gestern haben Sie es gesagt -: "Die Wahl gewinnt derjenige, der glaubwürdig ist. Glaubwürdigkeit erfordert Übereinstimmung von Wort und Tat." Damit haben Sie Recht. Aber genau weil das bei Ihnen nicht stimmte, haben Sie die Wahl verloren.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen, die heute übers Fernsehen die Debatte verfolgt haben, merken doch, wie sehr Sie auch Ihre Stimme für das, was Sie inhaltlich vortragen, instrumentalisieren und hart an der Wahrheit vorbeireden,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ganz anders als Sie!)

- (B) manchmal sogar bewusst die Unwahrheit sagen, weil Sie glauben, auf diese Weise den Leuten nach dem Munde reden zu können. Nur, das hat genau nichts damit zu tun, dass man glaubwürdige Politik macht. Es ist das exakte Gegenteil von glaubwürdiger Politik. Deshalb haben Sie die Wahl verloren. Deshalb werden Sie, wenn Sie diese Politik so weitermachen, unser Land und diese Landesregierung schlechtreden und auch die Mehrheit unqualifiziert attackieren, die Voraussetzungen nicht schaffen, um eine neue Landtagswahl, die dann in viereinhalb Jahren stattfindet, zu gewinnen. Sie sind auf einem Verliererweg! Das sage ich Ihnen sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Die Landtagwahl haben Sie auch nicht direkt gewonnen!)

- Nein, wir haben auch ein paar Prozent verloren. Das machen wir wieder gut. Wir haben aber die Mehrheit in diesem Land.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben zusammen mit einem Koalitionspartner die Mehrheit in diesem Land. Wenn Sie etwas anderes behaupten wollen, dann schauen Sie sich einmal in diesem Parlament hier um, Herr Opposi-

- tionsführer der drittkleinsten Partei: Also, immer mit der Ruhe! (C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss ehrlich sagen, es hat mich an Ihrer Rede, Herr Rüttgers, Folgendes ungemein gestört: Ein Parlament lebt auch davon, dass man hier auch einmal scharf argumentiert. Darum geht es nicht. Manchmal kann man auch laut sein - bin ich auch manchmal -, aber diesmal haben Sie meiner Meinung nach überzogen. Sie haben so gebrüllt; das war schon unerträglich.

Deshalb habe ich Verständnis, dass der Ministerpräsident gesagt hat: Ich schone meine Ohren, damit ich den Bürgern besser zuhören kann und gehe einmal ein paar Meter weiter. Das ist sehr vernünftig gewesen.

Unfair ist aber, wenn eine geschliffene Rede wie beispielsweise die unseres Finanzministers Peer Steinbrück - ein Mann, der prononciert und gut argumentiert - von Ihnen mit solcher albernen oberflächlichen Larmoyanz begleitet wird, so einer Weinerlichkeit, als wären wir hier in einem Mädchenpensionat.

(Zuruf der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (D) Sie haben in Ihrer Rede mindestens drei- bis viermal das Wort "Lüge" benutzt. Das könnte man genauso gut auf Sie anwenden. Denn Sie haben hier in vielen Bereichen auch nicht die Wahrheit gesagt. Deshalb sollten Sie, der Sie selber in einem Glashaus sitzen, nicht wie wild mit Steinen um sich werfen. Sie sind niemand, an dem wir uns ein Beispiel zu nehmen hätten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, etwas anderes ist für unser Land wichtig. Im Übrigen sprechen wir hier und heute nicht über das Schaulaufen der beiden Oppositionsführer oder darüber, wer besser oder schlechter gewesen ist. Eigentlich ist das im Grunde genommen für das Land völlig unwichtig und unerheblich. Das löst nämlich nicht ein einziges Problem der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Das Problem Nr.1, das sich diese Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen vorgenommen haben und das von keinem der Redner richtig angesprochen worden ist oder nur am Rande gestreift wurde, ist die langfristige und wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Programm, das wir uns zu diesem

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Zweck vorgenommen haben, werden wir Schritt für Schritt realisieren.

Wir sind davon überzeugt, dass wir uns auf einem sehr guten Weg befinden. Wir werden genau dieses Ziel in fünf Jahren erreichen, nämlich die Arbeitslosigkeit von jetzt rund 733.000 auf rund 500.000 zu reduzieren. Nichts in diesem Lande ist wichtiger - weder das Wohlbefinden einer Opposition noch das einer Mehrheit oder was auch immer -, als dass jeder in diesem Land die Möglichkeit hat, einer geregelten, bezahlten Arbeit nachzugehen. Darin liegt das Hauptziel, das wir uns gesetzt haben. Dafür kämpfen wir, und dafür ist dieser Haushalt wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Ziel wollen wir erreichen. Dieser Haushalt muss dazu beitragen, dass wir die Arbeitslosigkeit weiter reduzieren. Und wir befinden uns auf einem guten Weg.

Herr Walsken hat es bereits gesagt: Im November haben wir zum ersten Mal keinen Anstieg mehr zu verzeichnen, sondern die Arbeitslosenquote ist auf dem Niveau des Vormonats geblieben. Das ist positiv; denn der November ist ein klassischer Monat, in dem die Arbeitslosigkeit normalerweise ansteigt.

(B)

Wir gehen auch mit der Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen nach unten. Es gibt heute bereits Arbeitsamtsbezirke in Nordrhein-Westfalen, in denen die Arbeitslosenquote um 6 % beträgt. Das ist vergleichbar mit Ländern wie Baden-Württemberg, Bayern oder anderen, in denen die Arbeitslosenzahlen teilweise sehr niedrig liegen. Wir sind also insgesamt auf dem richtigen Weg.

Man könnte jetzt natürlich sagen, dass das alles Zufall sei und sowieso nichts mit der Politik zu tun habe. Wenn die Arbeitslosenquote steigt, hat selbstverständlich die Politik versagt. Sinkt die Arbeitslosenquote, hat das mit irgendetwas anderem zu tun, vielleicht mit der internationalen Konjunkturentwicklung oder dem besonders preiswertem Euro oder dem teuren Dollar.

Nur sage ich Ihnen: Die Tatsache, dass Arbeitslosigkeit auch in Nordrhein-Westfalen sinkt, ist zu einem ganz wesentlichen Teil die Konsequenz aus einer richtigen Wirtschaftspolitik in unserem

Land. Die wird sowohl hier in Nordrhein-Westfalen als auch in Berlin gemacht.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit insgesamt - auf null werden wir sie nicht herunterbringen, weil das wahrscheinlich angesichts dieser modernen Industrie- und Dienstleistungen nicht mehr zu erreichen ist - wollen wir bei der Jugendarbeitslosigkeit und den langzeitarbeitslosen Jugendlichen auf null herunterkommen. Das ist auch eines unserer wichtigen Ziele. Große Erfolge haben wir dort bereits erzielen können; denn die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen sinkt stärker als die der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Und sie geht weiter nach unten!

Wir sind froh über jeden einzelnen jungen Menschen, der von der Straße wekommt und eine geregelte Arbeit hat, nachdem er einen entsprechenden Beruf erlernt hat, der sein Leben selber gestalten kann und nicht auf Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe oder andere Unterstützung angewiesen ist.

Wie erreichen wir ein solches Ziel? - Nicht, indem wir große Reden halten. Nein, durch kontinuierliche Arbeit auf der Basis unseres Landeshaushaltes, durch die Landesregierung sowie die entsprechenden Behörden unseres Landes, indem wir beispielsweise die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Nordrhein-Westfalen im Augenblick in der Bundesrepublik Deutschland das Gründerland Nr. 1 ist.

(D)

(Beifall bei der SPD)

In keinem anderen Bundesland werden zurzeit so viele neue Unternehmungen gegründet wie hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ist das etwa kein Grund, stolz zu sein?

Es ist überhaupt keine Frage, dass wir einen Nachholbedarf haben. Dass wir diesen Nachholbedarf haben, hat etwas mit unserer Montangeschichte und den großen Unternehmungen in Nordrhein-Westfalen zu tun. Diesen Nachholbedarf bauen wir allerdings kontinuierlich ab. Längst haben wir die Führung übernommen; denn in keinem anderen Bundesland werden so viele Unternehmen gegründet - verbunden damit allerdings

(Edgar Moron [SPD])

- (A) gehen auch viele Unternehmen nachher wieder in den Konkurs - wie hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Wir sind stolz darauf. Diese neuen Unternehmungen - in den letzten vier Jahren waren es 100.000 an der Zahl - haben 800.000 zusätzliche, neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist doch eine hervorragende Bilanz.

Dazu hat sich keiner von Ihnen aus der Opposition geäußert. Für Sie ist das offenbar überhaupt kein Thema. Statt dessen kommen Sie mit irgendwelchen Nickeligkeiten. Aber das Thema, um das es wirklich geht, nämlich "Arbeit für jeden", ignorieren Sie, spielen Sie herunter, vermutlich weil Sie wissen, dass die Bilanz der Landesregierung auf diesem Gebiet sehr gut ausfällt.

Mit plus 3,5 % können wir im ersten Halbjahr dieses Jahres ein hervorragendes Wachstum verzeichnen. Damit liegen wir im Bundesdurchschnitt gesehen gut. Keiner weiß es natürlich genau, aber ich hege die Hoffnung, dass die wirtschaftliche Bilanz und das Wachstum im zweiten Halbjahr in Nordrhein-Westfalen gleich hoch oder nur geringfügig niedriger ausfallen werden.

- (B) In der Investitionsgüterproduktion beträgt die Steigerung bisher in diesem Jahr für Nordrhein-Westfalen 14,2 %. Die Zahl der Auftragsarbeiten ist um fast 20 % gestiegen. Und 42 % aller Unternehmen in Nordrhein-Westfalen planen eine Erweiterung ihrer Produktion. Das sind doch hervorragende Daten! Wollen Sie etwa behaupten, dass wir damit nichts zu tun hätten? - Lieber Herr Kollege Möllemann, das ist auch

(Jürgen W. Möllemann F.D.P.: Sie schreien auch sehr laut!)

- Sie sitzen auch zu nah; vielleicht setzen Sie sich ein bisschen weiter nach hinten - Konsequenz aus einer richtigen Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Haben wir uns denn hier vor irgendjemanden zu verstecken? Vielleicht vor den Bayern oder Baden-Württembergern? Darüber kann ich ja nur lachen. Wenn ich mir anschau, dass bei uns in Nordrhein-Westfalen von den bundesweit 40 umsatzstärksten Unternehmen 20 ihren Sitz haben und wir das Energieland Nr. 1 sind, dass bei uns außer der Allianz in München hier die größten Versicherungen ihren Sitz haben, dass wir in fast allen Wirtschaftsbereichen - vom Maschinenbau bis zur Lebensmittelindustrie - der Schwerpunkt

(C) und das industrielle Herz in Deutschland und vielleicht sogar in ganz Europa sind, sollen wir uns dann für irgendetwas schämen? Da sollen wir vor irgendeiner Opposition sagen: Das hätten wir noch besser machen können! - Nein, liebe Freunde, ich sage Ihnen ganz deutlich: Die Wirtschaftspolitik, die hier in diesem Lande gemacht worden ist und die wir weiter betreiben werden, ist richtig, denn sie garantiert, dass Nordrhein-Westfalen das bleibt, was es ist: die wirtschaftliche, die industrielle und die Dienstleistungsherkammer Europas. Wenn es hier richtig pumpt und das Blut läuft, geht es ganz Deutschland gut. Auf dem Weg befinden wir uns.

(Beifall bei der SPD - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Und Schalke wird Meister!)

- Da werden Sie sich auch irren. Wenn ich es richtig sehe, ist der 1. FC Köln nicht mehr aufzuhalten. Schalke kann vielleicht Herbstmeister werden. Aber Meister wird der FC!

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Herr Möllemann, da hat er Recht!)

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich gibt es Probleme. Das ist überhaupt nicht zu leugnen.

Eines unserer Probleme, vor dem wir im Augenblick stehen, besteht darin, dass wir trotz einer immer noch viel zu hohen Arbeitslosigkeit von über 700.000 Arbeitslosen zur gleichen Zeit bereits einen Arbeitskräftemangel haben. Wir haben einen Facharbeitermangel nicht nur in der Informations- und Kommunikationstechnik, nicht nur bei den neuen Medien, nicht nur bei E-Commerce oder weiß der Himmel, was auch immer, sondern mittlerweile geht der Facharbeitermangel in weite Bereiche der Industrie hinein.

Deshalb muss es ein ganz wesentliches Ziel auch der Landespolitik sein, den Bedarf, den wir an zusätzlichen qualifizierten Arbeitskräften haben, kontinuierlich abzubauen. Auch da sind wir auf einem guten Weg. Wir schätzen im Augenblick, dass wir allein in den Bereichen neue Medien, E-Commerce und Informations- und Kommunikationstechnik in den nächsten Jahren 350.000 zusätzliche Arbeitnehmer brauchen werden, die diese Jobs übernehmen. Dafür müssen wir Voraussetzungen schaffen.

Nokia baut beispielsweise in Bochum ein neues Werk und wird dort etwa 3.500 neue Arbeits-

(Edgar Moron [SPD])

(A) plätze schaffen. Dafür brauchen wir Arbeitskräfte. Deshalb investieren wir in diesem Bereich viel in die Ausbildung. Heute ernten wir auch die ersten Früchte. Jeder vierte Informatikabsolvent einer Universität kommt aus Nordrhein-Westfalen. Wir investieren ganz stark in den Bereich der Fachkräfte für Informationstechnik. 40 % werden in diesem Jahr dort mehr als in den Vorjahren ausgebildet. Wir sind da auf einem guten Weg.

Wir haben hervorragende Schulen, wir haben eine hervorragende Universitätslandschaft, und wir haben eine gute Berufsausbildung. Was dort noch gemacht werden muss, das muss gemacht werden.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das war ein guter Satz!)

- Na gut, den hätte man noch besser machen können.

Bevor wir uns darum kümmern, ob wir ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen, müssen wir erst einmal unsere eigenen Arbeitskräfte in diesem Land qualifizieren und in die frei werdenden Berufe hineinbringen. Das muss unsere primäre Aufgabe sein.

(B) (Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem Zusammenhang ist natürlich auch auf die Schule hinzuweisen. Niemand wird behaupten, es gäbe keine Schulprobleme. Die gibt es in jedem Bundesland in unterschiedlicher Intensität. Dafür ist Schule ein viel zu großes System, viel zu umfassend, als dass es da nicht irgendwo und irgendwann immer Probleme geben würde.

Im Augenblick haben wir in der Tat ein Problem. Wir müssen nämlich freie Stellen besetzen, aber für diese freien Stellen sind zurzeit nicht genügend qualifizierte ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer vorhanden. Das ist das zentrale Problem. Ich kann die Schulministerin, Frau Behler, nur zu ihrer Initiative beglückwünschen, die sie gestern vorgestellt hat. Sie versucht über verschiedene Stellschrauben und mit unterschiedlichen Instrumentarien, aktuell zu helfen. Das ist doch sehr vernünftig. Worin besteht denn das Problem, wenn wir sagen, wir würden auch im nächsten Jahr alle frei werdenden Lehrerstellen wieder besetzen, wenn wir aber gleichzeitig sagen, wir wollten darüber hinaus diejenigen, die wir erst

zum 1. August einstellen würden, bereits vorgezogen ab 1. Februar beschäftigen? Woran kann man denn da Kritik üben? Da muss man doch total beschränkt sein, in seiner Oppositionsrolle total verfangen sein, dass man so etwas auch nur im Ansatz für falsch halten könnte.

Das ist vernünftige Schulpolitik, wie es auch genauso vernünftig ist, dass wir versuchen, dort, wo wir besonders hohe Klassenfrequenzen haben, neue Lehrer einzustellen. Die SPD-Fraktion hat sich das zum Ziel gesetzt. Wir werden in den Haushaltsplanberatungen über den Realschulbereich sehr genau reden und werden das machen, was finanziell darstellbar ist. Wir haben dazu eine Vorstellung. Darüber werden wir mit Ihnen zusammen bei den Haushaltsplanberatungen im Einzelnen reden.

Es bleibt auch bei dem Vertretungspool in der Weise, wie wir ihn haben. Wir wollen ihn eher noch ausweiten. Dafür geben wir viel Geld aus. Wir wissen auch - darüber ist heute bereits gesprochen worden -, dass wir noch bis 2005 ansteigende Schülerzahlen haben. Dann wird es bergab gehen. Wir müssen ein flexibles Instrumentarium schaffen, mit dem wir diesen zusätzlichen Bedarf abdecken können. Dazu ist eine Zahl von circa 6.000 im Gespräch. Wir müssen sehen, wie wir das machen. Das kostet 600 Millionen DM. Dem Finanzminister fallen auch die letzten Haupthaare aus, wenn er das hört. Wir werden aber mit ihm hart ringen müssen. Wir müssen dazu auch Vorschläge machen, wie man das finanzieren kann. Das kann man nicht so einfach in den Saal hineinreden, sondern man muss es nachher auch bezahlen. Wir werden nach Wegen suchen, wie wir das realisieren können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns auch noch andere Dinge vorgenommen, beispielsweise den Englischunterricht ab der 3. Klasse einzuführen. Das ist ein ganz wichtiges bildungspolitisches Ziel, das wir erreichen wollen. Auch dieses Ziel ist ohne zusätzliche Bereitstellung von Geld und Lehrern nicht zu erreichen. Auch das müssen wir realisieren, und wir werden es realisieren.

Ich komme zu einem weiteren Bereich, der in der Haushaltspolitik eine große Rolle spielt und für die Menschen von viel größerem Interesse ist als manchmal das oberflächliche oppositionelle Gekläne, das man hier erlebt.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Na!)

(C)

(D)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Ich muss das einmal deutlich sagen. Da ist so viel Ritual dabei. Ich glaube, dass sich Leute, die so etwas am Fernsehen mitbekommen, eigentlich nur entsetzt von so etwas abwenden müssen, wenn ganz künstlich versucht wird, Kritik dort zu üben, wo es gar nicht notwendig ist. Da sollte man lieber einmal den Finger dahinlegen, wo man es manchmal auch machen kann.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Würde es Sie kränken, wenn ich sage, dass ich das Gefühl habe, Sie machten das auch?)

- Ach, Sie kränken mich doch gar nicht. Kränken tun Sie doch Ihre eigenen Parteifreunde, Herr Möllemann.

Meine Damen und Herren, ein ganz wichtiges Thema für viele Menschen in diesem Land ist die Frage, ob wir mittels einer Ganztagsbetreuung gerade Frauen die Chance geben können, wieder einen Beruf zu ergreifen, den sie vielleicht oder wahrscheinlich sogar erlernt haben, den sie aber nicht mehr haben ausüben können, weil sie ein Kind bekommen haben, und in den sie zurück wollen. Wir haben uns dazu ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Die Schaffung von 200.000 zusätzlichen Ganztagsbetreuungsplätzen bis 2005 ist kein Pappentziel.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das kostet erstens viel Geld, und zweitens muss man dafür manchmal auch unangenehme Entscheidungen treffen. Wir werden versuchen, zusätzliche Gruppen bei "Schule von 8 bis 1" zu schaffen. Wir haben uns vorgenommen, die Gruppenszahl von 4.700 auf 6.800 zu erhöhen. Wir wollen das System "13 plus", d. h. die Nachmittagsbetreuung an den Schulen selbst von 850 auf 4.200 Gruppen verstärken. Wir wollen auch SiT - darüber ist heute bereits gesprochen worden -, d. h. Schülertreffs in Tageseinrichtungen, von 500 auf 3.500 Gruppen erweitern. Das ist ein wahnsinnig anspruchsvolles, teures und schwieriges Unterfangen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es uns vorgenommen, und wir werden es realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden es genauso verwirklichen, wie es uns gelungen ist - darüber reden Sie ja auch nicht -

- beispielsweise bei der Kindergartenbetreuung für alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr eine 100%ige Deckung im Land hinzubekommen. In Nordrhein-Westfalen gibt es im Augenblick für 96 % aller Kinder einen Kindergartenplatz. In den nächsten Jahren werden wir, weil wir weitere Kindergartenplätze zubauen - im nächsten Jahr wieder 1.600 -, in eine Situation kommen, dass wir sogar über 100 % vorhalten. Dann muss aber Schluss sein. (C)

Natürlich ist es so, dass diese Kindergartenplätze nicht an jedem Platz gleichmäßig zur Verfügung stehen, dass es regionale Unterschiede gibt. Daran werden wir arbeiten müssen. Aber die Eltern müssen auch bereit sein, ihr Kind möglicherweise auch einmal mit einem Bus zu einem frei werdenden Kindergartenplatz zu transportieren, und dürfen nicht sagen, der Kindergarten müsse immer direkt um die Ecke liegen. Letztlich müssen nämlich die Kommunen, die Träger und auch das Land das Ganze bezahlen.

Wir haben bei der Kindergartenbetreuung im Land Nordrhein-Westfalen eine hervorragende Bilanz. Wir sind stolz darauf, für jedes Kind in diesem Land einen Platz vorzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Herr Möllemann ist ja viel unterwegs. Er redet mal im Kloster Andechs- im Übrigen gibt es dort ein sehr schönes Lokal.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Da durfte ich!)

Allerdings gibt es dort kein 18-prozentiges Bier. Das Bier, welches es dort gibt, hat einen wesentlich geringeren Alkoholgehalt. An dem Bier kann man sich nicht so schnell berauschen; davon muss man mehr trinken, Herr Möllemann.

Er redet also im Kloster Andechs oder anderswo und kommt viel im Land herum. Herr Steinbrück hat ja schon darauf hingewiesen, dass er ganz offenbar nur Verkehrserfahrungen in Nordrhein-Westfalen hat. Nein, lieber Herr Finanzminister, das glaube ich nicht. Er hat einfach nur versucht, uns hier das Märchen von der staufreien Autobahn - die Herr Möllemann, wenn er nur könnte, natürlich sofort erreichen würde - zu erzählen. Die Bürger wissen, dass dies wirklich absoluter Quatsch ist.

(Beifall bei der SPD)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Bei der Situation, die wir in Nordrhein-Westfalen haben - Transitland Nr. 1 in Europa -, weiß jeder, dass der Verkehr weiter zunehmen wird und Staus wie manches andere auch leider - das muss ich wie jeder andere, der ständig von Staus geplagt wird, sagen - zu unserem Leben dazugehören.

(Lothar Hegemann [CDU]: Ja, mehr Staus!)

- Sie, Herr Hegemann, sollten auch öfter mal im Stau stehen, dann kämen Sie mehr mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt; denn dann könnten Sie sich mal unterhalten, wenn Sie rechts oder links aus dem Fenster sehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Land Staus, obwohl wir 13.000 km Landstraßen, 5.000 km Bundesstraßen und 2.200 km Bundesautobahnen haben. Wir haben aber diese Staus auf den Autobahnen in erster Linie deshalb - wir haben das ja oft gesagt, nur man muss es ständig wiederholen -,

(Marc Eumann [SPD]: Die begreifen das gar nicht!)

- (B) weil vor allen Dingen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten, als CDU/CSU zusammen mit der F.D.P. die Bundesregierung gestellt haben, viele Verkehrsinvestitionen in andere Länder gegangen sind als nach Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nun einmal die meisten Autobahnen mit mehr als 60.000 Fahrzeugen am Tag, die nicht sechsspurig ausgebaut sind.

Jetzt drehen wir das um. Reinhard Klimmt war dafür und Herr Bodewig auch: Nordrhein-Westfalen bekommt mehr Investitionsmittel für den Ausbau der Autobahnen. Endlich wird die neue Bundesregierung zusammen mit uns bei den Autobahnen das tun, was getan werden muss.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Wo denn?)

- An allen Stellen. Sie können es in unserem Koalitionsvertrag, der immer noch im Internet abrufbar ist, nachlesen, wenn Sie denn dieses Medium

beherrschen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P. (C)

(Beifall bei der SPD)

Allein aus den Erlösen der UMTS-Milliarden werden wir in den nächsten 3 Jahren 585 Millionen DM und aus dem Antistauprogramm 1,2 Milliarden DM erhalten. Für die Infrastruktur haben wir im Jahre 2000 3,2 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Das war schwierig. Wir haben mit unseren Koalitionspartnern - jetzt sind wohl alle unsere grünen Freunde bis auf einen

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sieben!)

draußen - über die private Vorfinanzierung von Umgehungsstraßen gerungen.

- Ah, Frau Löhrmann auch. Das habe ich nicht gesehen. Ich bitte um Entschuldigung.

Es war schwierig, dies mit den Grünen durchzubekommen. Wir haben es durchgesetzt und werden zwei Umgehungsstraßen privat vorfinanzieren lassen.

Wir werden auch viel dafür tun, dass der Güterverkehr von der Straße auf die Schiene kommt, beispielsweise durch den Ausbau der Betuwelinie, des Eisernen Rheins und das Errichten von Fracht- und Logistikzentren. (D)

Meine Damen und Herren, das sind alles Vorhaben, die nicht von heute auf morgen zu erreichen sind und realisiert werden können, die wir uns aber vorgenommen haben und die wir Schritt für Schritt auch realisieren werden.

Bei einem Thema - das wundert mich ein bisschen - steht die SPD-Fraktion in der politischen Diskussion im Augenblick ganz offensichtlich allein. Das kann ich eigentlich nicht nachvollziehen. Es handelt sich um den Metrorapid. Dieser Haushalt enthält im Augenblick keine wesentlichen Mittel dafür, weil jetzt erst einmal die Machbarkeitsstudie erstellt wird. Danach wird es aber zu Entscheidungen kommen. Dann wird jeder von Ihnen zu entscheiden haben, ob er dafür ist, dass das modernste Regionalverkehrsmittel, das es gibt, das vermutlich umweltfreundlichste, schnellste und auch leiseste, das einen tatsächlichen Innovationsschub in der Verkehrstechnolo-

(Edgar Moron [SPD])

- (A) gie beinhaltet, hier nach Nordrhein-Westfalen oder nach Bayern kommt.

Ich weiß, dass die CDU vor allem in Nordrhein-Westfalen ein besonderes Faible für den Freistaat Bayern hat. Sie wären ja auch viel lieber im dortigen Landtag als hier bei uns. Aber, meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sehr deutlich sagen: Sie werden irgendwann entscheiden müssen, ob Sie wollen, dass die Milliarden nach Bayern gehen oder ob hier in Nordrhein-Westfalen gebaut wird. Ihre Entscheidung wird das nachher sein!

Bei der F.D.P., die ein regionales Schnellverkehrsmittel, das durchaus in den Entfernungen von 20 bis 30 km sehr effektiv eingesetzt werden kann, als Bimmelbahn bezeichnet, zeigt sich, auf welches intellektuelle bzw. verkehrspolitische Niveau man da stößt.

(Beifall bei der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, wir haben uns in diesem Punkt vor niemandem etwas vorzuwerfen. Ich sage ganz offen: Manches Straßenbauvorhaben hat verdammt lange gedauert, weil wir es mit massiven Bürgereinsprüchen zu tun hatten. Machen wir uns da nichts vor! Wir hätten es oft gern schneller realisiert. Es war nicht so schnell zu realisieren, weil es massive Widerstände der jeweiligen ortsansässigen Bevölkerung gegeben hat.

(B)

Es sind alle - auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU und der F.D.P. - gefragt, ihren Beitrag dazu zu leisten, indem sie auch ihre örtlichen Parteiorganisationen mit einbringen, dass diese jeweiligen Bürgerinitiativen nicht dazu kommen, auf Dauer ein für die gesamte Gesellschaft unabdingbar notwendiges Verkehrsvorhaben zu behindern. Wir müssen es gemeinsam realisieren. Es ist nicht der richtige Weg, sich hier hinzustellen und zu meckern. Helfen Sie lieber vor Ort, dann können Sie tatsächlich etwas Praktisches tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch einen letzten kurzen Bereich ansprechen, der Anlass zu großer Sorge gibt.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das war doch schon der letzte!)

Es geht um die Frage der sozialen Integration vor allem unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Hier haben wir den Eindruck, dass auch bei der CDU in Nordrhein-Westfalen ein Prozess der Neuorientierung eingesetzt hat. Über vieles, was die CDU in diesem Bereich vorgeschlagen hat, werden wir miteinander diskutieren können. Manches ist realistisch und nachvollziehbar, manches sehen wir anders. Wir sind darüber aber zu einem Dialog auch mit der CDU gern und umfassend bereit.

(C)

Meine Damen und Herren, das setzt aber voraus, dass nicht zur gleichen Zeit von der gleichen Partei, nur auf einer anderen Ebene, nämlich der Bundespartei, von einem Repräsentanten, der seine Heimat auch hier in Nordrhein-Westfalen hat - und einer ist ja noch Mitglied in unserem Landtag - in der Frage der Ausländerpolitik und der Integration der Ausländer ein Ton angeschlagen wird, der einen tatsächlich erschrecken lässt.

Ich hoffe, dass sich Herr Rüttgers wenigstens in dieser Frage einmal durchsetzen kann, wenn er sagt, ein allzu konservativer Kurs sei für die CDU verheerend. Wir machen uns keine Sorgen um Sie. Meinetwegen gehen Sie in die politische Bedeutungslosigkeit; das ist Ihre Entscheidung. Aber Sie sind eine große Volkspartei, und es wäre sehr zu begrüßen - ich sage das ganz offen -, wenn in dieser wichtigen Frage - wie gehen wir mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern um? - die beiden großen Volksparteien, nach Möglichkeit aber auch alle anderen politischen Parteien - die Grünen und die F.D.P. - in weiten Bereichen an einem Strang ziehen würden.

(D)

Die Versuchungen sind ja manchmal sehr verlockend. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an "Kinder statt Inder". Das war ja eine solche Versuchung, der Sie ganz offenbar nicht widerstehen konnten, Herr Rüttgers. Wir sollten der Versuchung widerstehen, solche Themen, die in der Öffentlichkeit erst noch überzeugend vorgebracht werden müssen, zu missbrauchen oder zu benutzen, um im Wahlkampf vielleicht noch den einen oder anderen Prozentpunkt zu machen. Wer dann nach Wählern am rechten Rand fischt, riskiert gleichzeitig die demokratische Substanz unseres Landes. Ich kann nur hoffen, dass die CDU diesen Weg nicht geht und dass Sie sich in dieser Frage durchsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Herr Rüttgers, Sie haben hier versucht, der stauenden Öffentlichkeit klarzumachen, dass die Regierungskoalition sozusagen Initiativen, die Sie entwickelt hätten, aufgegriffen habe. Sie haben einiges erwähnt, wie beispielsweise Volksbegehren, Volksentscheid und anderes. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Sie kannten unseren Koalitionsvertrag und haben unsere politischen Ziele dort ablesen können.

Anschließend haben Sie das, was wir geschrieben haben - die Reduzierung von 20 % auf 10 % -, für sich übernommen und schnell einen Antrag, der mit heißer Nadel gestrickt war, in den Landtag eingebracht, um ein Thema zu besetzen. Wenn das Ihre Politik ist und Sie stolz darauf sind, dann lassen wir Sie gern damit allein.

Wir machen in diesem Punkt eine sehr genaue Prüfung des Sachverhalts. Wir werden von uns aus nicht zu Schnellschüssen greifen. Das - und das unterscheidet uns, Herr Rüttgers, aber das hat nichts mit Arroganz, sondern nur mit Mehrheitsverhältnissen zu tun -, was wir diesem Landtag hier vorschlagen, muss auch in allen Punkten stimmig sein. Das muss, wenn es beschlossen wird, auch als Gesetz funktionieren.

- (B) Deshalb werden wir uns auch in allen Fragen nicht von populistischen Anträgen der Opposition treiben lassen. Wir lassen uns nur bewegen und treiben von dem, was wir politisch wollen. Wenn wir es dann auch entsprechend inhaltlich gut vorbereitet haben, werden wir den Landtag damit beschäftigen. Die ersten Beispiele dafür werden Sie noch in dieser Woche erleben. Dann werden wir nämlich tatsächlich einmal auf der Basis eines fundierten Gesetzentwurfs über Volksbegehren, Volksentscheid und Volksinitiative reden können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Ministerpräsident, Sie sind heute hier, wie ich fand, zum Teil sehr aggressiv und unfair von der Opposition attackiert worden. Ich kann Ihnen und den Mitgliedern des Kabinetts nur sagen: Sie sind mit Ihrer Politik auf einem richtigen Weg. Sie können sich auf die Unterstützung, die Solidarität und die Zuarbeit der beiden Fraktionen verlassen. Ich kann nur für meine Fraktion sprechen, die SPD-Fraktion; aber ich gehe davon aus, dass das für beide Fraktionen gilt. Lassen Sie sich nicht von den Oppositionsfraktionen in ihrer Konkurrenz, wer denn nun in der Opposition die Num-

mer 1 ist, irritieren. Wir sind auf einem richtigen Weg. Wir führen ihn weiter. Wir werden uns im Jahr 2005 mit unserer Bilanz den Wählern stellen. Das ist unser Ziel. - Herzlichen Dank. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Moron. - Das Wort hat jetzt für die F.D.P.-Fraktion Frau Freimuth.

**Angela Freimuth (F.D.P.):** Herr Moron, ich mache zwei Bemerkungen vorab. Sie haben zu Beginn Ihrer Rede gesagt: Stimme instrumentalisieren. Und Sie haben von glaubwürdiger Politik gesprochen.

Ich finde, dass Sie das sehr, sehr treffend beschrieben haben, was Ihre Stimme angeht.

Was die glaubwürdige Politik angeht, möchte ich das, was hier vorhin schon gesagt worden ist, aufnehmen. Ich kann mich noch gut an das Wahlkampfplakat erinnern, weil ich es mit großer Überraschung zur Kenntnis genommen habe: "Auch wenn es einigen nicht passt - wir sorgen dafür, dass es mehr Lehrer gibt." Wir können gern darüber streiten, ob die Situation bedauerlich ist, dass diese Landesregierung sich nicht in der Lage sieht, die Lehrerstellen in den Haushalt einzustellen. Aber lassen Sie uns doch bitte in dem Punkt wenigstens bei der Einigkeit bleiben, dass diese Lehrer in Nordrhein-Westfalen tatsächlich fehlen. (D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich mache noch eine Bemerkung vorab zur Chemie innerhalb der F.D.P., die ja hier zahlreiche Redner ausgesprochen besorgte. Lassen Sie das einfach schön unsere Sorge sein. Bei uns klappt Streitkultur nämlich ganz wunderbar.

(Beifall bei der F.D.P.)

Albert Einstein hat 1932 gesagt: "Unser Handeln sei getragen von dem stets lebendigen Bewusstsein, dass die Menschen in ihrem Denken, Fühlen und Tun nicht frei sind, sondern ebenso kausal gebunden wie die Gestirne in ihrer Bewegung." Dabei war Albert Einstein gar nicht Finanzminister, sondern lediglich Genie. Hellseherische Fähigkeiten hatte er aber wohl dennoch, weil dieser

(Angela Freimuth [F.D.P.]

- (A) Ausspruch ebenso auch für Sie, Herr Steinbrück, gedacht sein könnte.

Ich glaube Ihnen und nehme Ihnen das ab, dass Sie bemüht sind, den Haushalt zu konsolidieren. Ich bin Ihnen auch sehr dankbar dafür, dass Sie zwei Stichworte in die Diskussion eingebracht haben, nämlich Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Da schließe ich mich an das an, was der Kollege Diegel heute Morgen gesagt hat.

Allerdings habe ich meine Schwierigkeiten, wenn Sie die Vorwürfe und Vorhaltungen in Bezug auf die Nettoneuverschuldung mit Entrüstung in Bausch und Bogen zurückweisen. Ich will Ihnen gern unterstellen, dass Sie das selbst bedauern. Aber lassen Sie uns das doch einfach auch nicht schönreden.

Ich habe das einmal ausgerechnet. Der Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt zum 30. September 2000 nach Ihren Zahlen 156 Milliarden DM. Auf der Grundlage der 1999 in Nordrhein-Westfalen lebend geborenen Säuglinge - 177.000 an der Zahl - macht das pro neugeborenem menschlichen Wesen hier in Nordrhein-Westfalen eine negative Eröffnungsbilanz von 882.000 DM. Es tut mir wirklich Leid. Ich finde das verantwortungslos. Wir sollten das auch nicht beschönigen. Das ist ganz bitter, was hier in Nordrhein-Westfalen abgeht. Ich will einräumen, dass das in den anderen Ländern und auch im Bund nicht zwingend besser ist. Aber lassen Sie uns doch nicht an den Realitäten vorbeireden. Mit einem solchen Schuldenstand sieht die Situation schlicht und ergreifend ziemlich mies aus.

- (B) (Dr. Axel Horstmann [SPD]: Haben Sie die Formel auch von Einstein?)

Die Begriffe Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit haben schon etwas damit zu tun, wie sehr wir Kreativität, Mittel und Einsparpotenziale nutzen, um diese Nettoneuverschuldung und überhaupt unsere Verschuldung zurückzuschrauben.

Das wollte ich einfach zu Ihren Vorwürfen sagen, Herr Minister, die mich in der Sache erstaunt und in der Heftigkeit etwas erschreckt haben. Ich hatte Sie so im Vorfeld eigentlich nicht verstanden. Wie gesagt: Ihr Bemühen, Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau als oberste Priorität auch festzuschreiben, erkenne ich an. Ich glaube Ihnen auch, dass das, was Sie in Ihren

Fraktionen bzw. mit Ihren Kabinettskollegen aus-tragen, nicht immer vergnügungsteuerpflichtig ist. Sie haben in Ihrer Rede so schön gesagt: "Da musste erst einmal ein Finanzminister mit einem breiten Rücken kommen." Ich hoffe aber, das ist nicht der alleinige Punkt; denn das würde einige Rückschlüsse auf das Rückgrat der anderen Kabinettsmitglieder zulassen.

Ich will nochmals eine Zahl in die Diskussion einbringen: Wir haben im Augenblick eine Zinslast von über 9 Milliarden DM. Von diesen 9 Milliarden DM könnte man 91.000 Lehrer für ein Jahr bzw. ungefähr 7.600 Lehrer für zwölf Jahre beschäftigen, also genau die zurzeit fehlende Lehrerzahl. Sie wissen, dass wir das Abitur in zwölf Jahren wollen, und einen Turn zusätzlicher Lehrerstellen kriegte man so lässig finanziert.

(Zuruf von der SPD: Sehr mutig!)

Man könnte auch Straßen bauen, Haftplätze in den Justizvollzugsanstalten ausbauen, Ministerien er- oder Gästehäuser einrichten oder auch Bezüge von im einstweiligen Ruhestand versauernden Generalstaatsanwälten finanzieren. Es gibt also eine ganze Menge Möglichkeiten, was man mit diesen 9 Milliarden DM machen könnte.

Die Realität ist aber so, dass wir schlicht und ergreifend bittere und teure Zinsen zahlen. Es zahlen die heutigen Steuerzahler und diejenigen, die in der nächsten Generation hoffentlich erwerbstätig sein können und aus diesem Grunde Steuern zahlen müssen. Das alles ist eine absolut unverantwortliche Politik zulasten nachfolgender Generationen. Das ist eben gerade nicht nachhaltig.

(Zuruf von der SPD: Das müssen Sie gerade sagen!)

- Ich lasse mir gern alles von Ihnen sagen. Aber ich habe Sie vorhin auch ausreden lassen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber manchmal fällt es schwer!)

- Das glaube ich Ihnen, aber was glauben Sie, was mir alles schwer fällt, Herr Eumann!

Herr Steinbrück, Sie haben in Ihrer Rede vieles angesprochen. Einiges will ich noch einmal aufgreifen. Aber manches ist zu kurz gekommen. Damit meine ich z. B. den Bereich des Personalabbaus.

(C)

(D)

(Angela Freimuth [F.D.P.])

- (A) Ich unterstelle Ihnen, dass Sie bemüht sind, den Personalstand des Landes und die Personalquote zurückzufahren. Aber es reicht schlicht und ergreifend nicht aus, immer nur zu fordern, dass 13.000 kw-Vermerke - oder wie viele es auch immer gerade sein mögen - realisiert werden müssten. Es reicht auch nicht, einfach nur zu fordern, es müsse wieder eine neue Aufgabenkritik her.

Ich muss offen gestehen: All das, was ich mittlerweile an Organisationsgutachten gelesen habe, kommt mir zum Halse heraus. Es ist bereits in genügendem Maße festgestellt worden, wo Aufgaben privatisiert werden können bzw. Verwaltung verschlankt werden kann. Aber ich habe manchmal den Eindruck, bei Ihnen bekommen einige Kollegen Pickel, wenn sie das Wort "Aufgabenprivatisierung" nur hören - von der Privatisierung von Landesbeteiligungen ganz zu schweigen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich lasse mich aber gerne eines Besseren belehren. Vielleicht kriegen wir das in den Haushaltsberatungen geregelt, die in den nächsten Wochen und Monaten unweigerlich anstehen, weil -

- (B) verschärft durch zwei Ergänzungsvorlagen und vielleicht noch irgendwann einen Nachtragshaushalt - das alles auf uns zukommt.

Insofern will ich dieser heutigen Diskussion und auch dem Gang durch die Einzelpläne nicht voreweggreifen. Einen Punkt möchte ich aber ansprechen, der auch von Ihnen unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit und der Nachhaltigkeit besonders hervorgehoben worden ist. Das ist die verstärkte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sicher ein sehr wichtiges Anliegen.

In diesem Zusammenhang habe ich aber die Bitte, dass wir stärker von der Perspektive des Kindes aus die Sache betrachten. Es reicht nämlich nicht aus, schlicht und ergreifend die Kinderbetreuungsangebote im Land zu reinen Verwahrnstannten zu machen. Das mag dann zwar für die Eltern beruhigend sein, aber für die Kinder ist es trotzdem verfehlt. Insofern rege ich an, dass man noch einmal über eine Änderung des GTK nachdenkt.

(Zuruf von der SPD: Das ist der Widerspruch unserer Zeit! - Renate Drewke [SPD]: Haben Sie das schon einmal gelesen?)

- (C) - Ich habe das schon gelesen, Frau Drewke, und Sie wissen das auch ganz genau. Wir haben uns doch darüber schon ein paarmal unterhalten.

(Renate Drewke [SPD]: Gucken Sie noch einmal hinein!)

Ich habe noch einen Nachtrag zum Thema der Aufgabenprivatisierung. Herr Steinbrück, im Zusammenhang mit den Förderprogrammen haben Sie einiges gesagt. Der Landesrechnungshof hat im Sommer zum wiederholten Male angemahnt, dass es diesbezüglich endlich zu einem Controlling kommen müsse. Die Förderprogramme gehören komplett auf den Prüfstand.

Ich finde es deshalb sehr gut, dass Sie offensichtlich mit der Arbeit tatsächlich begonnen haben. Ich frage mich allerdings, warum das erst jetzt geschieht und was in all den Jahren zuvor geschehen ist. Vielleicht sind Sie nicht unbedingt derjenige, der darauf antworten kann, denn Sie tragen noch nicht so lange Verantwortung in diesem Land. Aber Sie haben einige Kabinettskollegen, die dazu vielleicht Auskunft geben können.

Ich halte den Bereich für sehr wichtig, weil wir uns - wie auch Sie das herausgestellt haben - ganz klar darüber sein müssen, dass sich das Land nicht in allen Bereichen engagieren kann. Wir werden Schwerpunkte setzen müssen. Umso mehr bedaure ich, dass in diesem Haushalt - jedenfalls ist das für mich nicht erkennbar - diese Schwerpunkte nicht gesetzt worden sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Steinbrück, Sie beklagten vorhin, dass niemand auf die Steuerreform eingehe. Ich glaube, irgendwann machen wir das in einer kleineren Runde. Wir können das dann bis zum Exzess durchdiskutieren.

Sie haben aber eine Steuerreform auf der Bundesebene mitgetragen, die nach wie vor erhebliche Benachteiligungen für mittelständische Unternehmen, für Handwerker, für Freiberufler, für Selbstständige und für Arbeitnehmer beinhaltet. Diese Steuerreform begünstigt die Großkapitalgesellschaften in unverhältnismäßiger Weise.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Das höre ich das erste Mal!)

- Darüber können wir gerne streiten.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das ist so!)

(D)

(Angela Freimuth [F.D.P.]

- (A) Für mich ist das eine vollkommen verfehlte Politik, und zwar gerade im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigungssituation und auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Das ist in der Tat einer der wichtigsten Punkte. Wenn wir da nicht ansetzen, Menschen in Beschäftigung zu bekommen, dann werden wir die Einnahmeseite des Landes nie in den Griff bekommen. Dann ist es auch vollkommen egal, ob daran der Bund oder irgendein anderes Land schuld ist. Das ist eine Hausaufgabe, die wir machen können und müssen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch Sie als Landesregierung können über den Bundesrat oder über Ihre parteipolitischen Kontakte Einfluss auf die Bundesregierung nehmen. Es ist meine dringende Bitte an Sie, das endlich zu tun und für Nachbesserung zu sorgen. Es geht wirklich um viele Arbeitsplätze auch in Nordrhein-Westfalen.

Wir werden uns morgen mit der Verbraucherinsolvenz beschäftigen, aber auch die Unternehmensinsolvenz ist ein ganz spannender Bereich in diesem Zusammenhang.

- (B) (Beifall bei der F.D.P.)

Frau Müller hat gerade auch schon gesagt, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht unbedingt vollkommen frei sind. Immer mehr Entscheidungen werden in der Tat in Brüssel und in Berlin getroffen. Einige haben wir von Ihnen auch genannt bekommen. Ein Teil war die Steuerreform.

Noch eine Ergänzung zur Rentenreform: Für uns als Liberale ist es nach wie vor völlig inakzeptabel, dass die Rentenversicherten letztlich eine Beitragsquote von 26 % zu tragen haben. Das ist exorbitant zu hoch. Ich rege dringend an, dass wir die Diskussion gerade unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit unter Berücksichtigung des demographischen Faktors neu und vielleicht auch einmal ganz grundsätzlich anstrengen, ob wir mit den sozialen Sicherungssystemen in den bestehenden Formen dauerhaft weiterkommen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zur Föderalismusdiskussion: Ich fand es übrigens sehr charmant, wie Sie das letzte Woche eingeleitet haben. Vor meinem geistigen Auge sah ich

- (C) schon die Herren Clement und Samland irgendwo in der EU bei den Regierungschefs- oder Außenministerkonferenzen.

Nichtsdestotrotz ist das Gewicht Nordrhein-Westfalens innerhalb der Bundesrepublik erheblich. Da will ich jetzt gar nicht auf die 80 kg oder 100 kg und die von Ihnen, Herr Minister, in anderem Zusammenhang eingeführten 6 Bier abstellen, sondern bitte Sie dringend, die Möglichkeiten, die Sie haben, zu nutzen. Manchmal habe ich so meine Zweifel, ob die wirklich in dem Umfang vorhanden sind.

(Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Ich habe gewisse Zweifel, ob Sie wissen, wovon Sie reden!)

Werden Sie trotzdem nicht müde, das weiterhin zu probieren!

Es gibt übrigens noch so ein Damoklesschwert, das über dem Land und der Landeskasse hängt und in Ihrer Einbringungsrede, Herr Steinbrück, überhaupt nicht auftaucht: die Justizreform, die Reform der Zivilprozessordnung, die die Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin angestrengt hat. Nach einem Gutachten, das Justizminister Dieckmann in Auftrag gegeben hat, kostet sie das Land jedes Jahr 19 Millionen DM. Man kann natürlich sagen: Was sind schon 19 Millionen DM bei einem Gesamtvolumen von 93 Milliarden DM? Aber immerhin nähert man sich mit 19 Millionen DM langsam der Verfassungsmäßigkeitsgrenze, weil immer mehr dazu kommt. Es geht dabei nicht nur um das Geld, sondern die beabsichtigte Justizreform ist eine absolut nicht zu rechtfertigende Verkürzung des Rechtsschutzes der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(D) Deshalb bitte ich Sie nachdrücklich, sich gegen diese Justizreform zu wenden, auch wenn Sie meinerwegen die Kostenbelastung für das Land Nordrhein-Westfalen als Argument anführen müssen. Stoppen Sie diesen Unsinn! Die Justizministerin ist gegen alle Sachverständigenempfehlungen über alle Parteigrenzen hinweg absolut beratungsresistent. Vielleicht können Sie da mehr erreichen. Das ist meine dringende Bitte, auch im Interesse Ihres eigenen Haushalts.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, den Frau Müller vorhin nannte und bei dem wir eine grundsätzlich andere Auffassung haben. Sie sagte

(Angela Freimuth [F.D.P.]

(A) vorhin, Sparen sei nicht so wichtig. Meine Damen und Herren, Sparen ist die einzige Möglichkeit, die wir als Landtag und Sie als Landesregierung haben ---

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist ein Missverständnis!)

- Ich kann das mit ihr persönlich besprechen; ich habe mit ihr persönlich überhaupt keinen Stress. Deshalb brauchen wir das nicht überzubewerten.

Sie hat vorhin gesagt, Sparen sei nicht die Hauptaufgabe; darauf sollte man sich nicht in erster Linie konzentrieren. Ich sehe das grundsätzlich anders. Beim Sparen stehen wir als Landesparlament und auch Sie als Landesregierung in der vollen Verantwortung. Wir werden die Finanzsituation in NRW nicht anders in den Griff kriegen. Wir werden nicht von unseren Schulden herunterkommen, wenn wir unser eigenes Ausgabeverhalten nicht endlich sparsamer ausrichten.

Zum Thema "Förderprogramme": Eines ist mir bitter aufgestoßen, als ich das in der Rede noch einmal nachgelesen habe. Da wurde plötzlich gesagt: Wir werden Schwerpunkte setzen. Ich bitte Sie, diese Frage ernst zu nehmen und nachher zu beantworten; es kann ja sein, dass ich Sie fahrlässig oder böswillig, wie auch immer, oder einfach nur grundlegend missverstanden habe. Vielleicht kann auch Herr Clement etwas dazu ausführen.

(B)

Die Schwerpunkte, die Sie im Land mit der Förderpolitik bislang gesetzt haben, sind nicht transparent. Wenn Sie sagen, wir werden diese Förderprogramme einer gründlichen Prüfung unterziehen, so ist das kein neues Problem; das könnte schon in diesem Haushalt berücksichtigt sein. Bislang haben weder ich noch meine Kollegen gefunden, wo bei Förderprogrammen der Sparansatz berücksichtigt worden ist.

Das sind ein paar Punkte, bei denen wir die Kritik, die heute schon von anderen Kolleginnen und Kollegen vorgetragen worden ist, noch einmal mit Nachdruck unterstützen.

Ich habe vorhin schon einmal die Frage der Verfassungsmäßigkeit angesprochen - insofern bitte ich Sie, mir das Durcheinander ein bisschen nachzusehen -: Investitionsquote 9,8 % und Neuverschuldung 9,3 %. Nun kann man natürlich sagen: Ein gutes Pferd springt knapp. Ich halte das aber,

was die Frage der Verfassungsmäßigkeit angeht, nicht für die geeignete Diskussion. Insbesondere stellt sich mir die Frage - vielleicht kann man das im Vorgriff auf Tagesordnungspunkt 4 gleich mit abarbeiten -: Fallen die Investitionen für Gebäudesanierung, für Instandhaltungsarbeiten, für Neuerichtungen aus der Investitionsquote heraus, und, wenn ja: in welcher Höhe? Es wäre interessant zu sehen, wie es dann mit der Verfassungsmäßigkeit aussieht.

(C)

Lassen Sie mich zum Schluss wiederholen: Ich nehme Ihnen den persönlichen Wunsch ab, dass Sie die Perspektiven, die Sie aufgezeigt haben - Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit -, mit diesem Haushalt, wie Sie selber eingeräumt haben, zwar noch nicht erfüllen können, aber mittelfristig erreichen wollen. Ich bin trotzdem sehr enttäuscht gewesen. Der Haushalt ist leider auch phantasielos, und es bleibt die Frage: Wie lange wollen Sie warten, bis Sie einen perspektivischen Haushalt vorlegen? Was muss in diesem Land passieren, damit das möglich ist?

Zum Abschluss will ich noch einmal Albert Einstein bemühen: "Es lässt sich schwer sagen, was Wahrheit ist; aber manchmal ist es leicht, etwas Falsches zu erkennen." Bei diesem Landeshaushalt ist einiges falsch. - Vielen Dank.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Löhrmann das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Ich sage jetzt nicht, warum Herr Möllemann hinausgeht; aber ich weiß es.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, die Debatte, die ja anders werden sollte, weil wir jetzt zwei Oppositionsparteien haben, ist im Wesentlichen so verlaufen, wie ich es mir, nachdem wir im Ältestenrat darüber gesprochen hatten, ungefähr vorgestellt habe. Denn die einen sagen, alles sei furchtbar, während die anderen in unterschiedlicher Akzentuierung sagen, alles sei ganz wunderbar. Ich persönlich möchte für unsere Fraktion dafür plädieren, dass wir uns um eine

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) möglichst ehrliche und in sich stimmige Argumentation in der Debatte bemühen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich plädiere auch immer dafür, mit der Schwarz-Weiß-Malerei aufzuhören, weil es die Leute satt haben, sich vorzustellen, dass, wenn eine Regierung abgelöst ist, im nächsten Moment alles sofort anders wird. Man sollte versuchen anzuerkennen, wenn an bestimmten Stellen unstrittig etwas in die richtige Richtung geht. In einer anderen Situation sollte man auf Probleme hinweisen. Das ist völlig legitim. Das ist auch unsere Aufgabe als Regierungsfraktion.

Frau Freimuth mag ja sagen, ihr gefalle dies oder jenes an der Steuerreform nicht. Aber dass dies die größte Steuerreform ist, die es in der Bundesrepublik Deutschland je gegeben hat, muss man doch wissen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das hat natürlich auch etwas mit diesem Haushalt zu tun.

Der gleiche Widerspruch besteht darin - das will ich vorab sagen - und ist dann auch am augenfälligsten, dass man einerseits die Personalentwicklung beklagt und sich andererseits mit neuen Personalstellen, die man in diesem Haushaltsentwurf alle schon drin haben will, überbietet. Diesen Widerspruch können Sie auch nicht auflösen, so wie Sie ihn in die Debatte einführen. Sie provozieren damit im Grunde Enttäuschung bei den Leuten, die sich da etwas erhoffen.

- (B)

Insofern plädiere ich für mehr Ehrlichkeit. Ich will auch nicht, wie es die anderen weitestgehend getan haben - insbesondere Herr Rüttgers und Herr Möllemann -, die Debatte über die Regierungserklärung wiederholen. Vielmehr möchte ich, wenn wir schon einmal zu einer Art Generalaussprache kommen, die Gelegenheit nutzen zu würdigen, was in den vergangenen Monaten passiert ist.

Der in der vergangenen Woche von Finanzminister Steinbrück eingebrachte Haushalt für 2001 ist, meine Damen und Herren, der erste Haushalt in der Neuauflage der rot-grünen Koalition in NRW.

(Zuruf von der F.D.P.: Das ist wahr!)

Wir haben nun eine erste Wegstrecke mit unserem ambitionierten Koalitionsprogramm zurückgelegt. In einer ersten Bilanz nach diesem halben Jahr kann ich sagen: Es ist beachtlich, was wir bisher auf den Weg gebracht haben.

(C)

Und: Herr Rüttgers, es kommt nicht darauf an, was man quantitativ vorlegt, sondern darauf, was man qualitativ vorlegt. Sie orientieren sich offensichtlich jetzt ein bisschen an den vielen kleinen, schnell eingebrachten Anfragen und Anträgen der F.D.P., und meinen, Sie müssten quantitativ mithalten. Aber wir wollen die Sachen lieber vernünftig vorbesprechen, um hier vernünftig etwas einzubringen und zu beraten. Und wir lassen uns dann lieber einen Monat mehr Zeit.

(Zuruf von der CDU: Kommen Sie zu Ihrem Grundsatz zurück!)

- Ja, ich komme auf meinen Grundsatz zurück.

Vorab möchte ich Folgendes anmerken. Das Klima unserer Koalition hat sich deutlich verbessert. Es macht sogar richtig Spaß, in dieser Koalition zu arbeiten - nicht immer, aber immer öfter, nicht bei allen Problemen, aber bei der Suche nach Lösungen.

(Zuruf von der F.D.P.: Der Frust wird immer größer!)

Es gibt eine neue Kultur des Miteinander, nicht nur in meiner Fraktion, sondern in der Koalition. Ich begrüße sehr, Herr Ministerpräsident und lieber Kollege Moron, dass die SPD begriffen zu haben scheint: NRW wird rot und grün regiert.

(D)

(Zuruf von der F.D.P.: Aber nicht mehr lange!)

Das gemeinsame Ziel, die Zukunft unseres Landes für die Menschen zu gestalten, steht im Vordergrund. Der Wille zum Erfolg ist da. Wir Grünen wollen den Erfolg dieser Regierung und legen uns dafür ins Zeug. Das merken Sie hier im Hause, und das merken die Menschen draußen.

Es macht auch deshalb Spaß, meine Damen und Herren, weil der grüne Anteil an der Regierung und der Koalition deutlich sichtbar ist. Da gibt es das in der vergangenen Woche hier beschlossene Projekt "NRW-Schule 21" - eine Chance für die Schulen unseres Landes für mehr Selbstständigkeit, Profil und pädagogische Weiterentwicklung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Wenn Herr Möllemann eben gelobt hat, dass wir mehr Autonomie geben wollen, dann wundert es mich, dass Herr Witzel in der letzten Woche so heftig dagegen gesprochen hat.

In diesen Tagen, ganz aktuell, steht auf der Tagesordnung die Gesetzesinitiative zu Volksbegehren und Volksentscheid, mit der wir den Bürgerinnen und Bürgern mehr Spielraum zur Eigeninitiative ermöglichen wollen und mehr Demokratie auf Landesebene wagen. Es bleibt richtig, Herr Kollege Moron, dass da CDU und Grüne enger beieinander waren, und die SPD ist diejenige - wir mussten in dem Verfahren ja auch noch eine Schleife drehen -, bei der die Bremse ein bisschen gelockert werden muss. Dafür, dass wir das Vorhaben wirklich durchsetzen, gehe ich mit Herrn Rüttgers auch gern noch einmal zum Abendessen.

(Oh-Rufe)

Ich nenne auch die Initiative, den Tierschutz in der Verfassung zu verankern. Diese Initiative ist auf Bundesebene unter anderem an der Sturheit der CDU gescheitert. Aber in NRW setzen wir sie um und führen sie zum Erfolg. Ich sehe also, wo die CDU vernünftig wird. Ich sehe aber auch, wo sie nach wie vor Fehler macht. Ich nehme mir heraus, dass ich hier beides benenne: das, was wir gut finden, und das, was wir nicht so gut finden.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Weiter nenne ich - wiederum ganz aktuell - das Bau- und Liegenschaftsmanagement. Hier liegt eine Chance für die effiziente Verwaltung und den wirtschaftlichen Betrieb des landeseigenen Immobilienvermögens. Das Projekt trägt den Stempel unseres grünen Bauministers.

Ferner nenne ich die konsequente grüne Umwelt- und Landwirtschaftsministerin in ihrem Kampf gegen BSE, für eine ökologische Agrarpolitik und den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie erhält für ihre Arbeit bundesweit Anerkennung und Achtung.

Wir Koalitionsfraktionen setzen heute zwei Enquete-Kommissionen ein, die wichtige Fragen der Frauen- und Gesundheitspolitik sowie der Städtepolitik zukunftsorientiert anpacken und aufarbeiten sollen.

Das ist noch längst nicht alles, was wir gemacht haben. Aber ich finde, für die Arbeit eines halben Jahres kann sich das sehen lassen.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist richtig: In der nächsten Zeit stehen große Aufgaben vor uns. Der Bildungspolitik, wo wir Personal aufstocken werden, der Entwicklung der neuen Medien mit zunehmender internationaler Bedeutung und dem wachsenden Bedarf an qualitativen Betreuungsangeboten müssen wir größere Beachtung schenken. Es wurde gesagt, wir hätten in NRW Verwahranstalten. Aber wer sich in den Kindergärten umguckt und den etwas abgesenkten Personalschlüssel bedenkt, weiß und muss anerkennen, dass wir hier insgesamt sehr hochwertige Betreuungsangebote haben

(Beifall bei den GRÜNEN)

und dass Ihre Schwarz-Weiß-Malerei nicht zutreffend ist. Das wissen die Leute auch. Man kann nicht einerseits sagen, man wolle das alles fort-schreiben, andererseits aber nicht sehen, dass der Druck ganz entscheidend war, den die Träger, die Kirchen auf uns ausgeübt haben mit den Worten: Wir steigen aus, wenn nicht eine bestimmte Einsparung vorgenommen wird.

(D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Tun Sie doch nicht so, als hätten Sie das Geld in Kübeln und müssten es nur in die Fachbereiche stecken! Es ist unredlich, hier so zu tun, als könnten Sie in jedem Fachbereich 120 % liefern.

Zu einem Thema, das eine große Rolle spielt: Wir haben letzte Woche aufgrund eines Antrags der CDU-Fraktion bestimmte Bausteine zum Abbau des Fachlehrermangels besprochen. Ich habe Felder genannt; die Opposition hat Punkte genannt. Die Ministerin hat ihre Vorschläge eine Woche später bekannt gegeben. Freuen Sie sich doch darüber, dass das gemacht wird! Sagen Sie doch nicht: Das ist jetzt aber blöd! Dieses und jenes gefällt uns nicht. - Begrüßen Sie doch das, was für die Schulen gut gemacht wird, dass es langsam, aber stetig aufwärts geht.

Sie sagen, in diesem Haushalt stehe nicht mehr Geld für Lehrerinnen und Lehrer bereit als im letzten. Das stimmt nicht. Wir haben bereits beim Haushalt 1999 ein Initiativprogramm Bildung be-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) schlossen mit einem sehr großen Kraftaufwand, mit 2000 zusätzlichen Stellen, die bis 2006 fortgeschrieben sind. Dieses Programm wird auch in diesem Jahr fortgeschrieben. In diesem Jahr sind 6.200 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden. Davon entfielen 5.000 auf Wiederbesetzungen; die anderen 1.200 Stellen haben wir im letzten und in diesem Jahr zusätzlich beschlossen. Das muss zur Kenntnis genommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch ich würde gerne mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Aber ich weiß: Ich kann es nicht redlich finanzieren, wenn ich eine nachhaltige Finanzpolitik ernst nehme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Finanzpolitik wird aufgrund von nicht immer selbst bestimmbar oder vorhersehbaren Rahmenbedingungen gerade in den kommenden Jahren vor schwierigen Problemen stehen. Auch da wird es nur langsam, aber stetig aufwärts gehen. So hat Frau Müller zu Recht argumentiert.

- (B) Die Aufgabe der Integrations- und Migrationspolitik besteht darin, die Menschen unseres Landes ernst zu nehmen, egal woher sie kommen, ihnen Orientierung und Chancen zu bieten, und zwar allen hier Lebenden, allen hier Geborenen ohne Ansehen der Person, so wie es in unserem Grundgesetz steht.

Die Verkehrspolitik darf die Anstrengungen beim Klimaschutz nicht konterkarieren, muss aber dem ÖPNV und vor allem der Bahn Dampf machen. Das beste Staubekämpfungsprogramm ist ein attraktive, sichere, saubere und schnelle Bahn im Nah- und Fernverkehr und eine Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraße. Das ist das beste Programm, das wir bieten können. Mich ärgert hier als ÖPNV-Nutzerin, dass Sie immer nur vom Stau reden, aber nicht von denen, die auf dem Bahnsteig stehen: Die sitzen nicht im warmen Auto, sondern warten auf gute Anschlüsse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir Grünen stehen zu dem Vertrag. Aber wir erlauben uns - das finden wir auch richtig - zu fragen, ob das finanzielle Risiko okay ist, ob es sich bei den 5,1 Milliarden DM um einen Zuschuss oder um ein Darlehen handelt. Das halten wir gerade aus finanzpolitischer Sicht für eine berechtig-

te Frage. Fragen lassen wir uns von niemandem verbieten. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weitere Aufgaben bestehen in der Frauenpolitik. Kollegin Müller hat auch diese angesprochen. Wir wollen der Frauenpolitik mit dem Prinzip des Gender-Mainstreaming eine neue Qualität geben, damit wir bei der Herstellung von Chancengleichheit für Männer und Frauen noch erfolgreicher vorankommen. Ich wünschte mir, dass Herr Meyer das einmal mit Frau Merkel bespricht und seinen Beitrag dazu leistet, dass auch an den Stammtischen über diese Frage gesprochen wird, dass die CDU bei ihrer Mitte eine Politik für mehr Chancengleichheit für Männer und Frauen vertritt.

(Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Stammtischgesetz!)

Wenn man Gesetze zur Teilzeit beschließt, wenn man Rechtsansprüche vergegenwärtigt und umsetzt, sollten nicht direkt wieder Fragezeichen gesetzt werden. Sie dürfen nicht wieder sagen: Wenn es Ernst wird, machen wir nicht mit.

An diesem Gesamtprogramm, an diesem Regierungsprogramm arbeiten wir nicht immer spektakulär, aber konsequent - nicht so kurzatmig wie eine kleine Oppositionsfraktion, die manchmal selber nicht mehr weiß, welche Anträge gerade auf dem Tisch oder in der Schublade liegen. (D)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das ist jetzt aber dummes Zeug!)

Der Haushaltsentwurf für 2001 liegt vor. Die Regierung hat ihn aus ihrer Sicht nach Lage der Dinge aufgestellt. Kollegin Müller hat aus Sicht meiner Fraktion eine erste Bewertung vorgenommen und Perspektiven aufgezeigt. Nun sind die Fraktionen am Zug.

Ich kann sagen: Wir sind selbstbewußt genug, dieses Zahlenwerk jetzt aus unserer Sicht unter die Lupe zu nehmen. Da wird es Änderungen geben; das ist selbstverständlich. Ich bin mir mit dem Kollegen Moron einig, dass der Haushalt im Ergebnis auch die Handschrift der Fraktionen tragen muss, auch die der Grünen; denn auch wir müssen hinterher die Hand dafür heben und ihn vor den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land verantworten. Dafür werden wir uns die notwendige Zeit nehmen und im März kommenden Jahres ausführlich in zweiter und dritter Lesung bera-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) ten. Da ist Platz und Zeit - unbegrenzte Zeit übrigens, Kollege Möllemann. Sie tun so, als würden Sie den Unterschied zwischen erster, zweiter und dritter Lesung nicht kennen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Doch, doch! So weit kann ich noch zählen!)

- Gut! Sie haben aber eben so getan, als seien die Sitzungen in der letzten Woche im Bundestag mit unserer heutigen Beratung vergleichbar. Dem ist nicht so. Im Bundestag handelte es sich letzte Woche um die zweite und die dritte Lesung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im vergangenen halben Jahr haben Sie als Opposition, insbesondere die neu hinzugekommene Oppositionsfraktion, uns einiges zugemutet, uns und den Bürgerinnen und Bürgern in NRW: politisch flach, mit peinlichen Auftritten und mit überflüssigem Schnickschnack. Aber das nutzt sich ab und hält uns vor allem nicht davon ab, unsere Arbeit zu tun, auch und besonders bei den wichtigen und schwierigen Haushaltsberatungen, die vor uns liegen.

Herr Möllemann, weil heute Nikolaus ist,

- (B) (Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ich heiße Jürgen, nicht Nikolaus!)

weil es so schön ist und Sie offenbar wenigstens einen Strauß Blumen haben wollen, möchte ich Ihnen noch eine kleine Freude machen, frei nach dem kölschen Motto: Man muss och jönne könne!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da Sie nun entgegen vollmundiger Ankündigungen nicht in die Regierung gekommen sind, möchte ich Ihnen sozusagen ein kleines Trostpflaster geben. Aber so, wie Sie den Ministerpräsidenten hier immer anbaggern, bekommt man fast den Eindruck, Sie wollten mit ihm eine eingetragene Partnerschaft eingehen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ich bin lesbisch, wie Sie wissen!)

Ich will Ihnen nicht die Rute geben, sondern - viel schöner - Ihnen folgendes Buch wärmstens ans Herz legen: "Wenn Du geredet hättest, Desdemona" von Christine Brückner. Darin geht es um ungehaltene Reden ungehaltener Frauen.

(Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Deswegen redet die so viel!)

- (C) Diese ungehaltenen Reden haben auch 17 Jahre nach Erscheinen nichts von ihrer Faszination eingebüßt.

(Beifall GRÜNEN und SPD)

Es enthält fiktive, nicht gehaltene Reden von Katharina Luther über Christiane von Goethe bis hin zu Gudrun Ensslin.

(Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das sind die besten Reden, die nicht gehalten werden!)

Während Sie im Ältestenrat über die Notwendigkeit von Elefantenrunden in der Haushaltsdebatte schwadronierten, kam mir dieses Buch in den Sinn. Ich dachte automatisch an die Kategorie Mann - Anwesende natürlich ausgenommen -, die uns mit Sprechblasen nur langweilt, sich selber aber als unverzichtbar wähnt. Vielleicht wird Ihnen, Herr Möllemann, bei der Lektüre dämmern, dass ungehaltene Reden ungehaltener Frauen weitaus interessanter sind als gehaltene Reden aufgeblasener Männer.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

- (D) Bedenklich sollte Sie allerdings stimmen, verehrter Kollege, dass Ihre baden-württembergischen Parteifreunde auf eine gehaltene Rede von Ihnen verzichten wollen. Vielleicht wird ja nach einer Weile, nachdem Sie viel Zeit zum Schafezüchten auf Gran Canaria hatten, das geneigte Lesepublikum mit einem kleinen Bändchen "Ungehaltene Reden des Herrn M." beglückt. Dafür wünsche ich Ihnen viel Erfolg. Uns Hiergebliebenen

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Hinterbliebenen!)

wünsche ich konstruktive, faire und sachgerechte Beratungen und Entscheidungen für den Haushalt 2001. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Das Wort hat nun der Ministerpräsident.

**Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Lassen Sie mich, Herr Präsident, als Erstes die Gelegenheit nutzen, Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl zu gratulieren. Ich freue mich, unter Ihrer Präsidentschaft sprechen zu dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen - und Frau Kollegin Löhrmann hat das wirklich wohltuend zuwege gebracht -, dass wir jetzt wieder - der Zeit angemessen - ruhiger sprechen dürfen und dass wir uns von der Aufregtheit verabschieden.

(Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Knecht Ruprecht!)

Es ist im Zuge der Haushaltsdebatte mehrfach die Regierungserklärung zitiert worden. Der wichtigste Teil der Regierungserklärung ist leider nur kurz von Herrn Kollegen Moron erwähnt worden - von Ihnen leider nicht -, und der, weil immer nach Schwerpunkten der Regierungserklärung gefragt wird, ist ganz einfach:

Wir wollen die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen herunterbringen. Wir wollen sie innerhalb der nächsten fünf Jahre unter 500.000 bringen und damit unter ein Niveau von 6 %. Wir wollen die Jugendarbeitslosigkeit nach Möglichkeit ganz beseitigen. Wir wollen dazu den wirtschaftspolitischen Kurs dieser Landesregierung gemeinsam mit der Bundesregierung fortsetzen.

- (B)

Wir sind sehr glücklich über die Arbeitsmarktzahlen der letzten Monate.

(Beifall der Edith Müller [GRÜNE])

Diese Daten vom Arbeitsmarkt bis in den November hinein - wir wollen da wirklich nicht jubeln - sind so, dass wir erwarten können, dass die Ziele, die ich in der Regierungserklärung beschrieben habe, erreichbar sind. Wir haben heute im November 2000 im Vergleich zum November 1999 gut 60.000 Arbeitslose weniger.

Es ist noch viel zu viel, was wir an Arbeitslosigkeit haben, aber die Daten, die wir haben - unterstellt, das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland bleibt in etwa auf dem heutigen Niveau; ich komme gleich auf eine Bemerkung von Herrn Rüttgers zurück -, zeigen uns, dass das Ziel erreichbar ist. Das ist das wichtigste Ziel, das wir verfolgen. Wenn wir dieses Ziel erreichen - und

einiges spricht dafür -, wird sich die Wirtschafts- und Finanzlage dieses Landes wie die aller anderen Länder in Deutschland anders darstellen.

(C)

Es ist mir wichtig, dies vorweg zu betonen, damit wir, wenn wir über den Haushalt reden, wie dies heute manchmal geschehen ist, nicht die eigentlichen Ziele und Schwerpunkte aus den Augen verlieren. Auf die übrigen Schwerpunkte komme ich nachher noch einmal zurück.

Ich verkneife mir, die Debatte aus meiner Sicht großartig zu charakterisieren. Allerdings, Herr Kollege Rüttgers, habe ich selten eine politische Rede eines Oppositionsführers gehört, die so wenig so laut gesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Das war in einer Weise aufgeregt und aufgeplustert, dass es wirklich schwierig war zuzuhören. Ich frage mich, woher diese Verklemmung kommt. Das ist eine regelrechte politische Verklemmung, die Sie hier herausgebrüllt haben. Sie war so substanzlos - gemessen an dem, worum es in diesem Land geht -, dass es nicht nur ich und die Landesregierung sein konnten, die Sie da so angebrüllt haben.

Für mich war das eine Rede, die ich mir auf einer Ihrer Parteitagsveranstaltungen hätte vorstellen können, wie Sie da Sie vor all den Leuten auf Clement und die ganze Bagage schimpfen. Dann wären Sie unter sich, und dann wäre das okay. Gemessen aber an dem, was hier ansteht, dem Haushalt dieses Landes mit all seinen Facetten, der nicht nur Deutschland, sondern auch Europa betrifft, war das nicht in Ordnung. Es tut mir Leid, dass ich das in dieser Klarheit sagen muss.

(D)

Sie haben auf die wirtschaftliche Lage nur eine einzige Bemerkung verwandt, nämlich die: Passen Sie einmal auf! Sie haben ja keine Ahnung! Demnächst kommt eine wirtschaftliche Katastrophe! - Beim Zuhören dachte ich fast, Sie würden sich das wünschen. Die Daten, die ich kenne, und die Experten, die ich höre und die etwas dazu sagen, gehen zur Stunde noch davon aus - kein Mensch ist in dieser weltwirtschaftlichen Lage sicher -, dass die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa insgesamt das Wachstumsniveau einigermaßen halten können, und zwar trotz der Entwicklung in den USA, die jetzt hoffentlich nicht mit einem Absturz, sondern im Gleitflug nach unten geht.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Das ist die Situation, wie ich sie empfunden habe, und deshalb will ich Ihnen gleich zu Anfang sagen: Sie können jetzt jeden Monat einmal hier herkommen und uns alle anbrüllen. Ich werde dann wieder da sitzen; das waren gerade nur ein paar Minuten der Entlastung, die ich gesucht habe. Wie gesagt: Ich werde da sitzen, und Sie können mich anbrüllen. Sie werden aber nicht das aufhalten, was wir tun. Was wir tun, ist ein überaus schwieriger Prozess der Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen. Den versuchen wir unter nicht einfachen Bedingungen. Die Bedingungen sind von anderen Rednern hier sehr genau beschrieben worden.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen den Menschen hier nicht erklären, wie die Welt aussieht. Das wissen die besser als Sie. Die erleben sie ganz anders. Viele von ihnen erleben sie sehr viel härter. Ich sage Ihnen einmal in aller Offenheit - das lag mir schon lange auf der Zunge -: Im Wahlkampf las ich immer Ihre Plakate, auf denen stand: "Den Menschen nahe." - Bei jemandem wie mir erweckte das den Eindruck: Mensch, der scheint es aber nötig zu haben, wenn er das behaupten muss.

- (B) (Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Das haben Sie letztes Mal auch gemacht!)

Sie sprechen so oft von den "kleinen Leuten". Schon als ich als Volontär bei der Zeitung in einem Bericht - damals war ich noch Lehrling - einmal den Begriff "kleine Leute" gebraucht habe, ist mein Chefredakteur gekommen und hat gesagt: Weg damit! Die Leute sind alle gleich. Keiner empfindet sich als kleiner Mensch, und keiner ist "kleine Leute".

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Heute habe ich den Eindruck gehabt, dass Sie die "kleinen Leute" geradezu aus dem Saal brüllen. Wirklich, es ist nicht damit getan, den Menschen zu sagen, dass man sozial ist. Die Menschen testen das sehr genau ab.

Sie nahmen den Begriff "Reformstau" in den Mund. Vor zwei Jahren sind Sie abgewählt worden, weil Sie den Reformstau in Deutschland mit zu verantworten hatten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (C) Da können Sie doch hier nicht herkommen und so etwas behaupten. Das, was Sie hier heute - sonst wird das sicherlich viel sachlicher sein - verbreitet haben, ist meilenweit von der Realität in Nordrhein-Westfalen entfernt.

Beispielsweise die Projekt Ruhr GmbH: Wo ich hinkomme, sind die Leute fasziniert von den einzelnen Projekten. Sie stimmen nicht allem zu. Sie kritisieren. Es sind Leute von Ihrer Seite, von der F.D.P., von den Grünen, aus allen Richtungen. Aber sie sind fasziniert davon, dass etwas geschieht. Das können Sie wirklich beim besten Willen nicht bestreiten, Herr Kollege.

Deshalb sage ich Ihnen: Sie können so weitermachen, aber Sie werden damit keinen Erfolg haben. Sie müssen einfach an Lockerheit gewinnen. Dann gewinnen Sie auch die Übersicht. Sie haben heute Dinge behauptet, die ich gar nicht im Einzelnen durchgehen kann. Sie haben mir beispielsweise noch einmal nahe gelegt, zur Kohle nicht die Wahrheit zu sagen, nicht zu sagen, was ist. Die Vereinbarung mit Brüssel bedeutet, dass ein bis zwei Schachthanlagen zusätzlich ab dem Jahre 2006 stillgelegt werden müssen. Selbstverständlich! Ich war sonntagsmorgens in einer Belegschaftsversammlung in Kamp-Lintfort. Etwa 800 Bergleuten habe ich das alles geschildert. Wissen Sie, was nachher der Betriebsratsvorsitzende gesagt hat? - "Glauben die denn, wir sind bekloppt?" Das ist ein wörtliches Zitat. Das stand in der Zeitung in der Überschrift.

(D) Glauben Sie denn, man könnte denen vorenthalten, was es bedeutet, wenn eine finanzielle Förderung um über 1 Milliarde DM reduziert wird? Meinen Sie, ein Bergmann wüsste nicht, worum es geht? Die Leute wollen wissen, was ist. Sprechen Sie doch nicht von "kleinen Leuten", wenn Sie mir gleichzeitig nahe legen, denen nicht zu sagen, was kommt. Das ist doch geradezu widersinnig.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

- Herr Kollege Hardt, das ist ganz einfach. Ich habe die Grenze damals für zu niedrig gehalten. Ich bin dagegen mit der IG Bergbau und den Bergleuten aufmarschiert. Dann haben wir uns auf einen Kompromiss verständigt. - Beschimpft werde ich von Ihnen doch auch ständig. Die Situation ist gar nicht unterschiedlich. Worüber beklagen Sie sich denn jetzt?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Herr Kollege Rüttgers, Sie reden davon, so gehe man nicht mit Polizeibeamten um. Haben Sie sich einmal angeschaut, wie die Welt hier in Nordrhein-Westfalen aussieht, was die Polizei angeht, was den Innenminister angeht. Diese ganze komische Kampagne, die Sie gegen den Kollegen Behrens einzuleiten versucht haben, ist Luft. Nichts ist übrig geblieben. Nackte Luft!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie zur Polizei in Nordrhein-Westfalen kommen und sie mit der in anderen Ländern vergleichen, werden Sie kein Land finden, in dem die Polizei in einer so guten Besoldungsstruktur ist wie bei uns. Ab dem Jahr 2002 gehen wir endgültig in die zweigeteilte Laufbahn. Nirgendwo in Deutschland ist das so.

(Beifall bei der SPD)

Meinen Sie, Sie könnten mit Ihren Sprüchen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten davon abbringen?

Dann haben Sie etwas zum Immobilienmanagement gesagt. Sie haben da einen Fehler gemacht. Aber es war amüsant, weil Sie so aufgeregt waren. Sie haben gesagt, wir machten jetzt ein Immobilienmanagement und gründeten eine Firma mit 8.000 Leuten. Dabei brüllten Sie mich so an, dass ich bald zusammenklappte. Ich sagte zum Finanzminister: Kann das denn sein? Haben wir denn irgendwo eine Firma mit 8.000 Leuten? - Nein, das Immobilienmanagement wird von 80 Leuten geführt. Die 8.000, die nach Ihrer Meinung drin sind, sind die Beschäftigten im Staatshochbauamt. Jetzt meinen Sie, ich gründete eine Firma mit 8.000 Leuten. Die Leute laufen zusammen und denken: Mein Gott, ist der Finanzminister verrückt?

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie entwerfen Bilder, bei denen einem wirklich der Atem stockt.

Sie sprechen die Rentenreform an. Wissen Sie nicht, dass Ihre Partei in Berlin demnächst zustimmen wird? Ahnen Sie das nicht auch? Bei dieser Rentenreform kann man über Einzelheiten reden. Aber kein Mensch - Herr Möllemann nicht, die Grünen nicht, wir nicht - kommt daran vorbei, die

Konsequenzen aus den Generationenverschiebungen zu ziehen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das wollte Herr Kollege Blüm auch. Aber Herr Kollege Blüm hat das getan, ohne daneben eine neue Säule aufzubauen, nämlich die neue Säule der privaten Vorsorge. Diese private Vorsorge ist soziale Politik. Das muss ich nicht groß herausposaunen und sagen: Ihr "kleinen Leute" kriegt auch etwas. - Vielmehr bauen wir Sozialdemokraten und die Grünen zusammen eine Säule der privaten Vorsorge auf, bei der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe - die ist ziemlich hoch, liegt mit Kindern bei 100.000 DM - eine staatliche Förderung zum Aufbau einer privaten Vorsorge bekommen. Erstmals in Deutschland entsteht so etwas. Das ist der eigentliche Unterschied zu Blüm. Ich vermute, Sie werden nicht daran vorbeikommen, das irgendwann auch zu akzeptieren. So wird das sein.

Zum Reformstau! In Berlin ist die Steuerreform gemacht worden - natürlich mit unserer Zustimmung und im Wissen darum, Herr Kollege Möllemann, dass uns das eine ganze Menge Einnahmeeinbußen bringt, nämlich runde 5 Milliarden DM. (D)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ein bisschen beteiligt waren wir auch!)

Deshalb ist der Haushalt klamm. Deshalb ist der Haushalt sehr eng. Deshalb können wir in diesem Haushalt nicht das machen, was wir alle gerne tun wollen, und zwar genau wie Sie und wie Sie auch.

Natürlich würde Frau Kollegin Behler gerne noch mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen und noch mehr tun. Selbstverständlich würden wir an den Hochschulen gerne noch mehr tun. Aber das haben wir nie getan, Herr Kollege Rüttgers: Wir haben den Haushalt für Bildung, Wissenschaft und Forschung trotz all der Bedrängnisse im Haushalt nie gekürzt wie Sie als Bundesforschungsminister.

(Beifall bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Das tut weh!)

Bei der Ganztagsbetreuung gucken Sie nach Bayern und überall hin. In Bayern ist die Zahl der

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Grundschülerinnen und Grundschüler, die von 8 bis 13 Uhr eine verlässliche Betreuung erfahren, ungefähr bei 30 %. Wir liegen bei 80 bis 90 %. Wir gehen jetzt immer weiter in die Ganztagsbetreuung.

Man kann immer noch sagen: Wir wollen noch mehr! - Das ist Ihr gutes Recht. Nur müssen Sie ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Sie können doch nicht den Eindruck erwecken, das machten wir alles in einem Rutsch. Das haben Sie in Bonn gemacht, als Sie Verantwortung trugen. Da haben Sie nachhaltig Schulden hinterlassen; das müssen Sie Herrn Diegel einmal sagen. Es sind Schulden in einer Größenordnung von 1,5 Billionen DM.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist das, woran der Bundesfinanzminister und auch wir hier knapsen.

Herr Kollege Möllemann, ich habe mit einiger Spannung auf das gewartet, was Sie bringen würden. Sie haben das immer wieder angekündigt, wenn wir uns getroffen haben. Ich kann mich nicht erinnern, zu Ihnen gesagt zu haben, uns sei es recht, wenn es hier langweilig ist. Ich habe immer gesagt: Wenn Sie schwungvoll reden wollen, ist mir das recht. Mir ist alles recht, was Sie anbieten. Der Präsident wird mir bestimmt genehmigen zu sagen: Sie haben hier immer Rederecht, solange Sie dem Landtag angehören.

(B)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das ist gut!)

Fühlen Sie sich hier sicher. Hier werden Sie nicht ausgeladen. Hier sind Sie zu Hause.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Herr Ministerpräsident, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

**Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Herr Präsident, ich würde gerne die Redezeit, die der Regierung zusteht, nutzen.

Bei Ihnen, Herr Möllemann, frage ich mich: Wie bekommen die das auf die Reihe? - Sie reden ge-

gen die Schulden in diesem Land, aber: Die Schulden, die hier angewachsen sind, sind im Kern darauf zurückzuführen, dass wir eine völlig andere wirtschaftliche Problematik, einen Anpassungsprozess wie kein anderes Bundesland in Westdeutschland, zu bewältigen haben. Seit 1960 haben wir es mit dem Rückzug des Bergbaus zu tun. (C)

Wie passt Ihre heutige Kritik in Ihre Logik hinein? Sie haben das alles bis 1998 in Bonn mit verantwortet. Sie standen teilweise sogar in höchster Verantwortung: als Wirtschaftsminister, als Wissenschaftsminister. Und jetzt polemisieren Sie hier in einer Weise, als wären Sie völlig neu auf der Welt. Sie kommen aber nicht mit einem Fallschirm aus einer anderen Sphäre, Herr Kollege Möllemann, sondern Sie sind für vieles mit verantwortlich. Das gilt auch für Herrn Rüttgers.

(Beifall bei der SPD)

Und es ist schon - ich will es einmal ganz vorsichtig formulieren - fast unlauter, wenn Sie sich über den Stau auf der Autobahn beschweren. Binnen zwei Jahren ist natürlich nicht das aufzuholen, was in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten versäumt worden ist. Es dauert zehn bis zwanzig Jahre, bis Nordrhein-Westfalen mit Autobahnen so ausgestattet sein kann, wie es der Verkehrsbelastung entspricht. In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten sind die Mittel für den Bundesstraßenbau vor allen Dingen - außer nach Ostdeutschland, was richtig war - nach Süd- und Südwestdeutschland geflossen und nicht hierher. (D)

(Beifall bei der SPD)

Dafür - ich habe es Ihnen schon mehrfach gesagt - tragen Sie die Mitverantwortung.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Wir bekommen jetzt mehr Bundesgelder, und zwar für den Verkehrsbereich insgesamt - Schiene, Straßen, Wasserstraßen - in den nächsten fünf Jahren 20 Milliarden DM und damit alles in allem zwei Milliarden DM mehr als bisher.

Das ist natürlich immer noch zu wenig; auch der Verkehrsminister würde gerne mehr Geld investieren. Aber ist gut für die Bauwirtschaft, wenn gleich auch sie damit trotzdem nicht zufrieden sein wird und sein kann. Es ist nicht so viel, um alle Verkehrsprobleme zu lösen, aber es bedeutet ein Aufholen gegenüber der bisherigen Situation.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Denn Nordrhein-Westfalen ist in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten nicht angemessen und fair bedient worden, um es klar zu sagen; das wiederhole ich bei anderen Gelegenheiten gerne.

(Beifall bei der SPD)

Was den Metrorapid angeht - unsere Koalitionspartnerin, Frau Kollegin Löhrmann, hat sich dazu gerade noch einmal geäußert; das ist ihr gutes Recht; sie hat auch freies Rederecht; ich bin sicher, in ihrer eigenen Partei darf sie überall reden -, können wir uns eine Diskussion sparen. Die ersten Entscheidungen sind gefallen. Wir lassen im Augenblick eine Machbarkeitsstudie erstellen, haben alle notwendigen Untersuchungen veranlasst und bemühen uns um ein Finanzierungskonzept. Wenn die Machbarkeitsstudie, für die die Mittel im Landeshaushalt vorgesehen sind, vorliegt, unterhalten wir uns darüber, ob das machbar ist oder nicht. Deshalb macht man doch eine Machbarkeitsstudie, weshalb denn sonst? Außerdem prüfen wir Finanzierungsmöglichkeiten, und zwar - nicht zuletzt auf Ihr Anraten - auch eine private Finanzierung.

- (B) Wenn Sie nun behaupten, Herr Kollege Möllemann, das wäre eine Bimmelbahn: Ich lade Sie gerne ein. Wir können gerne einmal zusammen - ohne dass das irgendeinen Verdacht erweckt; da ging Frau Löhrmann gerade zu weit mit den eingetragenen Partnerschaften; wir beide sind wohl außerhalb jeden Verdachts - nach Ostfriesland fahren und das "Ding" nutzen. Ich zeige Ihnen einmal das Konzept. Dann können Sie Ihre Behauptung guten Gewissens nicht aufrechterhalten.

Andererseits gilt: Auch ich vermute, dass in der Bundesrepublik Deutschland schwerste Fehler gemacht worden sind, was die Entwicklung der Bahn, der Schiene und des Transrapid betrifft. Nur sind die Fehler weder von der jetzigen Bundesregierung, von Bundeskanzler Schröder, noch von mir zu verantworten. Sie sind wirklich früher gemacht worden.

(Heinz Hardt [CDU]: Hier im Land ist es doch auch abgelehnt worden!)

- Herr Kollege Hardt, ich gehöre nicht zu denen, die Herrn Kohl jetzt alles Mögliche nachrufen möchten. Das ist auf Dauer ermüdend. Allerdings zählt zu seinen Fehlern - dafür könnte ich Ihnen viele Zeugen, auch solche von außerhalb der Poli-

tik, beibringen -, eine große Metrorapidlinie von Nord nach Süd durch die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt zu haben. Das wäre aus meiner Sicht vermutlich vernünftig gewesen, aber das ist vergossene Milch. Lassen Sie uns doch erst einmal mit dem Projekt, welches wir hier aufgebaut haben, beginnen. (C)

Beide haben Sie sich so wunderbar über die Entfernungspauschale und mein geringes Einwirken mokiert. Ich möchte Ihnen empfehlen: Warten wir einmal ab, wie sich die anderen Länder einschließlich der von Ihnen genannten dazu stellen. Morgen im Vermittlungsausschuss wird von dessen Mitgliedern über die Entfernungspauschale beraten.

Es geht um nichts anderes, als Autofahrer, die zu ihrem Betrieb eine weite Strecke zurückzulegen haben - nicht diejenigen, die normalerweise mit dem Nahverkehr fahren, die also eine Entfernung von bis zu 16 km bewältigen müssen - im Moment aus der durch die hohen Mineralölpreise entstandenen Kalamität herauszuholen.

In zwei Jahren werden wir überprüfen: Sind die Mineralölpreise - was Gott bringen möge, was ja wunderbar wäre - gefallen? Dann würden wir von den 80 Pfennig wieder heruntergehen. Das ist doch völlig klar. Es handelt sich um eine rein pragmatische Maßnahme, um in einer Situation zu helfen, in der viele Berufspendler, die lange Strecken fahren müssen, über Gebühr bestraft werden. (D)

Man kann natürlich über 60 oder 70 Pfennig oder eine Deckelung des Betrages für die so genannten ÖPNV-Pendler diskutieren. Letzteres ist nur vernünftig, weil niemand unterschreiben möchte, dass gut verdienende Menschen, die mit dem ÖPNV fahren und ein Jobticket nutzen, aus den Taschen der Steuerzahler noch eine besondere Gratifikation obendrauf bekommen. Das kann keiner wollen. Deshalb muss es gedeckelt werden, wie auch immer: entweder durch eine Absenkung auf 60 Pfennig oder ein anderes Instrument.

In aller Klarheit muss ich Ihnen, Herr Möllemann, bei dem widersprechen, was Sie zu dem Thema "Bergbau" gesagt haben. Ich will es, obwohl schon oft gesagt, noch einmal wiederholen. Wenn ich es richtig wahrgenommen habe, hat sich Ihre Position sogar noch geändert. Nach der Wahlentscheidung haben Sie hier im Landtag von

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) einer Beendigung des Bergbaus im Jahre 2015 gesprochen, während ich jetzt gelesen habe, Sie hätten auf einer Pressekonferenz das Jahr 2005 genannt. - Diese Forderung halte ich für unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Sie bedeutet ganz zwangsläufig betriebsbedingte Kündigungen im Bergbau. Diese aber würde von uns niemand mit vertreten.

Im Übrigen gilt das, was ich immer dargestellt habe: Wir werden den Bergbau noch ein Stück zurücknehmen müssen, aber wir möchten, dass der Steinkohlebergbau auf einem bestimmten Sockel lebens- und leistungsfähig bleibt.

Ihre Haltung zum Steinkohlebergbau greift sehr kurz. Ich darf Sie daran erinnern, dass allein die jetzige Ölpreiserhöhung die deutsche Volkswirtschaft rund 30 Milliarden DM kostet. Allein die jetzige Ölpreiserhöhung kostet die deutsche Volkswirtschaft rund 30 Milliarden DM! Wenn Sie das ins Verhältnis zu den Subventionen setzen, die bis zum Jahre 2005 auf rund 5 Milliarden DM absinken, werden Sie feststellen, dass es nicht unvernünftig sein kann, sich einen heimischen Energieträger zu erhalten. Er ist im Ernstfall kostengünstiger als das, was uns durch Kartelle, ob im Öl oder im Gas, drohen kann.

(B)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Sie meinen die Kartelle bei der Kohle?!)

- Ich meine: von außerhalb. Sie verstehen mich schon, Herr Kollege. Ich meine Öl- und Gaskartelle.

Wir haben es zurzeit mit beiden zu tun: mit einem Ölkartell und einem Gaskartell, und dieses Kartell wird immer enger. Es wird ja Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, dass wir vonseiten der Europäischen Union - genau: bei der zuständigen Kommissarin Frau de Palacio - ein wachsendes Verständnis für das Anliegen haben, innerhalb der Europäischen Union ebenso wie innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten für einen Sockel an eigener Energieversorgung auch um den Preis von Subventionen zu sorgen. Das ist das, was Herr Kollege Steinbrück vorhin gesagt hat: dass in der Energieversorgung nicht die Marktwirtschaft pur herrschen kann. Dass keine Volkswirtschaft so handelt, dafür gibt es genügend Belege, und das ist ja wohl auch richtig.

(C) Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man über den Haushalt spricht, dann spricht man sicherlich auch über die akuten Maßnahmen, die eine Landesregierung innerhalb des ersten halben Jahres ihrer Amtsführung anzupacken versucht und auf den Weg gebracht hat. Ich will nur einige nennen, um zu zeigen, was sich eigentlich wirklich tut, gemessen an den vielen großen Aussagen, die heute gemacht worden sind, die für mich teilweise auf obskure Weise an der Realität vorbeigehen:

Wir haben die europaweite Ausschreibung für die Machbarkeitsstudie zum Metrorapid unterwegs. Wir haben uns im Wettbewerb der Regionen durchgesetzt, zur Stunde gemeinsam mit Bayern. Wir haben für die nächsten fünf Jahre die Mittel zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zugesagt bekommen, und zwar komplett - Schiene, Wasserstraße, Straße - in einer Größenordnung von 20 Milliarden DM, das heißt also 2 Milliarden DM mehr als bisher.

Wir haben beispielsweise ein Ausbauprogramm für die chemische Industrie mit dem Bau eines Pipeline-Systems und dem Bau eines privat finanzierten Crackers auf den Weg gebracht.

(D) Was Schule, Hochschule, Bildung, Wissenschaft und Forschung angeht, so ist das in der Tat ein Schwerpunkt. Bei diesem Schwerpunkt werden wir handeln, und zwar mit den Mitteln, die wir mobilisieren müssen. Sie sind nicht alle im Haushalt erkennbar. Herr Kollege Steinbrück hat ja darauf hingewiesen, dass wir durch Veräußerung und Privatisierung Mittel gewinnen wollen, die wir beispielsweise einsetzen, um in Nordrhein-Westfalen Excellence-Center zu bauen.

Schon weitgehend umgesetzt ist die Einrichtung eines IT-Centers in Dortmund.

Die Errichtung des Institute for Information Technology in Bonn wird gemeinsam mit der GMD und der Bundesregierung auf den Weg gebracht.

Die Entwicklung der Fernuniversität Hagen zur virtuellen Hochschule ist in höchstem Tempo unterwegs. Wir liegen damit in Deutschland weit vorn.

Wir haben die erforderlichen Rechtsänderungen zum Abitur nach 12 Jahren auf den Weg gebracht. Das Abitur nach 12 Jahren kann übrigens an jeder Schule erreicht werden.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Frau Kollegin Behler ist dabei, ein Bündnis für Erziehung aufzubauen und hat gerade - das brauche ich jetzt nicht im Einzelnen zu erläutern - zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung auf den Weg gebracht.

Eine Stiftung für den internationalen Austausch von Schülern, Studenten und Lehrern ist in Vorbereitung. Wir wollen das im nächsten Jahr umsetzen.

Wir haben die FFH-Gebiete, über die es so viele Diskussionen gegeben hat, komplett auf dem Weg, meine Damen und Herren. Der Agenda-Prozess hat seine Arbeit aufgenommen. Der Regierungsausschuss wird beginnen. Wir haben eine Stiftung "Umwelt und nachhaltige Entwicklung" auf den Weg gebracht.

Wir sind dabei, die Polizeiaufbahn, wie geschildert, so attraktiv wie möglich zu machen. Wir haben die Erprobung von Schutzwesten für die Polizei anlaufen lassen und werden dazu in den Haushalten 2001 und 2002 die notwendigen Vorkehrungen treffen.

Wir haben die Neuordnung des Liegenschaftsmanagements auf den Weg gebracht.

- (B) Wir haben eine Integrationsinitiative ergriffen, um nicht nur über Zuwanderung zu reden, sondern Integration bei uns zu fördern.

Wir haben den Prozess des Einsatzes von Transfergesellschaften vorangebracht und eine Aktion "Fachkräfte für die IuK-Technik" auf den Weg gebracht.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin die Kritik an fehlenden Informatikstudienplätzen bei uns gehört. Ist Ihnen nicht bekannt, dass Nordrhein-Westfalen unter den Ländern in Deutschland einsame Spitze ist, was die Ausbildung von Informatikern angeht? Ist Ihnen das wirklich nicht bekannt?

(Zuruf des Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Sie hätten vorher mehr tun sollen, dann wären wir dort weiter!

(Zuruf des Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Wir haben eine breite Initiative zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auf den Weg gebracht. Diese Initiative wird inzwischen von 300 Organi-

sationen unterstützt, und 6.500 Menschen haben sich ausdrücklich dieser Initiative angeschlossen. (C)

Wir sind von Ihnen, Herr Kollege Arentz, was die Forensik in Nordrhein-Westfalen angeht, über die Jahre gejagt worden, mit allen Methoden und allen Mitteln, die ich jetzt nicht charakterisieren will. Wir haben Ihnen ein Forensik-Konzept vorgelegt, das in Deutschland einmalig ist. Kein anderes Land geht dieses Risiko ein. Wir tun dies in vollem Wissen darum, dass dies für die Bürgerinnen und Bürger in den betreffenden Städten und in der unmittelbaren Nachbarschaft dieser Einrichtungen ein großes Problem darstellt. Wir tun das alles, weil es unsere Pflicht ist.

Wir haben mithilfe so genannter Investorenmodelle und vorübergehender Maßnahmen weitere 1.800 Kindergartenplätze geschaffen und im Jahre 2000 3.300 neue Plätze bewilligt. Für das nächste Jahr sehen wir weitere 1.600 Plätze vor. Wir sind dabei, die Ganztagsangebote auszubauen.

Ich will noch erwähnen, dass Herr Kollege Vesper und ich unmittelbar davor stehen, eine Initiative zur kulturellen Entwicklung insbesondere in der Rhein-Ruhr-Region vorzustellen, eine Triennale, an deren Vorbereitung wir zurzeit arbeiten und die wir so rasch wie möglich vorstellen werden. (D)

Eine Stiftung zur Nachwuchsförderung im Leistungssport ist auf dem Weg.

Wir bilden eine Standortagentur NRW. Die Landesvertretung in Brüssel wird entsprechend umgebaut.

Wir haben die Projekt Ruhr GmbH, die von allen, die sich im Ruhrgebiet engagieren, begeistert aufgenommen wird, inzwischen ohne jeden Vorbehalt. Wir haben die Projekt Ruhr mit einer Vielzahl von Projekten unterwegs.

Was die Landesplanung angeht, so ist der Vertrag für das interregionale Gewerbegebiet Marburg soeben paraphiert worden. Auf Camp Astrid und in Weeze-Laarbruch entsteht ein Gewerbepark für die Stadt Stolberg; der Flughafen Weeze-Laarbruch wird in einen zivilen Verkehrsflughafen mit einem Logistik- und Dienstleistungszentrum umgewandelt.

Wir haben in den ersten sechs Monaten einen Gebietsentwicklungsplan und sieben Änderungen

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) von Gebietsentwicklungsplänen genehmigt. Wir haben Entwicklungsflächen für die gewerbliche Wirtschaft bereitgestellt.

In der Medienpolitik gehen wir den Weg weiter, den wir eingeschlagen haben. Das Pilotprojekt Call NRW - mit dem Schwerpunktthema Schule - läuft mit einer hohen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bis Juni 2000.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist nur ein Ausschnitt aus dem, was in diesem Land geschehen ist. Ich trage das einmal vor, weil das sehr wohl mit Beiträgen kontrastiert, die hier entworfen werden und die mit der Realität dieses Landes nichts zu tun haben. Sie können sich darauf verlassen: Wir arbeiten weiter an dieser Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen, an einer Erneuerung in sozialer und ökologischer Verantwortung. Wir sind für fünf Jahre auf dem Weg, und in diesen fünf Jahren ist es unser Ziel, diese Erneuerung mit nachhaltiger Wirkung zum Erfolg zu bringen. - Ich danke Ihnen sehr.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die vom Ältestenrat festgelegte Redezeit ist durch die Landesregierung um 15 Minuten überschritten worden. Zum Ausgleich dafür erhält nunmehr jede der Fraktionen ebenfalls 15 Minuten, um darauf zu entgegen. Die Zeit muss nicht voll ausgeschöpft werden. Zunächst erhält für die CDU Herr Kollege Reul das Wort.

**Herbert Reul (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So ist unser Ministerpräsident immer: Er wirft allen Leuten vor, dass sie brüllen, dass sie aufgeplustert sind, beschimpft sie aufs Übelste und widmet sich in wenigen Sätzen dann nur der Sache.

Solange ich mich erinnern kann, versucht er den Eindruck zu erwecken, ihm ginge es nur um die Sache. Wenn er dann konkret zur politischen Debatte kommt, beschimpft er die anderen und ist der Einzige, der den Durchblick hat.

Herr Ministerpräsident, natürlich ist die CDU verantwortlich für ihre Regierungszeit in Bonn. Das

ist richtig. Aber Sie sind genauso verantwortlich für das, was Sie hier gemacht haben, auch für die Fehler, die Sie gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Die müssen auch hier angesprochen werden. Deshalb, Herr Ministerpräsident, um das Erste direkt anzusprechen: Sie haben wieder einmal wie üblich gesagt, die Opposition, der Jürgen Rüttgers, hätte unsere Wirtschaft, unser Land schlecht geredet. Das sei alles viel besser.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass es eine dpa-Meldung von vor ungefähr einer Stunde gibt, in der die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen Folgendes ausführt:

"Nach Ansicht der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände wird sich die Konjunktur in Deutschland im kommenden Jahr merklich abkühlen."

Als Grund wird die Ölpreisverteuerung angegeben, einige Gesetzespläne der Bundesregierung zur Überregulierung des Arbeitsmarktes werden genannt. Der Aufschwung des laufenden Jahres wird sich nicht fortsetzen - alles Originaldokumente, Äußerungen nicht von der bösen Opposition, sondern von der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände von vor einer Stunde.

Sie können es sich nicht so leicht machen, indem Sie ernsthafte Argumente, die vorgetragen werden, Einschätzungen einfach wegwischen. Ich erwarte schon, dass Sie sich in dieser Runde, in der es um Haushaltsdebatten geht, sorgfältig mit solchen Argumenten auseinander setzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Arbeitgeber mahnen zum Beispiel an, dass es dringend eine Reform im Bildungswesen geben muss, dass es einen Fachkräftemangel gibt, dass hier dringend etwas passieren muss. Vergleichbares ist heute von der Opposition vorgetragen worden. Sie wissen natürlich wie immer alles besser. Wenn Ihnen dann nichts mehr einfällt, dann reden Sie über die Bundespolitik und über Berlin. Es erschreckt mich schon, weil wir damit mit dem Projekt, das wir uns vorgenommen haben, nämlich Nordrhein-Westfalen voranzubringen, keinen Millimeter vorankommen.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat eben gesagt, man solle, der Zeit angemessen,

(C)

(D)

(Herbert Reul [CDU])

(A) hier reden. Da fällt mir der Spruch ein: Advent, Advent, die Regierung pennt!

(Lachen bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist geistiger Tiefflug! - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Herr Reul, Herr Reull!)

Das ist exakt das, was wir im letzten halben Jahr hier erlebt haben. Herr Ministerpräsident, Sie haben in den letzten Monaten, seitdem Sie hier die Regierung wieder stellen, außer Ankündigungen nichts gebracht, heute übrigens auch wieder: Wir werden, wir wollen, wir wollen demnächst, wir sind in Arbeit ... Wo sind eigentlich abgeschlossene Projekte, die gute Ergebnisse haben? Ich habe es satt, dass wir immer nur Ankündigungen hier vorgetragen bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Ankündigungen gibt es auch noch ein paar spannende Hinweise. Eben ist angekündigt worden, Sie machten Aufgabenkritik und Programm-Controlling. Wer hat hier eigentlich in den letzten Jahren regiert? Haben Sie das bis jetzt noch nie gemacht? Das wurde eben von SPD-Finanzpolitikern als Neuigkeit verkündet.

(B) Es wurde auch mehr Bürgerbeteiligung angekündigt. Wer hat Sie denn eigentlich zur Bürgerbeteiligung jagen müssen? War das die SPD in Nordrhein-Westfalen, die die Bürgermeister-Direktwahl wollte, oder wie war das eigentlich in diesem Theater?

Da stimmt doch etwas nicht. Sie können doch nicht den Leuten permanent Versprechungen machen und am Ende, wenn es darauf ankommt, sind Sie nicht in der Lage, irgendetwas davon umzusetzen. Wenn Sie ankündigen, ist auf der Strecke meistens ein Hü und Hott Kennzeichen Ihrer Politik: Hin und her, kreuz und quer!

Entfernungspauschale, um darüber zu reden: Erst die Ökosteuer übelst beschimpft, niemals!, findet nie statt, bin ich gegen - und dann im Bundesrat als Erster das Händchen hochgehoben! So ist es. Jetzt gibt es eine Entfernungspauschale: so nicht, mit mir nicht, anders. Was kommt jetzt raus? Wieder einmal eingeknickt!

624-Mark-Gesetz: Sie können Beispiele ohne Ende aus der Bundesrätstätigkeit nehmen, mit de-

nen man beweisen kann, dass diese nordrhein-westfälische Landesregierung im Grunde immer springt, wenn der Schröder sagt: Jetzt musst du um der Sachen willen springen! Die Zeche zahlt das Bundesland Nordrhein-Westfalen, zahlen die Menschen in diesem Bundesland. Sie haben nicht die Kraft, auch einmal Nein zu sagen und die Interessen durchzusetzen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- Ja, natürlich, Sie haben zum Beispiel bei der Entfernungspauschale, Herr Ministerpräsident, gesagt: "Es gibt da keine Kompromisslinie." Originalzitat! Was haben Sie jetzt in den letzten Tagen veranstaltet? 27 Kompromisse, täglich etwas Neues. Das ist doch die Wahrheit!

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Schauen Sie mal in Bayern nach!)

- Es geht mir nicht um Bayern, Herrn Ministerpräsident. Sie sind Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Sie haben hier Ihren Job zu machen und nicht über andere zu schimpfen. Das ist der Job, den Sie hier zu machen haben.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens auch bei der Verkehrspolitik, damit dieses dummes Geschwätz, da gebe es Geld für Nordrhein-Westfalen, geklärt ist. Sie wissen genauso gut wie ich: Wir haben doch deshalb viel Geld gar nicht ausgeben können, was aus Berlin - damals Bonn - zur Verfügung gestellt wurde, weil Sie ---

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Mit Ihrem Geschwätz wissen Sie gar nichts!)

- Ach, mit meinem Geschwätz weiß ich gar nichts? Das sollte man laut sagen: So redet der Mensch hier. Sie sind ein arroganter Mensch! Sie sind der Einzige, der den Durchblick hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Oma hat mich gelehrt: Hochmut kommt vor dem Fall. Passen Sie einmal auf, wie flott Sie noch runterpurzeln mit dieser Art, mit Leuten umzugehen! So geht man nicht mit Leuten um. Aber wenn Sie meinen, das täte Ihnen gut, machen Sie es!

(C)

(D)

(Herbert Reul [CDU])

- (A) Zur Verkehrspolitik, damit wir die Sache nicht vergessen: mehr Geld im Haushalt für Nordrhein-Westfalen? Die alte Bundesregierung ---

(Ministerpräsident Wolfgang Clement verlässt den Saal.)

- Tschüss. Es ist auch eine Art, der Diskussion auszuweichen oder mit ihr umzugehen, indem man den Saal verlässt. Das finde ich sehr interessant.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Es ist unerträglich, was Sie hier sagen!)

- Ja, ja, hören Sie einmal ganz sorgfältig zu: Verkehrspolitik. Da hat der Ministerpräsident erzählt, wir bekämen jetzt mehr Geld. Jeder weiß, dass wir in der Vergangenheit deswegen viel Geld nicht ausgeben konnten, weil hier in Nordrhein-Westfalen kein Baurecht war. Der Minister damals hieß Zöpel, er war weltbekannt dafür.

Danach gab es die 90er-Jahre. Bekanntermaßen ist da sehr viel Geld in die neuen Bundesländer geflossen. Das haben wir alle so gewollt. Dann kam der berühmte Verkehrsminister, Ihr Landesvorsitzender Herr Müntefering. Er hat einmal zwei Milliarden gekürzt. Erinnern Sie sich noch dumpf? Jetzt kommen die zwei Milliarden wieder drauf, und Sie erklären, das wäre ein Erfolg. Ich lache mich tot. Das ist ein Nullsummenspiel. Das, was uns Herr Müntefering genommen hat, bekommen wir jetzt zurück. So einfach ist das.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Steuerreform: Da hat der Ministerpräsident auch große Sprüche geklopft, es würde alles mittelfreundlich: Nichts hat er erreicht. Dass überhaupt etwas im Bereich Mittelstand organisiert worden ist, hat etwas mit CDU-Ländern und mit F.D.P.-Einfluss in der Bundesratsverhandlung zu tun. Jeder, der sich informiert, weiß, dass es so ist.

Jetzt ist der Transrapid das Größte, was in der Welt herumfährt. Erinnern Sie sich eigentlich noch an das, was der Ministerpräsident dieses Landes zum Thema Transrapid öffentlich vorgetragen hat? 16.10.1998! Ministerpräsident Clement:

"Richtig ist, dass der Transrapid in einem Ballungsgebiet wie NRW nicht einsetzbar ist."

Ich bin es satt, und das muss ich doch auch einmal vortragen dürfen: Er kann doch nicht meinen, dass wir nicht wüssten, was er gestern gesagt hat. Er kann zwar hü und hott machen, aber das ist dann keine vernünftige Politik. Die Leute wollen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Die Leute wollen Maßnahmen der Politik, auf denen sie aufbauen können, auch ihr Leben. Die Leute haben es - ich darf es einmal so salopp ausdrücken - nicht gerne, wenn sie beschissen werden.

(C)

Das gilt z. B. für die Polizeiversorgung. Im Landtagswahlkampf hat der Ministerpräsident vorgestellt: "53.000 Polizeibedienstete sorgen für die Sicherheit in unserem Land." - Die Wahrheit: 42.485 haben wir! Wer hat an der Stelle eigentlich die Unwahrheit gesagt?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie!)

- Wir?

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie haben es nicht begriffen!)

Herr Ministerpräsident, lassen wir es einmal mit dem Begreifen. Die Fakten sind ganz einfach: Vorher sagen Sie 53.000, aber nachher sind es 42.000. Entweder haben Sie Probleme mit der Mengenlehre, oder es sind ein paar verschwunden.

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das ist ein Irrtum!)

Anders kann ich mir diese Zusammenhänge nicht mehr erklären. Für mich sind es weniger, als vorher angekündigt worden sind. Das ist dann schlicht und einfach nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Auch heute haben Sie wieder lang und breit erklärt, wie viel Sie für die Bildungspolitik tun. Im Koalitionsvertrag ist nachzulesen: "Wir werden bei steigenden Schülerzahlen durch Wiederbesetzung aller frei werdenden Stellen und durch Neueinstellungen ..." Und so weiter, und so fort! - Wie sieht denn die Wahrheit aus? In diesem Haushaltsplan gibt es 0,0 Zuwächse an neuen Stellen. Es werden nur die Stellen derjenigen besetzt, die ausscheiden. Das ist kein Gewinn, sondern das ist lediglich der Status quo. An der Stelle haben vielleicht dieselben Leute gerechnet, die

(Herbert Reul [CDU])

- (A) auch die Polizeistellen berechnet haben. Das könnte eine Erklärung sein.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Zahl der Schülerinnen und Schüler wächst um 25.000 an. Also müssen doch zumindest für diese mehr Lehrer kommen. Erst dann hätte man den richtigen Status quo. Dann hat sich allerdings noch nichts verbessert. Frau Löhrmann, ich verstehe, dass Sie ein hohes Interesse daran haben, dass sich in der Unterrichtsversorgung etwas tut. Aber der bloße Hinweis auf eine ganztägige Betreuung hilft doch nicht weiter. Mathematik und Naturwissenschaften werden nicht unterrichtet, aber die Kinder bleiben bis 13 Uhr in der Schule. - Was ist das denn für eine Logik? Irgendeiner betreut die. Und weiter? - Das ist auch nicht schlecht, zumindest besser, als dass sie unbeaufsichtigt wären. Aber das löst doch nicht das Problem, mit dem wir es zu tun haben.

Und dann dieses Märchen, Jürgen Rüttgers hätte als Bundesbildungsminister den Etat gekürzt. Sie wissen doch auch, dass das falsch ist. Sie brauchten nur die Haushaltspläne nebeneinander zu legen und sie zu vergleichen. Dort ist nicht gekürzt worden. Das weiß eigentlich auch jeder. Zwar haben Sie das permanent erzählt, und wahrscheinlich glauben das mittlerweile auch ein paar Leute; aber die Wahrheit sieht schlicht und einfach anders aus.

(B)

Sie haben gesagt, Sie sorgten für mehr Lehrer und weniger schulfrei. Das war im Wahlkampf. - Die Wahrheit ist: Sie haben die Leute belogen. Die Wirklichkeit des Haushaltes, der uns jetzt vorliegt, spricht eine andere Sprache. Sie haben Ihr Wort nicht gehalten.

An der Stelle verhält es sich übrigens genauso wie mit Ihrem Versprechen, als Sie 1999 gesagt haben, Sie würden in der allgemeinen Landesverwaltung Stellen einsparen: "Clement will 20.000 Stellen in der Landesverwaltung abbauen. Das Kabinett wird in Kürze Maßnahmen beschließen." - 11.11.1999! Das ist zwar lange her, aber vielleicht hat das etwas mit dem Karnevalsauftakt zu dieser Zeit zu tun gehabt.

Herr Clement, verstehen Sie eigentlich nicht, dass es nur allzu redlich ist, dass Sie eine Opposition hier an dem mißt, was Sie selber vorgetragen haben? Das ist keine Beschimpfung, sondern das

ist das Recht, ja sogar die Aufgabe eines Parlaments, zu gucken, ob Sie das, was Sie versprochen haben, auch einhalten. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir an dieser Stelle.

(C)

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Ich bin auch nicht bereit zu akzeptieren, dass Sie locker sagen: Manche sagen, sie seien sozial, sie sind es aber gar nicht. - Schon haben Sie wieder ein Vorurteil unter die Leute gebracht.

Schauen Sie sich doch einmal das an, was Sie jetzt im Etat haben: Bei den Polizisten haben Sie 1.857 Stellen gestrichen. Man könnte sagen, dass Sicherheit ein Privileg der Reichen werden wird: Wer Geld hat, der kann sich Leute kaufen.

Im Schulbereich haben Sie keine einzige Stelle mehr eingebracht. Das Arbeitsmarktprogramm haben Sie um 69 Millionen DM gekürzt. Bei den Behinderten und Pflegebedürftigen haben Sie 29 Millionen DM gekürzt. Bei der Altenhilfe sind es 16 Millionen DM. Ist das soziale Politik?

Herr Ministerpräsident, ich würde an Ihrer Stelle einmal darüber nachdenken, ob das, was Sie hier eben vorgetragen haben, noch aufrechtzuerhalten ist. Ich wünschte mir, Sie würden etwas nachdenklicher. - Danke.

(D)

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Reul. - Als Nächstes hat für die F.D.P.-Fraktion Herr Möllemann das Wort.

**Jürgen W. Möllemann (F.D.P.):** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie es mich zu Beginn sagen: Herr Ministerpräsident, Sie haben - das finde ich gut - abweichend von dem, was ursprünglich einmal angedacht war, den Einstieg in eine Debatte über diesen Haushalt genommen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hier ist nicht alles von vornherein festgelegt! Wir sind flexibel!)

- Frau Löhrmann, mir ist der Unterschied zwischen erster, zweiter und dritter Lesung geläufig. Aber auch in erster und zweiter Lesung verwen-

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) den andere Parlamente deutlich mehr Zeit auf die Haushaltsdebatte, zwei oder sogar drei Tage. Ihre ursprüngliche Idee war, fünf Stunden für das Ganze zu verwenden. Das wäre nicht in Ordnung gewesen.

(Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Wollten Sie uns wirklich drei Tage lang nerven?)

Wir machen jetzt das, was nötig ist.

Herr Ministerpräsident, ich möchte mich mit den Argumenten auseinander setzen, die Sie hier vortragen haben und von denen ich meine, dass sie nicht stichhaltig oder zumindest nicht in jeder Hinsicht stichhaltig waren. An der einen oder anderen Stelle lohnt es sich vielleicht doch, in den Dialog einzutreten.

Niemand kann bestreiten, dass unsere Absolventen im Rahmen der internationalen Vergleichsstudien bei den Bildungseinrichtungen, an den Schulen und Hochschulen, schlechter abschneiden. Das gilt für viele Bereiche. Ich weiß natürlich ganz genau, dass es - wenn man eine solche kursorische Bemerkung macht - leicht ist, einige Bereiche aufzuzählen, in denen auch gute Absolventen da sind. Dennoch: Wir haben es mit erheblichen Mangelerscheinungen zu tun.

- (B) Sollten wir es wirklich ernst meinen, sollten wir uns nicht darauf konzentrieren, uns wechselseitig um die Ohren zu hauen, wie wir das Problem nicht gelöst bekommen. Sondern wir sollten vielmehr ernsthaft Vorschläge erörtern, wie das Problem in den Griff zu bekommen ist. Mir scheint zwar, dass Geld in dem Zusammenhang nicht alles ist; aber bei den Schulen und Hochschulen, in denen wir in der Tat mangelhafte Ausstattungen haben, gehört Geld einfach dazu. Das kann privates Kapital sein. Schön wäre es, wenn der Stiftungsgedanke stärker favorisiert würde. Gerhard Schröder hat schon gesagt, dass er für den Stiftungsgedanken sei. Ihm gehen jetzt ja auch alle Minister stiften. Aber bisher ist sonst dafür noch nicht genug getan worden.

Wir brauchen nicht nur die Mobilisierung privaten Geldes, sondern wir brauchen einen höheren Staatsanteil. An der Stelle lasse ich mir nichts vorhalten.

Die Kollegin Brunn, die bis gerade noch im Saal war, weiß aus ihrer Amtszeit, dass jedenfalls während meiner Zeit als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft wir eine drastische Stei-

gerung der Investitionen, die auch notwendig war, vorgenommen haben. Deswegen lasse ich mir auch nicht das Recht absprechen zu fordern, dass wir Mangelerscheinungen beseitigen. (C)

Wir sollten darüber sprechen, in welchem Umfang der Aufwand für eine bessere Situation an den Schulen und Hochschulen noch gesteigert werden kann, wenn es denn sein muss. Ich habe das Gefühl, dass alle wissen: Die Situation ist unbefriedigend und muss noch verbessert werden.

Jemandem wie mir, der schon längere Zeit dabei ist, fällt es natürlich auf, dass man immer, wenn man Opposition ist, einen anderen Approach hat als dann, wenn man Regierung ist, und umgekehrt. Das ist nicht neu. Davon kann sich auch niemand freisprechen.

Gelegentlich fragt man sich auf dem Weg nach Hause, ob man es in der Debatte so habe machen müssen. Das ändert aber nichts daran, dass die Regierung die Verantwortung hat und sich der Kritik zu stellen hat.

Jetzt fragen wir doch einfach nur, ob die Situation der Verkehrswege insbesondere in Nordrhein-Westfalen - natürlich auch in ganz Deutschland; ich darf in der Tat noch da und dort hinreisen -, auch weil es ein Transitland ist, was doch klar ist, so beängstigend ist. Es wird doch jeden Tag noch schlimmer. Die Perspektiven sind auch so, dass sie noch bedrohlicher werden, wenn man die wirtschaftlichen Zuwachsraten in den EU-Mitgliedstaaten in spe im Osten sieht. Reicht dann das Maß an Investment aus, was jetzt geplant ist? Ich sage: Nein. Darüber kann man sich doch verständigen. (D)

Ich komme zu dem nächsten Punkt: Transrapid/Metrorapid. Ich glaube auch - Sie haben Recht -, dass sich bei diesem Thema nicht alle mit Ruhm bekleckert haben. Das gilt nicht nur für eine Seite. Herr Clement, Sie wissen aber, dass der Widerstand systematischer Art von Ihrem Koalitionspartner gekommen ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie waren wie ich für dieses Projekt. Sie haben es als Mittel- und Langstreckenprojekt gerühmt. Kann man denn nicht mindestens darüber reden, wenn Sie jetzt sagen, Sie versuchten, es als Kurzstreckenkonzept Dortmund-Düsseldorf zu installieren - Sie werden Ihre Probleme mit Ihrem Partner noch kriegen -, dieses als Nukleus zu begrei-

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) fen und zu versuchen, anknüpfend daran dann das ursprüngliche Konzept doch noch hinzubekommen? Das kann doch nicht so verkehrt sein. Wenn Sie weiterhin der Überzeugung sind, dass diese Technologie wertvoll und interessant ist, dann in Nordrhein-Westfalen startend das Beispiel zu setzen, das die Hamburger und Berliner nicht gesetzt haben. Dann wären wir, glaube ich, besser dran.

Zum Thema der Kalamität der hohen Spritpreise, wofür die Entfernungspauschale eingeführt werden soll: Ich weiß auch, dass sich der Spritpreis aus vielfältigen Faktoren zusammensetzt. Aber unbestritten ist doch, dass Sie unter den Druck, eine Entfernungspauschale zu erhöhen und sie so zu strukturieren, wie es jetzt vorgesehen ist, aus zwei Blickwinkeln gekommen sind. Sie sind durch Ihren Partner unter den Druck gekommen, eine verkehrsmittelunabhängige Pauschale einzuführen. An der Stelle haben wir Überschneidungen mit den Grünen. Ich finde das auch schlüssiger.

Unter den Druck, die Pauschale überhaupt zu erhöhen, und zwar gerade auch für die Kfz-Nutzer, sind Sie gekommen, weil die Leute Ihrer Ökosteuer diese Last zuschreiben. Gäbe es die Ökosteuer mit Mehrwertsteuer nicht, wäre die Belastung auch geringer. Ich habe mir heute Morgen ja die Mühe gemacht, einfach darzustellen, wie sich die zusätzliche Belastung in Mark und Pfennig für Bezieher niedriger Einkommen - als Eckmann habe ich den mit einer Steuerquote von 20 bis 25% genommen; das sind ja Leute mit kleinem Einkommen - darstellt. Für den ergibt sich, wenn man Ökosteuer und die Pauschale, wie sie sich jetzt abzeichnet, gegenüberstellt, dass er 88 DM erhält und ihm die zusätzliche Ökosteuer mit Mehrwertsteuer 152 DM kostet. Deswegen sind Sie ja zu dieser Maßnahme gedrängt worden und machen das, was Sie gar nicht für so sonderlich mitreißend halten. Die Verteilungsverluste dabei kennen wir.

Ich komme zu meinem vorletzten Punkt, zu dem Thema Bergbau. Hier möchte ich gern auch den Kollegen Rüttgers oder die Union, wenn er jetzt im Moment unterwegs ist, ansprechen und auch Sie, Herr Ministerpräsident.

Natürlich haben wir alle unsere Position zu diesem Thema unter dem Eindruck der sich wandelnden Verhältnisse modifiziert. Das können Sie doch nicht nur mir vorwerfen. Auch Sie korrigieren Ihre Position. Wieso reden Sie von der Gefahr

einer mangelnden Versorgungssicherheit, wenn allein der Ruhrkohlekonzern schon heute im Ausland mehr Kohle fördert als in Deutschland? Wie soll das gefährlich werden, dass die etwa ihre Kohle, die sie selbst fördern, nicht zu uns bringen? Das können Sie doch nicht ernst meinen. (C)

Die Versorgungssicherheit mit Kohle ist weltweit gegeben, und zwar zu einem Preis, der um 200 DM pro Tonne niedriger als bei uns liegt. Deswegen wird der Arbeitsplatz des Bergmanns mit 155.000 DM subventioniert. Ich weiß, dass der Bergmann diesen Betrag nicht zum überwiegenden Teil erhält.

Wir haben heute gelesen, dass das Handwerk allein in Nordrhein-Westfalen 15.000 Arbeitsstellen nicht besetzen kann. Ist das jetzt nicht die Zeit, wo wir den jungen Bergleuten - das Durchschnittsalter ist bei denen ja noch ziemlich niedrig - sagen sollten, sie sollten aufpassen, weil das System nicht mehr zu halten sei und weil es sich nicht rechne. Sollten wir ihnen das nicht so sagen - weil wir dieses Geld brauchen -, wie wir das jungen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen anderer Branchen auch sagen, ohne dass die irgendeinen Pfennig Subvention erhalten, sie sollten in einen anderen Wirtschaftszweig wechseln? (D)

Sie haben angemahnt, wir sollten Deckungsvorschläge für Mehrausgaben bringen. Mir fallen auch nicht unbegrenzt Deckungsvorschläge über das Maß der Subventionen und über das Maß an Privatisierung hinaus ein. Herr Steinbrück, Sie haben gesagt, Sie würden einen Teufel tun und uns nicht eine Privatisierungsliste mit Fahrplan vorlegen, weil sonst die Preise herunterrasseln würden. Was Sie aber im Portfolio haben und was davon möglicherweise privatisiert werden kann, wissen die interessierten Kreise sowieso. Wie mit Klein Erna brauchen wir nicht miteinander zu reden.

Natürlich werden Preisverhandlungen nicht auf dem offenen Markt ausgetragen. Aber dieses Parlament, das Deckungsvorschläge bringen soll - dazu haben Sie uns aufgefordert -, wenn es in den Ausschussberatungen Mehrausgaben vorschlägt, was wir tun werden, wird Deckungsvorschläge aus diesen Bereichen bringen. Dann ist Ihr Sachverstand und der Ihres Hauses gefragt, uns das erforderliche Zahlenmaterial zu geben. Das ist die Pflicht einer jeden Regierung gegenüber einem jeden Parlament. Insofern haben Sie es sich wohl ein bisschen leicht mit dem Weg-

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) schieben unserer Vorschläge und Bemerkungen gemacht.

Zum Schluss: Ich habe mit großem Interesse, geradezu mit Rührung die hohe Anteilnahme an der Frage zur Kenntnis genommen, die offenbar alle Fraktionen umtreibt, wann ich wo reden darf. Das macht mich glücklich. Da mir die Frau Kollegin Löhrmann gerade ein Buch von Christine Brückner überreicht hat - es geschehen noch Zeichen und Wunder -, habe ich dann sofort darin gelesen und folgendes Zitat gefunden:

"Man kann nur dort beichten, wo man auf Vergebung hoffen kann."

Ich hoffe hier nicht auf Vergebung, aber ich beichte Ihnen: Die Art und Weise, wie Sie das Thema Stuttgart thematisieren, gefällt mir recht gut. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Möllemann. - Eine weitere Wortmeldung gibt es vom Herrn Ministerpräsidenten.

(B) **Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Ich würde gerne auf das, was Herr Kollege Möllemann gesagt hat, eingehen, weil ich es als wohltuend empfinde, wenn man so über Fragen spricht, die politisch anstehen, während andere Dinge keinen Sinn machen, dass man sich mit ihnen lange auseinandersetzt. Das mag man als Arroganz ansehen, es ist aber in Wahrheit nichts als die Bitte darum, eine sachliche Auseinandersetzung zu führen, wenn man über den Haushalt redet.

Ihre These, Schüler schnitten schlechter ab, ist meines Erachtens nicht haltbar. Wir haben ein Problem, was Mathematikunterricht angeht - ich habe ziemlich ernsthafte Diskussionen darüber geführt -; das ist auch das wirkliche Ergebnis dieser Studie. Wir haben offensichtlich ein pädagogisches Problem. Unsere Art der Pädagogik, der Lehre in der Schule im Mathematikunterricht ist offensichtlich nicht kreativitätsweckend.

(Beifall der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das Ergebnis dieser mangelnden Kreativität unserer Schülerinnen und Schüler in Mathematik

(C) schlägt sich - so verstehe ich das nach etlichen Diskussionen - in dieser TIMS-Studie nieder. Das heißt nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler schlechter werden, das heißt auch nicht, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer schlechter werden. Das hat auch nichts mit Unterrichtsversorgung zu tun, sondern damit, dass wir eine vermutlich, so fürchte ich, etwas überholte Pädagogik gerade in der Mathematik und in den Naturwissenschaften haben.

Für mich war es hochinteressant, in einer Diskussion im Kuratorium der Max-Planck-Gesellschaft von Fachleuten - unter anderem von Frau Kollegin Behler - zu hören, dass nach Beurteilung einer Diskussion, die dort stattgefunden hat, festgestellt wurde - die jetzt veröffentlichte TIMS-Studie war ja nicht neu -, dass in den letzten zwei Jahren Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die richtigen Konsequenzen aus dieser Kritik gezogen haben und zurzeit dabei sind, im pädagogischen Bereich umzusteuern, was nicht leicht ist. Dies ist auch wiederum keine Kritik an den Lehrern, sondern schlichtweg - Frau Kollegin Höhn ist Mathematikerin, sie weiß wahrscheinlich mehr darüber als ich - eine Frage des Umsteuerns.

(D) Ich habe das schon ein paar Mal spaßeshalber gesagt: Ich habe ein wenig Erfahrung mit Kindern an einer Hochschule in Amerika und auf einer Schule in England. Herr Kollege Möllemann, ich kann nicht über alle Schulsysteme in Europa urteilen. Ich wage aber die These, dass unsere Schülerinnen und Schüler, wenn sie eine Schule verlassen - beispielsweise mit Abitur - wesentlich besser gebildet und damit auch wesentlich besser auf das Berufsleben vorbereitet sind als beispielsweise - ich sage das jetzt einmal frank und frei - Schülerinnen und Schüler, die eine Schule in Großbritannien verlassen. Das ist so.

Wenn ich die Universitäten und Hochschulen in Amerika mit unseren vergleiche - das habe ich schon ein paar Mal gesagt -, gibt es in Amerika zehn Elitehochschulen, die vom Niveau her besser sind als unsere Hochschulen. Alle anderen sind schlechter. Ich sage das, um uns davor zu schützen, dass wir uns niederreden. Es macht nichts, dass wir über Pädagogik, Lehrerausstattung und über finanzielle Probleme, die wir haben, reden. Wenn man sich was wünschen könnte, wäre natürlich der Wunsch aller Eltern, die Klassen so klein wie möglich zu halten. Wir müssen aber immer wieder das Machbare tun.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Ich stimme Ihnen aber zu - und das ist eine spannende Diskussion -, dass wir natürlich einen öffentlichen Auftrag im Bildungswesen - für Schule, Hochschule, etc. - behalten müssen. Wir werden dort nie die Mittel kürzen, sondern ungeachtet aller Probleme werden wir sie immer höher ansetzen. Meine These ist aber, dass auch das nicht reichen wird. Deshalb meine ich auch, dass wir mehr privates Kapital für den Bildungssektor mobilisieren müssen. Das versuchen wir im Hochschulbereich ganz besonders. Das geschieht aber auch zunehmend im Schulbereich. Wir hätten die Ausstattung unserer Schulen mit PCs gar nicht bewältigen können, wenn sich Unternehmen dort nicht mit engagiert hätten.

Dieser Prozess von mehr Verantwortung für die Schule geht weiter. Deshalb ist der Prozess "Schule 21" überaus vernünftig, weil Sie das Ziel nur erreichen werden, wenn die Schule einen eigenen Charakter, ein eigenes Profil entwickelt und sich auch selbst positionieren kann.

Sie wird dann auch andere Antworten finden. Zu diesem Zweck hat Frau Kollegin Behler ja die Vorlage auf dem Erlasswege gegeben. Sie wird dann auch besser in der Lage sein, Pädagogen, die sie braucht, und möglicherweise auch Nichtpädagogen, die sich in bestimmten Fächern wie Mathematik und Naturwissenschaften auskennen, die heute hinsichtlich des Lehrpersonals Mangelfächer sind, in den örtlichen Markt zu holen. Das ist das eine.

(B) Das andere ist die Situation der Verkehrswege. Wir haben mehr Mittel als je zuvor. Ich kann mir hier noch alle möglichen Rechnungen aufmachen lassen, aber es können sich auch gerne die Fachleuten zusammensetzen und das im Einzelnen nachweisen. Reicht das aber? - Nein, es reicht natürlich nicht. Wir bräuchten dort mehr Mittel.

Ich gehöre zu denen, die der Meinung sind, dass wir erstens im Jahre 2003 in die entfernungsabhängige Besteuerung bei LKWs gehen müssen. Zweitens sage ich, dass wir anschließend dasselbe für alle Kraftfahrzeuge auf den Autobahnen einleiten müssen. Drittens bedeutet es für mich, dass wir, wenn es eine entsprechende Kompensation gibt, in der Kraftfahrzeugbesteuerung umdenken und umsteuern müssen - entsprechend der Pällmann-Kommission. Viertens hielte ich es für richtig, unsere Autobahnen in die Fürsorge eines privaten Unternehmens zu geben und auf die Dauer dort auch privates Kapital zu mobilisieren.

Anders werden wir es vermutlich nicht schaffen. Das gilt nicht nur dafür, sondern vermutlich auch auf Dauer für den Schienenverkehr in ähnlicher Form. Dies ist meine persönliche Position dazu, und jedesmal wird mir dann von irgendjemandem vorgehalten - den will ich jetzt gar nicht ansprechen, weil ich die Art und Weise, mit Menschen so umzugehen, wie das hier gelegentlich getan wird, nicht leiden kann -, dass ich solche Dinge ---

(Zuruf von der CDU)

- Ja sicher, wenn ich in einer Diskussion bin, versuche ich natürlich meine Gedanken zu entwickeln und bin mir immer ziemlich sicher, dass ich sie nicht komplett einlösen kann. Wenn ich dann aber einen Schritt weiter komme, ist dies sehr viel.

Sie werden mir verzeihen, wenn ich in die alte Zeit zurückgehe: Sisyphus war ein glücklicher Mensch. Sie müssen also bedenken, dass der große Wurf nur selten gelingt. Wenn es um Veränderungen im Verkehrsbereich oder einem ähnlichen Bereich geht, ist dies ein schwieriger Prozess.

Zum Thema Transrapid/Metrorapid: Ich habe damals - ich bin hier zitiert worden - den Metrorapid und seine Möglichkeiten, wie sie heute gegeben sind, nicht vor Augen gehabt. Kein Mensch hat uns das gesagt. Es war einer der Irrtümer in der Diskussion um den Transrapid, dass er nur bezogen auf die Langstrecke diskutiert worden ist. Ich habe ihn auch nur so sehen können - ich bin kein Techniker - und erst im Nachhinein begriffen, was uns heute die Techniker sagen, dass nämlich der Transrapid - wir nennen ihn jetzt Metrorapid - bei einer Geschwindigkeit von bis zu 300 km/h gerade auf diesen Nahverkehrsstrecken seine hohe Fähigkeit entwickelt, rasch auf hohes Tempo zu beschleunigen und rasch wieder zu verlangsamen. Er fährt geräuschärmer und leiser als der große Transrapid. Er fährt auch geräuschärmer als der ICE. Das alles ist neu. Deshalb ergeben sich dort andere Einschätzungen.

Ich habe zu dem Thema eine völlig andere Position als unser Koalitionspartner. Ich glaube, dass dies, nämlich ein höheres Tempo auf der bisherigen Schiene mit einem neuen Verkehrsträger, der qualitative Sprung ist. Im Grunde genommen ist er genau so einsetzbar, deshalb verstehe ich diese Kritik nicht ganz. Anders ist die höhere Geschwindigkeit ja offensichtlich nicht erreichbar.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Schauen Sie sich an, wie windanfällig etwa der ICE ist. Das ist doch das Problem. Wenn wir bei dem noch umsteuern könnten, wäre das okay und ich wäre sofort dabei. Nur: Wir haben die ICE-Verbindung, die mit den damaligen verkehrspolitischen Entscheidungen zu tun hat. Der richtige Weg wäre natürlich Rhein-Main/Rhein-Ruhr gewesen. Ob dies der Nukleus für Weiteres sein kann, wird man abwarten müssen.

Ich bin überzeugt - das werden aber die Untersuchungen belegen müssen, da ich, wie gesagt, kein Techniker oder Experte bin -, dass die Machbarkeitsstudie auf der Strecke Dortmund-Köln - Köln-Düsseldorf ist aus meiner Sicht zu wenig - ergeben wird, dass wir dort diese Verbindungen bekommen werden. Das Interesse des Landes reicht mindestens für diese Strecke. Es geht eigentlich noch darüber hinaus, aber dies ist das Minimum.

Bei der Entfernungspauschale liegen wir auseinander. Wir brauchen jetzt nicht breit über die Ökosteuer zu diskutieren. Sie lassen dabei immer weg - das meine ich jetzt nicht polemisch -, dass die Ökosteuer inzwischen für einen bestimmten Zweck eingesetzt wird.

- (B) Die Ökosteuer per se als schlichte Steuererhöhung war sicherlich unangebracht. Die Ökosteuer heute - auch wenn sie für Rentenbeiträge eingesetzt wird - hat ein Problem. Sie bringt uns nämlich in der Energiebesteuerung in ein Missverhältnis zu unseren Nachbarstaaten. Das ist immer mein Argument gewesen. Aber sie gehört jetzt zum System der Finanzierung der Rente, zur Beitragssenkung. Deshalb ist sie jetzt dafür bis zum Jahr 2003 unverzichtbar. Dies sagen wir in aller Klarheit und Offenheit. Auch deshalb brauchen wir natürlich eine Entfernungspauschale, weil die Mineralölkosten für Fernpendler eben zu hoch sind.

Beim Thema Bergbau sind wir auseinander - um das klar zu sagen. Sie überschätzen auch die Möglichkeiten. Man kann nicht so mathematisch damit umgehen. Ich bin anderer Meinung. Ich gehöre zu denen, die einen Sockel an Steinkohle erhalten wollen, eben weil Sie sich Kartellen ausliefern. Deshalb brauchen Sie heimische Energieträger. Als heimische Energieträger für uns verstehe ich übrigens Steinkohle, Braunkohle und erneuerbare Energien, vor allen Dingen die Solartechnologie, die wir hier entwickeln.

Zu dem anderen Aspekt: Wir sind dabei, die Leute umzuschulen und ins Handwerk zu bringen. Sie ignorieren völlig, dass wir in diesem Jahr pro Monat 1.000 Bergleute unter größten Mühen abgebaut haben. Sie müssen einmal mit den Leuten besprechen, welche Veränderungen zurzeit im Bergbau stattfinden. Gut 11.000 Leute sind in diesem Jahr abgebaut worden. Im nächsten Jahr geht das so weiter. Wir sind doch dabei, die Leute, die dort ausscheiden, zu qualifizieren, unter anderem für das Handwerk. Allein bei der Zeche Sophia Jacoba haben wir 700 bis 800 Leute umgeschult und ins Handwerk gebracht. Das sind stolze Zahlen. Die haben wir früher nicht erreicht. Das übersehen Sie meines Erachtens in diesem Prozess - ganz unabhängig davon, dass ich der Meinung bin, wir sollten einen solchen Sockel erhalten.

Das sind einige der Aspekte, die hier zur Diskussion stehen und über die wir in Wahrheit miteinander ringen - nicht über das, was überwölbend gemeint ist. Ich bin überzeugt, auf diesen Wegen werden wir in Nordrhein-Westfalen den Prozess voranbringen, übrigens natürlich auch mit den Privatisierungsmöglichkeiten, die wir haben. Welche haben wir denn? - Wir haben die WestLB, die jetzt erst einmal europafest gemacht wird - europatauglich jedenfalls aus der Sicht der Europäischen Kommission. Wir haben ansonsten Immobilienbesitz. Das steht zur Verfügung. Wir haben noch den Flughafen in Köln. Der Rest sind relative Kleinigkeiten.

Wir haben kein Eigentum überantwortet bekommen wie Bayern. Die früheren Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen haben das preußische Erbe nicht angetreten. Das ist ein Unterschied. Wir hätten es sonst leichter, solche Mittel zu mobilisieren. Aber das, was wir mobilisieren können, werden wir mobilisieren und es im Bildungssektor einsetzen. Das ist völlig klar. Da soll sich niemand vertun.

Der Schwerpunkt Bildungspolitik bleibt. Wir sind nicht in der Lage, im Jahr 2001 Lehrer einzustellen, wie wir es uns wünschen. Aber verlassen Sie sich darauf: Die Zusagen, die wir machen, und die Aussagen, die ich dazu gemacht habe, werden eingelöst. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(D)

- (A) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Seitens der Fraktionen liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** diesen **Beratungspunkt**, und zwar ging es hier um den Teil I, den Haushalt.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Es geht um die **Überweisung des Haushaltsgesetzes 2001** und der **Mittelfristigen Finanzplanung - Drucksachen 13/400 und 13/401** - an den **Haushalts- und Finanzausschuss** federführend und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich *aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss* unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Ich darf Sie um Handzeichen bitten, wenn Sie der Überweisung zustimmen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Überweisung einstimmig **beschlossen**.

Ich rufe auf den Beratungsblock

## II. Gemeindefinanzierungsgesetz

Ich erteile Herrn Kollegen Palmen für die CDU-Fraktion das Wort.

- (B) **Manfred Palmen** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Am 29. November 2000 hat Finanzminister Steinbrück den Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 eingebracht. Sie haben ihn inzwischen in einer Hochglanzbroschüre erhalten.

Er hat ihm eine Leitlinie gegeben: Einnahmeverluste aus der Steuerreform ab 1. Januar 2001 ohne Erschütterungen verkraften, Haushaltsdisziplin wahren und Weichenstellungen für strukturelle Haushaltsverbesserungen vornehmen.

(Beifall des Dr. Axel Horstmann [SPD])

Wir durften dann weiter erfahren - auch das steht in dieser schönen Broschüre -, dass die Landesregierung nach der Landtagswahl ihre Arbeit zügig begonnen und in wichtigen Bereichen bereits Akzente gesetzt hat. Wir haben es ja heute auch zum Teil gehört. Das betrifft z. B. die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Beratungen zur Inbetriebnahme des Metrorapid, ohne den offensichtlich die Fußballweltmeisterschaft 2006 nicht angemessen stattfinden kann, die Beseitigung der Kapazitätsengpässe im Maßregelvollzug,

den gewaltigen Schritt zur Modernisierung der Verwaltung des Landes durch Neuorganisation der Bau- und Liegenschaftsverwaltung als Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, die infrastrukturprojektunschädliche - was für ein wunderbares Wort! - Umsetzung der FFH-Richtlinie und das Stiftungswesen. (C)

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist alles richtig!)

Wegen des gewaltigen - hat er dann gesagt - und umfangreichen Haushalts 2001 müsse er aber, Herr Kollege Horstmann, den Mut zur Unvollständigkeit haben und sich auf wesentliche Kernpunkte und Rahmenbedingungen konzentrieren.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: So ist das Leben!)

Das hat er dann, nachdem er die Steuerausfälle des Landes NRW für 2001 mit 5,5 Milliarden DM beziffert hat, auf den Punkt gebracht, den wir heute hier mit dem Entwurf des GFG 2001 diskutieren, mit dem Satz: *Weitere größere Ausgabeblöcke, die kurzfristig kaum bzw. gar nicht gestaltbar sind, sind z. B. das Gemeindefinanzierungsgesetz in Höhe von 15 Milliarden DM und anderes.* (D)

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Auch richtig!)

Innenminister Dr. Behrens, der anschließend zum Entwurf des GFG 2001 die Position der Landesregierung vorgetragen hat, hat dann das getan, was Finanzminister Steinbrück als kaum gestaltbar bezeichnet hat und was die Zeitung "Die Glocke" am 30. November 2000 unter der Überschrift "Finanzminister Steinbrück kehrt mit eisernem Besen" bewertet hat. Er hat nämlich mit düren Worten, aber ehrlich und seriös mitgeteilt, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 die eben genannten wichtigen Akzente der Landesregierung mit einer Kürzung der allgemeinen Zuweisungen und Zweckzuweisungen in Höhe von fast 748 Millionen DM - das ist bald 1 % des Gesamthaushaltes 2001 - mitbezahlen müssten.

Der Innenminister hat diese mehr als 5%ige Kürzung des verfügbaren Verbundbetrages gegenüber dem Haushaltsjahr 2000 mit der Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Belastungen des Landes durch die Steuerreform 2001 begründet.